

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Einundvierzigste öffentliche Sitzung

Nr. 41

Mittwoch, den 10. Dezember 1947

II. Band

	Seite	Seite
Geschäftliches	383, 427	
Genehmigungswünsche für den erkrankten Abgeordneten Schütte	383	
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus für das Rechnungsjahr 1947 — 1. Abschnitt: Zentrale Verwaltung, Akademie der Wissenschaften und Künste — Fortsetzung der Beratung.		
Redner:		
Schneider (FDP)	383—393	
Dr. Rief (WW)	393—394	
Meißner (CSU)	394—398	
Behrisch (SPD)	398—404	
Staatsminister Dr. Hundhammer	399	
Dr. Linnert (FDP) [zur Geschäftsordnung]	404, 405	
Dr. Stang (CSU) [zur Geschäftsordnung]	405	

Geschäftliche Behandlung des Antrags der Abg. Dr. Linnert, Schneider und Genossen betreffend Einführung der vor 1933 in Kraft gewesenen Besoldungsordnung für die Lehrkräfte an den Volksschulen (Beilage 919).

Ohne Erörterung.

(Überweisung an den Ausschuss für Besoldungsfragen.)

Geschäftliche Behandlung des Antrags der Abg. Prechtl und Genossen betreffend die Errichtung einer vierten bayerischen Landesuniversität (Beilage 921).

Redner:

Dr. Stang (CSU) [zur Geschäftsordnung]	405, 406
Beisch (SPD) [zur Geschäftsordnung]	406
Dr. Korff (FDP) [zur Geschäftsordnung]	406

(Überweisung an den Ausschuss für den Staatshaushalt.)

(Die Sitzung wird unterbrochen.)

Abschluß der Beratung über den 1. Abschnitt des Stats für das Staatsministerium für Unterricht und Kultus.

Redner:

Dr. Stang (CSU)	406—413
Marx (SPD)	413—420

Persönliche Bemerkung des Abg. Dr. Korff (FDP) gemäß § 74 der Geschäftsordnung 420

Stenogr. Ber. d. Bayer. Landtags 1947 II. Bd. 41. Stg. (Sch)

Desgleichen des Abg. Meißner (CSU)	420
Desgleichen des Abg. Pabstmann (CSU)	420—421
Mündlicher Bericht des Ausschusses für den Staatshaushalt zum Haushalt des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus für das Rechnungsjahr 1947 (Beilage 763). — 2. Abschnitt: Wissenschaft, Kunst und kirchliche Zwecke.	

In Verbindung damit:

Antrag der Abg. Stock und Genossen betreffend Sozialreform der Universitäten (Beilage 571).

Redner:

Dr. Stang (CSU) [Berichterstatter]	421—427
Festsetzung der Zeit für die nächste Sitzung	427

(Die Sitzung wird vertagt.)

Die im Sitzungssaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 9 Uhr 35 Minuten durch den I. Vizepräsidenten Hagen Georg eröffnet.

I. Vizepräsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Dr. Franke, Dr. Huber, Dr. Kroll, Köll, Sauer, Scharf, Dr. Schlögl, Seifried, Dr. Vogtherr. Anderweitig entschuldigt sind die Abgeordneten Bachmann, Berger Kupert, Bezold Georg, Hagen Lorenz, Dr. Horlacher, Rübler, Scherber, Wimmer, Schmid Karl.

Dann möchte ich dem hohen Hause bekanntgeben, daß unser Kollege Schütte, Garmisch, schwer erkrankt ist. Ich darf wohl im Einverständnis mit allen dem Herrn Kollegen Schütte die besten Wünsche für eine baldige Wiederherstellung übermitteln.

(Beifall.)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Wir stehen in der Aussprache zum Haushalt des Staatsministeriums für Unterricht und Kultus.

In der Reihe der Redner folgt der Abgeordnete Schneider. Ich erteile ihm das Wort.

Schneider (FDP): Meine Damen und Herren! Zum ersten Mal in der Geschichte dieses Parlaments werden kulturelle Fragen auf breiter Basis diskutiert. Es schien bisher so, als ob uns kulturelle Fragen nicht

(Schneider [SP])

berühren würden, da allüberall die wirtschaftlichen Probleme überwogen. Das ist bei der materiellen Verarmung und Verelendung unseres Volkes verständlich. Unverständlich wäre es, wollten wir den kulturellen Fragen etwa einen zweiten Rang einräumen und sie für weniger wichtig nehmen als die wirtschaftlichen Fragen. Wir von der Freien Demokratischen Partei wiesen schon in der Verfassungsgebenden Landesversammlung darauf hin, daß es letztlich geistige Entscheidungen sind, die das künftige Gesicht unseres Volkes formen. Geistige Entscheidungen, kulturelle Entscheidungen haben einen längeren Arm als wirtschaftliche Problematik, die sich mit der Zeit wahrscheinlich schneller löst, als es geistige Auseinandersetzungen tun werden, die es immer wieder gibt. Wir warnten damals schon vor voreiligen Beschlüssen und Entschliefungen auf geistigem und kulturellem Gebiet und bedauerten es, daß es eine Partei dieses Hauses, die SPD, war, die die Prinzipien, die ihr jahrzehntelange heilig und teuer waren, aufgab und damit eigentlich die Grundlage schuf für die Auseinandersetzungen, um die es jetzt in diesem Hause geht.

Wir glauben, daß die Konflikte, in denen wir nun stehen, schon in einer nicht ganz glücklichen Verfassung verankert sind. Wir glauben, daß notgedrungen Kämpfe um die Auslegung der Verfassung und um die Frage, welchen geistigen und kulturellen Inhalt wir dieser Verfassung und unserer Arbeit hier weiterhin geben wollen, entstehen werden, Kämpfe, die man ruhig Kulturkämpfe nennen kann.

Der Herr Kultusminister machte in seiner großangelegten und weit ausgreifenden Rede Inventur. Was wir vermiften, war die große Zielsetzung auf dem kulturellen Gebiet, soweit es uns angeht. Da der Herr Kultusminister zum ersten Male über die Belange der bayerischen Kultur sprach, hätten wir erwartet, daß er ein Kulturprogramm entworfen, ein großes Ziel aufgezeigt, einen Impuls gegeben hätte, daß er Worte gefunden hätte, die unsere Jugend, die wir erst wieder an die Demokratie binden müssen, hätten begeistern können. Wir fanden nichts dergleichen! Wir fanden, daß er treu und ehrlich Inventur gemacht und uns darüber berichtet hat, was bis jetzt an kleinen und kleinsten Maßnahmen auf dem kulturellen Gebiet getroffen wurde.

(Widerspruch bei der CSU.)

— Ich komme auf Einzelheiten noch zurück; denn ich kann es beweisen.

Wir von der Freien Demokratischen Partei meinen, daß sich langsam geistige Fronten abzeichnen, daß diese geistigen Fronten sich aber auch klar abzeichnen müssen, weil wir nur aus dieser Klarheit heraus zu einem neuen kulturellen und damit demokratischen Bewußtsein in unserem Volke kommen können. An dieser Klarheit fehlt es vorerst noch, und wir begrüßen es, wenn in diesem Parlament um diese Klarheit gekämpft wird. Wenn mein Fraktionskollege Dr. Korff in einer früheren Rede die Kulturpolitik des Herrn Kultusministers angegriffen hat, so nicht, weil er etwa einen persönlichen Angriff beabsichtigt hätte. Er hat es im Auftrag unserer Partei für unsere Partei getan. Er hat es getan um seines politischen Gewissens willen. Er hat es getan um der intellektuellen Redlichkeit willen, und nicht etwa deswegen, wie es nach den Reden des Herrn Kultusministers in Augsburg und

an anderen Orten bei öffentlichen Versammlungen den Anschein haben konnte, weil Herr Dr. Korff an dem Herrn Kultusminister aus irgendwelchen Gründen persönlich Rache zu nehmen hätte. Ich muß um der intellektuellen Redlichkeit, der Hochachtung vor dem politischen Gewissen willen hier deutlich sagen, daß Herr Dr. Korff damals, wenn auch leidenschaftlich, so doch sachlich bemüht war, den Standpunkt unserer Partei zu den Maßnahmen des Herrn Kultusministers herauszuheben. Gestern hat bei diesen kulturellen Auseinandersetzungen eine ganze Fraktion dieses Hauses in fast feierlicher Haltung die Köpfe gesenkt und geschlafen, unentwegt geschlafen. Ich glaube, da ist es gut, wenn dann an irgendeiner Stelle und zu irgendeiner Stunde in schöner Leidenschaftlichkeit einmal Fragen diskutiert werden, die nicht einschläfernd wirken; denn sonst könnte es vorkommen, daß die Presse nicht nur essende und Zeitung lesende Parlamentarier des bayerischen Parlaments photographiert und in den Zeitungen veröffentlicht, sondern obendrein noch schlafende. Und das sollte man denn doch verhüten.

Ich könnte mir auch einen Minister, eine Regierung und eine Partei denken, die dankbar wären für eine aufrechte, sachliche, klare, aber auch bewußte Opposition. Die Opposition ist sehr oft der Treibstoff und auch das gute Gewissen der Regierung.

Ich sagte eingangs schon, daß es uns scheint, als ob in der bayerischen Kulturpolitik vorerst die große Zielsetzung fehle und daß wir kein Programm haben, das zukunftsweisend wirken würde. Es fehlt in unseren Bemühungen um die Erneuerung der Kultur der schöpferische Gedanke. Kultur ist ein schöpferischer Akt. Kultur ist immer ein neues Beginnen, ein Zeugen und Gebären, ein Neuerwerden. Wir sollten wirklich versuchen, auf dem Gebiet der Kultur einmal neue Wege zu gehen und, hauptsächlich unserer Jugend, neue Wege zu weisen, unserer Jugend, die der heutigen Demokratie innerlich und auch äußerlich noch so fern steht. Sie erwartet von uns ein Wort, das ihr Hoffnung gibt, das ihr aufzeigt, was für die nächsten Jahre und Jahrzehnte zu tun ist. Sie hat ihre Jugendzeit mit Krieg und Nachkrieg hingebracht und ist nicht in der Tradition des deutschen und des europäischen Geistes verwurzelt. Sie kennt kaum das Erbe der abendländischen Kultur und möchte von uns wissen, wie wir dieses Erbe wieder lebendig machen und wie wir zu diesem Erbe und seinen Forderungen, die uns angehen, stehen. Wir sehen in der Kultur, die wir hier zu verteidigen und lebendig zu machen haben, eine Einheit, und zwar die Einheit der deutschen Kultur, die unzerreißbar ist. Über die Einheit der deutschen Kultur hinaus sehen wir die Einheit der abendländischen Kultur, der wir verpflichtet sind und der wir dienen müssen. Wir glauben nicht daran, daß es innerhalb der großen geistigen Räume, die sich in der Welt mehr oder weniger abzeichnen, eine betont bayerische Kultur geben kann.

(Dr. Einnert: Sehr richtig!)

Wenn wir schon eine kulturelle Aufgabe für die Zukunft zu erfüllen haben, so glauben wir, daß sie eine deutsche, eine europäische, eine abendländische sein wird, oder daß sie nicht sein wird. Es ist müßig, von einer bayerischen Kultur zu reden. Es ist müßig, innerhalb des geistigen Raumes der Nationen von Bayern und Nichtbayern zu reden.

(Sehr richtig!)

(Schneider [FDP])

Es wäre gut, von deutsch und europäisch zu reden; denn die deutsche Kultur war von jeher ein bedeutender Teil der abendländischen Kultur. Sie können die bayerische nicht von der deutschen Kultur trennen. Was hier an Kultur gewesen ist — und es ist Vieles und Großes an Kultur vorhanden —, wurde stets als deutsche und nicht als bayerische Kultur empfunden.

(Zuruf: Typisch bayerische Kultur!)

— Es gibt eine typisch bayerische Kultur, es gibt auch eine typisch Münchener, eine typisch Augsburger, eine typisch Pfälzer Kultur. Im ganzen genommen ist es aber eine typisch deutsche und damit ein Stück europäischer Kultur.

(Zuruf: Bayern war Träger der deutschen Kultur!)

— Das ist ja ein Witz vor der Weltgeschichte. Nicht nur die Bayern waren Träger der deutschen Kultur. Es gibt auch andere Leute, welche deutsche Kultur getragen haben. Kant war kein Bayer und Goethe war kein Bayer, Beethoven war kein Bayer und Schubert war kein Bayer. Und sie haben auch deutsche Kultur getragen.

(Sehr richtig! bei der FDP. — Zuruf von der CSU: Es waren aber keine Ostelbier!)

— Ich spreche ja nicht von Ostelbiern, wenngleich man bedenken müßte, daß auch die Ostelbier einige Kultur hatten,

(Zuruf: Kant!)

die sich in manchen Dingen mit der bayerischen Kultur messen kann. Ich verteidige die Ostelbier nicht. Es ist nur müßig, darüber zu streiten, wer den größeren Anteil an der Kultur der Nation hat. Ich sagte ja nur: Es waren nicht nur Bayern, es waren auch andere Leute, die den Ruf der deutschen Kultur in die Welt trugen und dort hoch hielten. Mehr will ich nicht sagen. Darin sind wir uns, glaube ich, einig.

(Teils Zustimmung, teils Widerspruch.)

— Aber es ist so!

Ich will das alte Lied vom Separatismus gar nicht anstimmen; es ist aber doch so, daß man hierzulande feine Unterschiede macht zwischen deutsch und bayerisch; darum gestatten Sie uns, daß wir dann feine Unterschiede machen zwischen bayerisch und bairisch. Das sind zweierlei Dinge, und ich werde noch darauf zurückkommen. Wir haben nichts gegen die Betonung bayerischer kultureller Belange. Wir sind aber sehr mißtrauisch, wenn man aus bayerischen Belangen bairische Belange macht, wenn es so aussieht, als ob es nur in München und sonst nirgends eine Kultur gäbe. Der Etat ist ein fast rein Münchener Etat und dementsprechend ausgerichtet. Ich werde Ihnen das noch beweisen.

(Sehr richtig!)

— Das ist nicht nur „sehr richtig“! Es ist schmerzlich. Ich muß im Namen der Franken sagen, daß wir uns doch immerhin als einen kulturtragenden Teil des bayerischen Volkes betrachten.

(Zuruf: Sind Sie Franke?)

— Ja, ich bin Franke, kein Ostelbier!

(Zuruf: Blutprobe machen!)

Wir würden es begrüßen, wenn Kulturpolitik nicht nur vom Kultusministerium aus gemacht würde. Wir schlagen im Zuge der Schulreform einen Landes-Schulbeirat vor. Ich möchte im Rahmen der

Kulturreform, die ebenso notwendig ist, einen Kulturbeirat vorschlagen.

(Zuruf von der CSU: Aus Berlin!)

Ich möchte vorschlagen, daß man aus dem öffentlichen Leben, aus dem ganzen Reich, und zwar dem Deutschen Reich, so wie es jetzt in seiner Gesamtheit zur Verfügung steht, Männer herbeiholt, die beratend, weg- und zukunftsweisend sind und uns auf kulturellem Gebiet ganz neue Wege und neue Ziele aufzeigen können. Es sind schon so viele Vorschläge gemacht, aber nicht in die Tat umgesetzt worden. Mein Vorschlag geht über den ursprünglichen Vorschlag hinaus. Wir möchten nicht nur aus dem Abgeordnetenhaus, sondern aus allen Schichten des Volkes heraus Leute, die auf dem Gebiet der deutschen Kultur etwas zu sagen haben, in diesem Kulturbeirat wissen.

(Zurufe.)

Seien wir uns doch klar: Nicht alles ist Gold, was in diesem Lande glänzt! Schauen wir doch einmal — nicht bewundernd — hinüber zur Ostzone. Eines muß man gestehen: Dort drüben wird auf dem Gebiet der Wissenschaft, der Kunst und der Erziehung mehr Aktivität gezeigt als bei uns. Ich werde Ihnen das noch nachzuweisen versuchen.

(Widerspruch bei der CSU. — Donsberger: Aktivität nach der Ostseite hin, nach Rußland hinüber!)

— Lassen Sie mich doch erst einmal ausreden. Ich habe Ihnen gesagt, daß wir nicht bewundernd da hinüberschauen. Aber diese Aktivität besteht. Und gerade, weil Sie sich ideell von den Dingen der Ostzone absetzen, wäre es notwendig, daß wir hier dieselbe Aktivität entwickeln, wie sie drüben entwickelt wird.

(Sehr gut! bei der FDP.)

Wenn wir ein neues Kulturprogramm schaffen und eine neue Zielsetzung haben wollen, so müssen wir auch den Mut zu diesem neuen Ziel haben. Wir müssen von dem Bestehenden weggehen und dürfen nicht den Versuch machen, das Rad der Geschichte etwa auf das Jahr 1918 oder 1920 zurückzudrehen. Dort können wir nicht anknüpfen. Es fehlt, rein menschlich gesehen, schon das Bindeglied. Es fehlt die Generation, die diese Verbindung herstellen könnte; denn in unserem Volk gibt es heute nur alte und junge Leute. Die mittlere Generation ist durch Krieg, Revolution und andere Dinge zum großen Teil aufgezehrt. Wir können dort nicht anschließen. Die Jugend wird uns nicht verstehen, wenn wir dort weiterfahren wollen, wo wir einmal aufhörten oder doch kaum angefangen hatten, nämlich bei den Jahren 1920 oder 1930. Wir müssen neue Zielsetzungen finden. Wir müssen uns den Mut zu diesen neuen Zielen aneignen, die gewiß aus der Tradition herauswachsen. An manchen Stellen werden wir aber auch den Mut zum Experiment haben müssen.

Ich sagte schon: Ich will das alte Lied vom Separatismus nicht singen, obgleich es notwendig ist, einmal auf die Entfremdung innerhalb des deutschen Volkes hinzuweisen, eine Entfremdung, die zum Teil durch die Zoneneinteilung kommt, die aber auch durch einen überspizten föderalistischen Gedanken in das deutsche Volk hineingetragen wurde. Das ist leicht zu beweisen.

Denken Sie an eine Dichterin wie Ricarda Huch, eine Dame, die Weltruf genießt und die die deutsche Kultur wirklich an vorderster Stelle in der Welt draußen vertreten hat. Diese Dame will ein Jahr vor

(Schneider [SP])

ihrem Tod — ich weiß es genau — nach Kassel ziehen. Sie wendet sich von Jena aus nach Kassel, aber das Bürgermeisteramt dieser Stadt teilt mit, daß der Stadt Kassel eine Dame namens Ricarda Huch nicht bekannt sei. Diese Verhandlungen ziehen sich drei Vierteljahre lang hin, und Kassel weigert sich weiter, Ricarda Huch aufzunehmen, weil der Stadt Kassel der Name Ricarda Huch nicht bekannt sei.

(Dr. Hundhammer: Das sagt aber nichts gegen Bayern!)

— Nein, Herr Kultusminister! Ich sage ja auch nichts gegen Bayern, ich spreche von der Überfremdung. Es könnten in Bayern aber vielleicht auch ähnliche Beispiele zu finden sein. Man sagt ja, daß der Dichter Stefan Andres einen ähnlichen Schicksalsweg gegangen wäre wie Ricarda Huch.

(Dr. Hundhammer: Sehr richtig!)

Tatsache ist, daß Ricarda Huch nicht nach Kassel ziehen durfte, weil sie dort nicht bekannt ist. Sie wohnte ja in Jena, und Jena liegt so unendlich weit entfernt. Man kann nicht verlangen, daß die Leute von Kassel etwa die von Jena kennen. Aber es bleibt doch beschämend, daß diese alte, um die Geltung der deutschen Kultur in der Welt wirklich verdiente Dame umherziehen muß, um einen neuen Wohnsitz in der Nähe ihrer Kinder zu finden und dabei eine Lungenentzündung erleidet, an der sie stirbt. Schuld an diesem plötzlichen Tod von Ricarda Huch ist jene Entfremdung innerhalb des deutschen Volkes, die man mit Separatismus bezeichnen kann und muß und die ich hier geißeln möchte.

(Dr. Stang: Das ist doch kein Separatismus, das ist Unkenntnis!)

— Selbstverständlich ist das eine separatistische Absehung.

(Dr. Stang: Ja, aber in Preußen!)

— Ich spreche ja ganz allgemein und nicht von Bayern. Ich will nur aufzeigen, wie es im Deutschen Reich ist und daß wir es so nicht machen sollten.

(Zuruf von der CSU: Wir Bayern sind doch bessere Menschen, wir nehmen sie alle auf! — Dr. Stang: Das ist allgemeine Unbildung!)

— Das ist nicht nur allgemeine Unbildung, Herr Kollege; es wäre bei einem geschlossenen Reich unmöglich, daß so etwas geschieht.

(Zuruf: Was hat das mit dem Stat zu tun?)

— Es dreht sich um eine prinzipielle Auseinandersetzung in kulturellen Fragen. Wir müssen uns auf jeden Fall auf kulturellem Gebiet hüten, hier geistige Zonengrenzen zu schaffen; denn die gehen nicht nur durch die Landkarte Deutschlands, sie gehen mitten durch die deutsche Seele, mitten durch das deutsche Herz und das deutsche Bewußtsein hindurch. Dagegen wehren wir uns. In Bayern ist es doch so: Wenn es mit den Wittelsbachern nicht mehr geht, dann versucht man es mit den Fischbachern. „-bacher“ müssen anscheinend immer dabei sein,

(Widerspruch bei der CSU)

und wir wissen nicht, wie weit der Weg von den Fischbachern bis zu diesem Parlamente ist. Wir werden es ja noch erleben, daß wir in der bayerischen Geschichte zu den „Fischbachern“ kommen.

(Zuruf: Dann sind solche Leute wie Sie daran schuld!) Es ist doch so, daß man überall im früheren Reich und wahrscheinlich auch heute noch einen wirklichen Kultur-

träger deutscher Art, mag er aus Breslau oder Saarbrücken, aus Hamburg oder aus München sein, verstand. Man verstand Goethe in Weimar und in München, in Berlin und in Königsberg; aber — und das ist kein persönlicher Angriff gegen den Herrn Kultusminister, und vielleicht kann er gar nichts dazu — man versteht den Herrn Kultusminister nicht überall. Das ist sein Schicksal!

(Zuruf: Leider!)

— Jawohl, man versteht ihn nicht!

(Dr. Stang: Man würde ihn verstehen, wenn er eine andere Farbe hätte!)

— Das ist möglich, daß man ihn dann verstünde. Das bestreite ich nicht. Tatsache ist aber, daß man ihn nicht versteht. Ich habe es erlebt, und zwar wiederholt. Man fragte mich in der englischen und der französischen Zone in der letzten Zeit, soweit man auf Politik zu sprechen kam — ganz gleich, ob es in einer kleinen-erlesenen Gesellschaft war oder am Stammtisch, das spielte keine Rolle —, was unser Lortz und unser Hundhammer mache. (Zuruf: Das liegt an der Presse!)

— Woran es liegt, will ich nicht untersuchen. Es mag an der Presse liegen. Ich stelle nur fest: Es ist eine bedenkliche Popularität, eine gefährliche Berühmtheit für einen Minister, wenn er in einem Atemzug etwa mit Herrn Lortz genannt wird.

(Sehr richtig! — Zuruf: Dr. Rülz!)

Es mag zum Teil an der Presse liegen; ich will Ihrem Einwand entgegenkommen. Es liegt aber zum Teil auch an überalterten oder an unbedachten Maßnahmen, mindestens aber an einer unbedachten Begründung der Maßnahmen, die der Herr Kultusminister traf. Die Prügelstrafe — (Heiterkeit.)

— Sie können lachen! Lachen ist aber kein Gegenargument. (Widerspruch.)

— Ich glaube, wir streiten mit geistigen Waffen und nicht mit Gelächter. Es ist nun ja nicht so, wie es den Herr Kultusminister im Lauf der Debatte über die Prügelstrafe darstellte. Wenn in Württemberg, in Baden, in Hamburg

(Zuruf: Berlin!)

— jawohl, Berlin die Prügelstrafe innerhalb der Schulen noch besteht, so ist das insofern nicht auffaherregend, als dort diese Frage noch gar nicht diskutiert worden ist. (Heiterkeit.)

Der Vorgänger des Herrn Kultusministers hat, unserer Ansicht nach, in einer sehr schönen und fortschrittlichen Art die Prügelstrafe abgeschafft. Der Herr Kultusminister hat sie wieder eingeführt. Damit wurde die Prügelstrafe zum allgemeinen Diskussionsthema innerhalb und auch außerhalb Bayerns erhoben und ihr im Laufe der Auseinandersetzungen eine übertriebene Bedeutung beigemessen.

(Zuruf von der CSU: Ihr habt es mit unterstützt, daß es eine übertriebene Sache wurde!)

— Wir haben uns gegen die Wiedereinführung der Prügelstrafe gewandt. Das ist unser gutes demokratisches Recht. Sollen wir etwas gegen unser politisches Gewissen tun? Wir sind der Meinung, wir kommen ohne Prügelstrafe aus. Wir hätten es lieber gesehen —

(Zuruf: Zürich!)

(Schneider [FDP])

— Weisen Sie doch nicht auf Zürich hin. Genau so gut könnten Sie auf Südafrika hinweisen und wohin Sie sonst noch wollen! Wir können nicht alles nachmachen, was draußen in der Welt geschieht.

(Zuruf: Was Du nicht willst, das man Dir tu, das füg' auch keinem andern zu!)

Wir müssen versuchen, zu der Frage der körperlichen Züchtigung in der Schule eine positive Einstellung zu gewinnen. Wir sagen, es ist im Moment vielleicht notwendig, daß ein Lehrer zum Stock greift, wenn er 80 oder 150 Schüler zu betreuen hat. Ich streite das nicht ab; denn ich bin selbst Lehrer, ich weiß das zu gut. Aber man hätte es als Minister ins Positive wenden und sagen sollen: Wir wollen den schmerzlichen Versuch machen, die Prügelstrafe überflüssig werden zu lassen; wir wollen möglichst schnell — was heute möglichst schnell heißt — Schulverhältnisse schaffen, die die Prügelstrafe überflüssig erscheinen lassen.

(Sehr gut!)

Dann wäre die Frage ins Positive gewendet gewesen. So haben wir es von der Freien Demokratischen Partei aus gewollt. Dann wäre man zu einer positiven, fortschrittlichen Vorstellung gekommen und nicht bei dem geblieben, was jetzt vorhanden ist und was immerhin einige Aufregung nicht nur in Bayern, sondern auch in Deutschland und sogar in der Welt hervorgerufen hat. Lesen Sie die ausländischen Zeitungen!

(Zuruf: Künstlich gemacht!)

— Ob künstlich oder nicht, steht nicht zur Diskussion. Zur Diskussion steht, ob man —

(Weitere Zurufe. — Unruhe. — Glocke.)

I. Vizepräsident: Meine Herren! Ich bitte, doch etwas ruhiger zu sein und den Herrn Abgeordneten nicht ständig zu unterbrechen.

(Stock: Es sieht nicht nach Kulturdebatte aus!)

Herr Abgeordneter Schneider, bitte!

Schneider (FDP): Es steht zur Diskussion, ob man einen Fortschritt — und wir betrachten den Erlaß des Vorgängers des Herrn Kultusministers als einen Fortschritt — wieder in dieser Art zurücknehmen kann, ohne in den Verdacht des Rückschritts zu kommen. Das steht zur Diskussion und nichts anderes. Auf jeden Fall waren es die gewiß ungeschickten Begründungen und Äußerungen im Verlauf der Debatte über die Prügelstrafe, die zu dieser falschen, unechten und gefährlichen Popularität des Herrn Kultusministers beigetragen haben. Wir bedauern das. Sie werden mir recht geben. Wenn Sie offenen Ohres im Lande draußen umhergehen, dann erleben Sie Dinge, die mindestens unerfreulich sind und einen Schatten auf das Kultusministerium werfen. Wenn Sie auf einen Schulhof kommen und die Schüler singen dort: „Mir san die lustigen Hundhammerbuam!“, so dürfte das wahrscheinlich nicht das richtige Verhältnis der Öffentlichkeit zum Kultusministerium oder umgekehrt darstellen.

(Heiterkeit und Widerspruch.)

Wir wünschten, daß gerade das Kultusministerium ein Volksministerium sei und in seinen Anordnungen, in seinem kulturpolitischen Willen ein breites und tiefes Echo im Volke finde. Es mag sein, daß der Herr Kultusminister hier in Oberbayern verstanden wird. Ich kann Ihnen aber als Franke — meine fränkischen Kollegen und vielleicht auch die schwäbischen

werden es bestätigen — sagen, daß die Politik des Herrn Kultusministers in Franken noch nie ein Echo gefunden hat.

(Zuruf: Negatives Echo!)

— Ein sehr negatives Echo, das dürfte stimmen.

(Zuruf: Ein gutes Echo!)

— Das mag bei Ihnen zutreffen. Dort, wo ich war, stimmt das nicht. Ich kann Ihnen auch dafür den Beweis antreten.

(Zuruf: Wo denn?)

Gerade die Christliche Union hat zu ihren Wahlkündgebungen und Wahlversammlungen niemals einen Vertreter aus der politischen Richtung des Herrn Kultusministers nach Franken geschickt, sondern immer auserlesene fränkische Vertreter der CSU, die sehr oft bei ihren Wahlkündgebungen viel härter und schärfer als wir gegen die Politik des Herrn Kultusministers sprachen.

(Sehr richtig! bei der SPD. — Zuruf: Siehe Kulmbach!)

Achten Sie die Gefahr der Entfremdung innerhalb unseres engsten Vaterlandes, innerhalb Bayerns nicht gering! Man könnte heute fast schon von einem fränkischen Separatismus sprechen — ich sage das aus einer tiefen Besorgnis heraus —, mindestens von dem Willen zu diesem fränkischen Separatismus.

(Zuruf: Davon ist keine Spur wahr; ich bin doch auch von Franken!)

— Das mag in Ihrer Umgebung der Fall sein, bei uns sind große Spuren davon wahr.

(Weitere Zurufe. — Große Unruhe. — Glocke.)

I. Vizepräsident: Meine Herren Abgeordneten! Ich möchte jetzt ernstlich bitten, die Würde des Hauses zu wahren.

Schneider (FDP): Es ist tatsächlich so; sehen Sie nur in die Zeitungen Frankens! Der Herr Kultusminister hat gestern mit Recht Stellen aus fränkischen Zeitungen gezeifelt. Aber es stehen dort auch Dinge, die man nicht so mit einer Handbewegung wegwischen kann. Hören Sie genau hin im Volk! Sie werden dort einen Widerwillen finden gegen München und gegen die Münchener Politik, und zwar mit einem gewissen Recht!

Einem Satz nur, der rein inhaltlich nicht zum Kultusetat gehört, diese Frage aber berührt: Nördlich von München fahren seit geraumer Zeit keine Eilzüge, keine Schnellzüge mehr. Oberfranken ist verkehrshin sichtlich zum bayerischen Sibirien geworden. Wenn ich von Coburg nach München fahre, so brauche ich dazu die geraume Zeit von 11½ Stunden. Ich komme von München nach Coburg in einem Tag überhaupt nicht zurück; ich muß einmal irgendwo eine Nacht zubringen. So sind die Verhältnisse, dieweil nicht nur in Verkehrsfragen, sondern in fast allen Fragen, die uns angehen,

(Unruhe)

Franken heute mehr und mehr benachteiligt wird. Das ist ohne Zweifel wahr und gegeben; fragen Sie die anderen Abgeordneten, die aus Franken kommen, die dieselben Klagen haben, wie ich.

Sein besonderes Augenmerk hat der Herr Kultusminister auf das Gebiet der Erziehung geworfen. Ich werde davon nicht vieles sagen, weil wir später die Debatte zur Schulreform vertiefen und genau auf diese Dinge eingehen möchten und müssen; ich möchte nur

(Schneider [SP])

einiges sagen. Wir Demokraten halten es für dringend notwendig, daß die deutsche — nicht nur die bayerische — Erziehung reformiert wird, daß ihr wirklich ein neuer Inhalt, eine neue Gestalt, ein neues Gesicht gegeben wird, daß man an diese leidige und brennende Frage mit einem gewissen Mut, mit einem gewissen Mut zur wirklich geistigen Erneuerung herangeht. Kernpunkt der neuen Erziehung scheint uns die neu heranzuziehende Lehrerpersönlichkeit zu sein.

(Sehr gut!)

Wir sehen in der Frage: Welche Erziehung wollen wir unseren künftigen deutschen Erziehern geben?, wie soll der künftige deutsche Lehrer aussehen?, welche Gestalt wollen wir ihm geben?, die Kernfrage des gesamten Problems. Dabei wissen wir genau, daß rein äußere Reformen, wenn der Geist, wenn der Impuls, wenn die Innerlichkeit dabei fehlen, auf diesem Gebiet nichts ausrichten. Lediglich eine neue Lehrerpersönlichkeit, eine wirkliche Persönlichkeit wird einen neuen deutschen Typus schaffen, und nichts anderes.

Wie war es aber und wie ist es heute noch um diese Lehrerpersönlichkeit bestellt? Sie werden mir recht geben, wenn ich sage, daß kein Stand — es ist ein Superlativ; entschuldigen Sie! Ich will es einschränken: — daß es wenig Stände geben dürfte, die so entrechtet sind und entrechtet waren wie der Lehrerstand.

(Widerspruch bei der CSU.)

— Jawohl, das ist so; ich werde Ihnen gleich sagen, warum. Nicht erst während der Nazizeit war das so, das war zuvor schon so. Wir haben gestern hier ein typisches Beispiel erlebt; ich komme gleich darauf zurück.

Kein Stand hat so viel Aufpasser wie der Lehrerstand. Da ist es der Schulrat, da ist es die Kirche, da ist es — wie wir gestern sahen — der Herr Landrat, da ist es die Öffentlichkeit, da sind es die Kinder, da sind es die Eltern, der Pfarrer, das Dorf, da ist es, Gott weiß wer.

(Zuruf.)

— Ja, überspitzt haben das dann die Nationalsozialisten; sie machten den Lehrer zum bewußten Untertanen ihres Systems. Kein Stand wurde während der Nazizeit so gepeinigt und so beaufsichtigt wie der Lehrerstand.

(Oh!)

— Jawohl! Und es bleibt oft nicht verwunderlich, daß so viele Lehrer aus ihrer Notlage heraus allzu schnell und allzu vorlaut zum Nationalsozialismus übertraten und sich, wenn auch nur rein äußerlich, zu seinen Ideen bekannten.

(Zuruf von der CSU: Welcher Stand hat mehr Ortsgruppenleiter gestellt als die Lehrer?)

— Stimmt; wer sollte sie denn stellen draußen auf dem Dorf? Ich war 17 Jahre lang auf dem Lande; ich war während der Nazizeit 12 Jahre lang draußen auf vielen Dörfern, von Strafverfugung zu Strafverfugung. Ich habe es gekannt. Ich war nicht Parteigenosse. Ich ging dafür aber auch alle paar Jahre strafverfugt oder eingezogen irgendwo anders hin, oder ich sollte hingehen: ich habe mich zum Schluß geweigert; ich bin an die Front gegangen.

(Rißer: Wo waren die andern?)

— Sie konnten doch keine Völkermigration unter der Lehrerschaft entstehen lassen! Die Leute hatten ja Familie; sie hatten ja aus einer sozialen Notlage heraus,

bei ihrem Gehalt von 240, 250 Mark, gar nicht die Möglichkeit, alle paar Jahre irgendwohin zu wandern und Umzugskosten zu bezahlen.

(Dr. Stang: Das ist keine Begründung!)

— Es ist keine Gesamt-, aber eine Teilbegründung.

Es ist jedenfalls so gewesen, daß während der Nazizeit der Lehrer ganz entrechtet war, und daß dadurch nicht nur der Lehrerstand der Leidtragende war, sondern daß es die Schule und damit unser Volk war. Denn es ging mit unserer Schule und unseren Erziehungsmethoden, unseren Erziehungsreformen von Jahr zu Jahr abwärts; und es wird weiter abwärts gehen, wenn wir nicht endlich nach den Lehren der Vergangenheit aus den Lehrern der Vergangenheit heraus eine neue Persönlichkeit als selbstverantwortliche Persönlichkeit entwickeln und in die Schulstube stellen.

Daher meinen wir, daß man, wenn man das Problem der Reform der Volksschule, das Problem der Reform aller Schulen überhaupt diskutiert, zuerst einmal die Reform der Lehrerbildung erörtern müßte. Ich brauche hierzu nicht zu sprechen; mein Fraktionskollege Dr. Korff wird bei der Besprechung des Schulreformplans ausführlich unseren Standpunkt begründen, der dahin geht, daß wir eine neue selbstbewußte, selbstverpflichtete, freie Lehrerpersönlichkeit gestalten möchten.

Ein bedeutender Theologe, der allerdings in der Schweiz lebt, hat in der letzten Nummer der „Neuen Zeitung“ einen bemerkenswerten Aufsatz über den deutschen Studenten geschrieben; er fordert darin und sagt ausdrücklich, daß der deutsche Mensch von morgen nur in einer großen geistigen Freiheit existieren wird. Der deutsche Mensch von morgen wird durch den deutschen Lehrer von morgen bestimmt und geformt, im wesentlichen mitgeformt; und es ist notwendig, daß wir diesem deutschen Lehrer von morgen jene große geistige Freiheit geben, die der Theologe fordert.

Ganz im Widerspruch zu dieser Politik der geistigen Freiheit steht das Verhalten eines Landrats, wie es gestern hier gezeigelt worden ist, der in die Schulstube geht, um beurteilend — nicht nur als Gast, sondern als Beurteiler — dem Unterricht beizuwohnen. Ich weiß nicht, ob der Landrat hierfür zuständig ist; der Herr Kultusminister kann hierauf ja eine endgültige Antwort geben. Soviel ich weiß, ist der Landrat verantwortlich für die äußeren Schulverhältnisse, für die Instandsetzung und Instandhaltung, für die Reinigung der Gebäude, für den äußeren Schulbetrieb; aber für den inneren Schulbetrieb kann er doch niemals verantwortlich gemacht werden. Der Landrat ist heute ein politischer Beamter. Es kann der sehr ehrenwerte Bäckermeister soundso Landrat werden. Sie können doch von einem Lehrer nicht verlangen, daß er sich dem wissenschaftlichen, pädagogischen Urteil eines noch so ehrenwerten Bäckermeisters unterstellt! Was würde der Herr Landrat sagen, wenn ich in sein Landratsamt käme und ihm sagen würde: Nun will ich Sie einmal visitieren und Ihre Arbeit begutachten und überwachen! Er würde mich wahrscheinlich sehr schnell zur Tür hinausexpedieren! Und ich würde es einem Lehrer gar nicht übel nehmen, wenn er das gleiche mit einem Landrat tun würde, der bei ihm beurteilend und kritisierend dem Unterricht beizuwohnen will.

Die Nazis haben es so ähnlich gemacht. Ich kann Ihnen, um das genauer zu beleuchten, ein ganz kleines

(Schneider [SP])

Erlebnis erzählen. Zu mir kam auch einmal der Landrat. Er besuchte meine Schule. Es ging ihm nicht um die Schule; es ging ihm um die Bspitzelung meiner Person. Er brachte dann, als er gar nichts fand, heraus, daß in den Kindertoiletten sehr viel Laub von einem Kastanienbaum liege und die Toiletten beschmutzt wären. Ich sagte ihm: Ich sehe das auch und mißbillige das ebenso; aber es dürfte Sache des Bürgermeisters und damit Sache des Landrats sein, dieses Laub entfernen zu lassen. Er antwortete mir dann: Ach, wissen Sie was, Herr Lehrer, wenn Sie einen Besen nehmen, dann ist das Laub in fünf Minuten herausgekehrt. Ich sagte darauf zu einem Kind, das dabei stand: Hol' bitte, zwei Besen; wenn der Herr Landrat mithilft, sind wir in zweieinhalb Minuten fertig.

So kann man es auch machen. Ich wollte damit bloß sagen, daß man schon dem Lehrer und der neuen Lehrerpersönlichkeit, die wir haben wollen, jenen geistigen Raum lassen muß, in dem letztlich einzig Kultur gedeiht. Denn sie gedeiht nur in einer gewissen Freiheit, und wir müssen es ablehnen und müssen es geißeln, wenn von irgendeiner noch dazu nicht berufenen Stelle Eingriffe in Schulerziehungsfragen gemacht werden.

Hinzu kommt, daß der Lehrer aus der Nazizeit her rein besoldungsmäßig so schlecht gestellt ist, wie kein anderer Beamter.

(Oho! bei der CSU.)

— Nein, nicht oho! Das stimmt; denn der Lehrer hat als einziger Beamter keine Aufsteckmöglichkeit innerhalb seines Berufs. Die Nazis haben die alte Besoldungsform, die dem Lehrer — wenigstens 20 Prozent der Gesamtlehrerschaft — die Möglichkeit gab, vom Lehrer über den Hauptlehrer zum Oberlehrer aufzurücken, weggewischt und uns dafür ein System eingerichtet mit Direktoren, Hauptlehrern und Konrektoren, ein Beförderungssystem, das lediglich nazistischem Interessen diente; denn man setzte an diese Befehlsstellen in der damaligen Zeit eben echte und ausgekochte Nazis, die die anderen Lehrer kujonierten.

Ich glaube, es dürfte höchste Zeit sein, daß dieses bis jetzt noch bestehende, aus der Nazizeit herübergenommene Besoldungssystem der Lehrer fällt. Wir haben einen diesbezüglichen Antrag eingebracht, daß man dem verdienten Lehrer wie jedem anderen Beamten die Möglichkeit der Beförderung und des Aufstiegs innerhalb des Berufs gibt.

Ein Beispiel: Ich bin heute 25 Jahre Lehrer. Ich bin Lehrer genau wie vor 25 Jahren; kein Mensch hat daran gedacht, mich bisher auch nur um eine Stufe zu befördern. Wie es mir geht, so geht es älteren Lehrern, die 30, 40 Jahre lang im Dienst sind. Ich möchte den Geschäftsmann kennen, der vor 30 oder 40 Jahren sein Geschäft gegründet hat und bis heute überhaupt noch keinen Fortschritt auf diesem Gebiet zu verzeichnen hätte! Er würde dieses Geschäft beizugehen an den Nagel hängen.

Es ist notwendig, daß wir auch auf diesem Gebiet dem Lehrer jene Achtung schenken, die ihm geschenkt werden muß; sonst züchten wir im Raum der Erziehung in der Schule ein geistiges Proletariat heran, das uns bis ins äußerste und bis ins letzte hinein schaden wird.

Ich spreche nicht nur im Namen der Lehrer; ich spreche im Namen aller geistig Tätigen, weil ich das kann. Es ist heute schon wieder so, daß wir geistiges Proletariat heranzüchten. Alle geistig Arbeitenden sind bis heute in Bezug auf die Ernährung Normalverbraucher geblieben, obgleich sie oft eine unmenschliche, eine weit größere Leistung zu vollbringen haben als mancher Handarbeiter.

Bleiben wir bei den Lehrern! Ein Lehrer, der zwei Jahre lang zwei Schulklassen mit je 80 Schülern etwa — das ist keine Seltenheit — zu versorgen hat, leistet rein körperlich — denken Sie an das, was er sprechen muß! — mindestens genau so viel, wie etwa ein Handarbeiter, der acht Stunden lang am Tag irgendeinen Gegenstand bemalt oder sonst etwas tut. Es ist ein Unrecht, daß man die geistig Arbeitenden — auch die beim Theater, auch die in anderen Kulturzweigen Tätigen — immer noch dem Normalverbraucherssystem innerhalb der Ernährung unterwirft und noch keinen Weg gefunden hat, ihnen jene Zulagen zukommen zu lassen, die oft viel, viel Unwürdigere heute bekommen. Das schafft Verärgerung und Mißstimmung draußen und läßt die Leistungen katastrophal absinken.

Der Herr Kultusminister sprach gestern von einer Vereinigung, als er die Überführung der Gemeinschaftsschulen in Bekenntnisschulen behandelte. Ich glaube, das Wort Vereinigung dürfte an dieser Stelle nicht richtig gewählt sein. Ich weiß nicht, was dabei zu vereinigen ist. In Coburg besteht die Gemeinschaftsschule seit 70 Jahren, und Coburg ist zufrieden mit dieser Gemeinschaftsschule.

(Zuruf.)

— Es gab, Herr Kollege Maderer, auch keine rein lehrplantechnischen Schwierigkeiten; diese wurden im Laufe einer vergrößerten Übung leicht überwunden. Ich weiß, was Sie sagen wollten, Herr Kollege Meigner.

(Erneuter Zuruf.)

— Es gab eine private katholische Schule; sie war eine Einrichtung der katholischen Kirche mit lediglich zwei Klassen, während sonst die Coburger Schule achtklassig ist. Das war eine rein private katholische Angelegenheit, eine Schule, die freiwillig von Kindern katholischer Eltern besucht wurde. Diese katholische Schule wurde später ausgebaut. Wir haben nichts gegen diese katholische Schule in Coburg, Herr Kollege Meigner, wenn sie so weiterbesteht, wie sie bis jetzt bestanden hat. Es ist eine Angelegenheit der katholischen Kirche, diese Schule einzurichten, und es bleibt jedem katholischen Vater und jeder katholischen Mutter überlassen, ihr Kind in die allgemeine Schule oder in die private katholische Volksschule zu schicken. Dagegen haben wir nichts.

Aber wir haben gegen die Methode etwas, mit der man heute versucht, an die Stelle der Gemeinschaftsschule die Bekenntnisschule zu setzen, genau so, wie wir gegen die Methode etwas einzumenden haben, mit der man versuchte, auf einem scheinendemokratischen Weg die Prügelstrafe demokratisch zu untermauern; denn es war ein scheinendemokratischer Weg. Wenn man es bei der Frage Bekenntnisschule — Gemeinschaftsschule genau so machen würde, dann wäre auch das eine scheinendemokratische Handlungsweise und würde nicht zur Stärkung des demokratischen Bewußtseins in unserem Volke beitragen.

(Zuruf von der CSU: Begründung?)

(Schneider [SPD])

— Die Begründung will ich ja eben geben; haben Sie ein klein bißchen Geduld!

Man hat den Eltern auf dem Umweg über die Kinder einen Zettel in die Hand gegeben, und auf diesen Zettel mußten die Eltern mit voller Namensunterschrift vermerken, ob sie für oder gegen die Prügelstrafe sind.

(Zuruf von der CSU: Wie haben es die Nazis gemacht?)

Machen wir uns nichts vor; sprechen wir in aller Offenheit: Glauben Sie, daß es in einem Dorf eine Mutter wagen würde, Nein auf diesen Zettel zu schreiben, wenn der Pfarrer Ja sagt?

(Widerspruch bei der CSU. — Kaiser: Sie haben es gewagt! — Gegenruf von der SPD: Die wenigsten!)

— Einige haben es gewagt; aber im großen und ganzen dürfte es so sein, daß man es eben nicht wagt.

Es war auch insofern undemokratisch, als der Vater und die Mutter, also die Eltern, nur einen Zettel ausfüllen durften. Der Vater konnte doch für Ja, die Mutter für Nein stimmen; wie entscheiden die beiden dann? Dann entscheidet die Autorität, und nicht das demokratisch verpflichtende Gewissen des einzelnen. Oder es war so, wie in Coburg, daß ganze Klassen diese Zettel überhaupt nicht zum Ausfüllen nach Hause und nicht mit zurück zur Schule nahmen, so daß nur ein Teil der Bevölkerung in Coburg sich allerdings gegen die Prügelstrafe entschied.

(Zuruf von der CSU: Wenn der Mann ein Nazi war, mußte die Frau unterschreiben!)

— Wir wollen doch nicht andauernd Vergleiche mit den Nazis anstellen; wir wollen doch etwas Neues, etwas Anderes schaffen.

Wir meinen, es war eine scheindemokratische Abstimmung; und die Abstimmung über die Frage, ob Gemeinschaftsschule oder Bekenntnisschule, könnte, wenn sie nicht ganz gewissenhaft gehandhabt wird, genau so eine scheindemokratische Abstimmung werden. Das wollen wir verhindern.

Wir hätten es ja ohnehin gerne gesehen, wenn man die deutsche Volksschule ganz einfach eine deutsche Volksschule genannt hätte ohne Rücksicht auf Konfession und auf irgendwelche andere Ausrichtung, wenn man hier eine Schule geschaffen hätte, die gemeinsam gewesen wäre für das gesamte deutsche Volk.

Nicht etwa, daß wir gegen den christlichen Einfluß in der Schule wären!

(Unruhe.)

— Nein; Sie irren sich. Ich habe zwölf Jahre lang während der Nazizeit der christlichen Kirche gedient, als es mir verboten war. Ich lasse mir mein Christentum und meine christlichen Gedanken nicht abprechen! Ich will letzteren auch in die Schule getragen haben, aber nicht konfessionell trennend, sondern christlich zusammenfassend. (Beifall bei der SPD.)

Ich finde, daß die Worte „christlich“ und „Christentum“ in unserer Zeit viel zu häufig, auch hier zu häufig gebraucht werden. Wenn hier — lassen Sie mich das einmal sagen! — an Stelle so vieler christlicher Männer Christus selber einmal eine Stunde säße, so würde, glaube ich, der Herr Präsident des Landtags sehr bald im Dostojewskischen Sinne zum Groß-

inquisitor werden müssen. Man sollte doch politische Fragen auch politisch behandeln,

(Kaiser: auch bei Euch!)

man sollte die staatlichen Fragen von der Staatsseite her betrachten und nicht immer den Begriff „christlich“ vorspannen und letztlich damit doch bloß Machtdinge meinen!

Wir hätten gewünscht, daß man sich auch in unserem bayerischen Volk zur einheitlichen deutschen Volksschule bekennt, die einheitlich ausgerichtet ist von Breslau meinetwegen bis nach Saarbrücken und von Kiel bis nach Garmisch-Partenkirchen, die lehrplanmäßig, zielmäßig so ausgerichtet ist, daß wir einen deutschen Menschen heranbilden, dem deutschen Menschen die Möglichkeit geben, überall dort innerhalb Deutschlands seine Bildung zu suchen, wo er sie suchen will, auch an den bayerischen Universitäten!

(Zuruf: Auch in Hessen!)

Nun ist in Artikel 135 der Bayerischen Verfassung die Bekenntnisschule zumindest an erster Stelle genannt. Ob sie als die Regelschule bezeichnet werden kann, weiß ich nicht; dazu müßte man eine genaue juristische Auslegung dieses Artikels haben. Unsere Verfassung ist eine sehr moderne Verfassung, eine Raugummi-Verfassung: Wo man darauf beißt, gibt sie nach. Das ist die Schuld derer, die für diese Verfassung gestimmt haben. Und hier ist die SPD nicht ganz ohne Schuld; denn hätte die SPD sich unseren Warnungen angeschlossen und gegen die Verfassung gestimmt — wir haben das damals von Herzen gewünscht —, dann hätten wir heute manchen Konflikt nicht auszugetragen, dann wäre ein Teil der 62 Prozent Ja-Stimmen wahrscheinlich sehr schnell in Nein-Stimmen verwandelt worden.

Um die neue Schulordnung, über die diskutiert werden soll, ist bis jetzt viel Druckerchwärze verschwendet worden. Ich glaube, daß eine äußere Schulordnung im Wesen nichts mit einer Erneuerung der deutschen Schule zu tun hat, daß es auf den Geist ankommt, der in die neue Schule hineingetragen wird, auf den Inhalt, der dieser neuen Schule gegeben wird, und auf die demokratische Freiheit, die dieser Schule zugestanden wird. Man sollte in Bayern überhaupt mit aller Schwärze etwas sparsamer umgehen! Hätte man weniger Druckerchwärze für die Schulordnung verwandt, hätte man bei ganz kleinen Dingen begonnen, eine neue Ordnung in der Schule zu schaffen, so wären wir heute weiter.

Der Schulbuchverlag und die Schulbücher, die er druckt, sind sehr schön, und ich glaube auch, daß man in München Reichliches davon verspürt; bei uns in Franken merken Sie kaum etwas davon.

(Zuruf von der CSU.)

— Wie es in Bamberg oder in Bayreuth ist, weiß ich nicht. Coburg jedenfalls ist bis zu diesem Jahr ohne Schulbücher geblieben; erst im Verlauf dieses Jahres hat die erste Schulklasse ihr Schulbuch bekommen. Dort oben merkt man von den schönen Schulbüchern des Schulbuchverlags nichts. Es wäre zu wünschen, daß auch Franken nicht ganz von der „bayerischen Kultur“ ausgeschlossen und nicht ganz auf sich gestellt bliebe.

Es müßte doch eine Möglichkeit geben, die Zeit-schrifteninflation, diese Inflation von Traktäten und Traktaten religiösen und philosophischen oder

(Schneider [SP])

nicht religiösen und nicht philosophischen Inhalts, endlich einmal zum Stillstand zu bringen und das wichtige Papier für unsere Volkserziehung anzuwenden. Dann kämen wir vielleicht zu neuen Schulbüchern und zu neuen Schulheften.

Etwas Ungeheuerliches ist es, wenn die Schulen bei der Begutachtung der Beheizung in die Dringlichkeitsstufe IV eingereiht werden, während Kabarett- und Tanzveranstaltungen in Stufe III sind. Man gibt Kabarett- und Tanzveranstaltungen Kohle und Heizmaterial, man verlagert dieses Heizmaterial den Schulen und zwingt unsere Kinder, in ungeheizten Schulräumen Unterricht zu hören, oder man verhindert sie überhaupt am Unterricht. Es dürfte wahrscheinlich Aufgabe des Kultusministeriums sein, hier möglichst schnell und bald einzuschreiten.

Ich komme bei der Einzelbesprechung des Stats noch auf die Fragen, die diesen Komplex berühren, und will mich daher hier ganz kurz fassen. Ich glaube, ein besonderes Augenmerk sollten wir wenden — das geschah auch nicht mit dem nötigen Nachdruck — auf die Begabtenförderung. Wir sollten in Bayern — und unser Antrag die Schulreform betreffend lautet dahin — etwas Ähnliches schaffen wie Berlin in seinem Humboldt-Gymnasium, eine Schulstätte, in der begabte junge Menschen, die bis jetzt keine Gelegenheit hatten, ihre Bildung abzuschließen, die Möglichkeit haben, sich die Bildung zu erwerben, die ihnen zusteht. Das ist besonders vordringlich in unserer Zeit, da durch den Krieg und die Nachkriegszeit sehr viele begabte junge Menschen gehindert sind, sich die Bildung anzueignen, die ihnen dank ihrer Begabung und ihres Willens zusteht. Wir sollten möglichst schnell dazu übergehen, wieder Elternbeiräte einzuführen, wieder Elternschaft und Schule zu einer Erziehergemeinschaft zusammenzuschließen.

Lassen Sie mich nun noch einige Einzelheiten zu unserem Etat sagen!

Es hat, wenn man den Etat aufschlägt, manchmal den Anschein, als ob der Münchener Stadtrat diesen Etat aufgestellt hätte; denn die Hauptposten des Stats werden tatsächlich für München verbraucht. Denken Sie nur an die Theaterzuschüsse! Der Staat gibt die Summe von 5423 520 Mark als Theaterzuschuß. Dieser Theaterzuschuß fließt fast ausschließlich nach München. An Zuschüssen für andere Theater ist lediglich ein Betrag von 300 000 Mark eingesezt.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Das stimmt nicht mehr, das ist geändert. Sie waren im Haushaltsauschuß nicht anwesend. Der Betrag wurde auf 800 000 Mark erhöht.)

Nach dann dürfte die Summe immer noch sehr gering sein und dürften für München immer noch 4 600 000 Mark verbleiben.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Das stimmt auch nicht mehr; dieser Posten wurde herabgesezt. — Dr. Stang: Auf 4 Millionen.)

— Gegen 800 000 Mark, die für das übrige Land ausgegeben werden!

Rein sachlich möchte ich als Coburger zu einem Posten Stellung nehmen. Es stimmt nicht, daß ein Zuschuß von 127 000 Mark an das Landestheater Coburg 1946 oder 1947 gegeben wurde. Das Lan-

destheater Coburg hat bis jetzt überhaupt noch keinen Zuschuß bekommen. Der Betrag von 127 000 Mark war lediglich ein Unlaufgeld für das Coburger Theater, das 1945 gegeben wurde. Das erscheint heute noch oder vielleicht erst heute im Etat des Kultusministeriums.

Wie aber steht es mit den Zuschüssen, die an die Landeshauptstadt München gegeben wurden? Wir haben in München die Akademie der Bildenden Künste, die Hochschule für Bildende Künste, die Akademie für Angewandte Kunst, das Zentralinstitut für Kunstgeschichte, die Staatliche Hochschule für Musik, die Staatsgemäldesammlung und das Institut für Maltechnik. Dieser Zusammenballung aller wichtigen kunstbildenden Institute stehen im Lande nur zwei gegenüber, nämlich die Akademie der Bildenden Künste in Nürnberg und das Staatliche Konservatorium für Musik in Würzburg. Es wäre an der Zeit, das Land hier etwas eindringlicher zu bedenken. Die Verhältnisse haben sich grundlegend gewandelt, zumal in Oberfranken, an der dort neuentstandenen sogenannten Zonengrenze. Früher sind sehr viele kunstliebende und Kunstbildung suchende junge Leute aus unserem Gebiet z. B. nach Weimar gegangen. Die Theaterschule in Weimar war Aufnahmegebiet für einen großen Teil der in Oberfranken Kunstbildung suchenden jungen Menschen. Dieses Gebiet ist uns verschlossen. Dazu kommt, daß Würzburg restlos zerstört ist. Oberfranken hängt also auf dem Gebiete der Kunstfortbildung vollkommen in der Luft. Wir haben keine Möglichkeit, unsere jungen Leute, die Musik, Theatergeschichte studieren oder die etwas anderes betreiben wollen, was das Gebiet der Kunst berührt, unterzubringen. Wir sind genötigt, wenn wir nicht künstlerisch verarmen wollen, selbst ähnliche Institute einzurichten. Die Stadt Coburg hat den Mut gefunden, selbst den Versuch zu machen, ein Konservatorium und eine Theaterschule einzurichten, und ich muß hier dem Kultusministerium danken, daß es sich bereit erklärt hat, diesen Einrichtungen helfend und fördernd beizuspringen. (Zuruf: Egoismus!)

— Das ist kein Egoismus. Ich halte mich nur für verpflichtet, darauf hinzuweisen. Ich habe nichts davon.

Nach dem Etat werden weitere Zuschüsse an die nichtstaatlichen Volksbildungsstätten gewährt, und zwar in der Höhe von 123 700 Mark. Das stellt ein Minus gegenüber dem Jahr 1946 von 497 000 Mark dar. Wir halten einen solchen Betrag für reichlich wenig. Wenn wir dagegen bedenken, daß die Katholische Kirche über 5 000 000 Mark und die Evangelische Kirche fast 800 000 Mark Zuschuß bekommt, daß der Staat Baupflichten für kirchliche Gebäude im Betrag von 810 000 Mark übernommen hat, so dürften die Zuschüsse an nichtstaatliche Volksbildungsstätten, die doch gerade heute eine sehr große Rolle spielen, mit 123 700 Mark außerordentlich niedrig gehalten sein.

Noch schlimmer, nach unserem Dafürhalten katastrophal schlimm steht es um die Förderung des Volkswesen überhaupt. Die Erwachsenenbildung spielt im gegenwärtigen Augenblick unserer Geschichte doch eine ganz bedeutende Rolle, aus den Gründen, die ich vorhin schon darlegte. Man hat vielen jungen Menschen während der Nazizeit und während des Krieges die Möglichkeit, sich zu bilden, genommen, und mancher junge strebsame Mann, manche Frau auch möchte heute das nachholen, was sie

(Schneider [FDP])

versäumt haben, und sie haben das Recht, das nachholen zu können. Deshalb begrüßen wir die Bestrebungen, allorts Volkshochschulen einzurichten, Abendkurse einzurichten, Fortbildungsmöglichkeiten für diejenigen jungen Leute einzurichten, die aus sozialen Gründen nicht in der Lage sind, eine Universität, eine Hochschule oder höhere Schulen zu besuchen. Es ist das unsere soziale und demokratische Pflicht, meine ich, und das Kultusministerium sollte auf diese Erwachsenenbildung ein besonderes Augenmerk verwenden. Schon um unserer Demokratie willen, um der Stärkung des demokratischen Bewußtseins willen sollte das geschehen; denn was Sie heute in unserem Lande an undemokratischen Dingen erleben, das ist oft nicht beschreibbar. Sie als Abgeordnete werden das wissen. Sie brauchen sich bloß in die Eisenbahn zu setzen, brauchen bloß um das Dienstabteil zu bitten, dann werden Sie erfahren, wie notwendig es ist, daß wir unserer Jugend, der jungen Beamtenerschaft usw. die Möglichkeit geben, sich zu bilden, sowohl demokratisch-politisch, wie auch wissenschaftlich, künstlerisch.

Ich darf hier kurz einflechten: es ist mir sechs-, sieben-, achtmal passiert, daß ich bei der Eisenbahn in der übelsten Weise behandelt worden bin. So wollte ich einmal in Bayreuth in das Dienstabteil einsteigen. Der Beamte verwehrte mir das Dienstabteil mit der Begründung, daß dort gestern erst gestohlen worden sei. Ein andermal fuhr ich von München nach Garmisch-Partenkirchen und bat um das Dienstabteil. Der Beamte erklärte: Da kommen Sie nicht herein. Ich erwiderte: Das wollen wir sehen; ich komme wahrscheinlich doch hinein. — Ganz ausgeschlossen! Ich zeige meinen Ausweis: Ich bin Abgeordneter des Bayerischen Landtags. Und die Antwort: Da waren schon ganz andere da als Sie. Sie kommen auf keinen Fall herein. In der vergangenen Woche saß ich im Zug von Nürnberg nach München. Der Fahrdienstleiter hatte mir das Abteil aufgeschlossen, weil der Schaffner nicht zu finden war. Der Schaffner kommt herein, kontrolliert und schnauzt mich im schlimmsten Kasernenhohn an, will mich hinaussetzen: ich hätte versäumt, mich bei ihm zu melden. Das dürfte wohl Unteroffizierston sein. Ich könnte diese Beispiele beliebig verlängern und glaube, unter Ihnen sind manche, die das bestätigen könnten.

Ich will damit bloß sagen, es ist dringend notwendig, daß das Kultusministerium hier helfend und fördernd eingreift insofern, als innerhalb der Erwachsenenbildung, innerhalb dieser allgemeinen Volkshochschule neue Möglichkeiten geschaffen werden, um unserer Jugend die Möglichkeit zu geben, sich in demokratischem Sinne weiterzubilden. Deshalb halten wir den Betrag, der für die Förderung des Volksbildungswesens im Etat eingezahlt ist mit 50 000 Mark, auch wenn er, was sehr anerkennenswert ist, gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung erfahren hat, nicht nur für zu gering, sondern für überhaupt undiskutabel. Die Volkshochschule Coburg mit 1700 Hörern hat im vergangenen Jahr den „enormen“ Zuschuß von 300 Mark vom Ministerium für Unterricht und Kultus erhalten. Das ist ein mehr als lächerlicher Betrag. Ich glaube, man müßte diesen Betrag für das Volksbildungswesen nicht nur verdoppeln oder verdreifachen, sondern in unserer Situation verzehnfachen und sollte dafür lieber andere Beträge streichen. Man braucht nur diesen Betrag für

das Volksbildungswesen zu vergleichen mit jenem, der im Kapitel 476 Titel 222 als Zuschuß an die Vokal-kapelle der Staatlichen Allerheiligen Hofkirche in München eingezahlt ist und wird mir zugeben, daß die Diskrepanz zwischen diesen beiden Beträgen nach wie vor bedenklich stimmen muß. Die Vokalkapelle einer Münchener Kirche allein bekommt einen Jahreszuschuß von 17 000 Mark, während ganz Bayern für seine Erwachsenenbildung den Betrag von 50 000 Mark erhält.

(Dr. Stang: Für die Leibeserziehung der Erwachsenen kommen nochmals 90 000 Mark in Betracht!)

— Das mag sein. Selbst wenn die 90 000 Mark dazukommen, ist der Betrag verdammt niedrig. Es geht mir momentan nicht um die Leibeserziehung, sondern um die Erwachsenenbildung.

Ich sagte schon eingangs meiner Ausführungen, daß wir eine große Zielsetzung, ein Kulturprogramm, einen Impuls vom Herrn Kultusminister erwartet hätten. Wir mußten ihn nach unserer Ansicht vermissen. Wir hätten erwartet, daß das Ministerium für Unterricht und Kultus in die kulturelle Not unserer Lage eingegriffen hätte, nicht mit Befehl, Ausrichtung, Anordnungen, Paragraphen und Verordnungen, sondern helfend und fördernd. Es ist so oft hier geklagt worden, und zwar mit Recht, über die Presse, aber es ist bis jetzt noch nichts Positives gesagt worden davon, wie man dieser Presse helfen will; denn daß man ihr helfen muß, ist klar. Sehen Sie sich die Presseleute hier an. Es sind meist junge, allerjüngste Leute, die sich ehrlich, anständig und aufrichtig bemühen, ihre Berichte zu schreiben und am geistigen Aufbau unseres Volkes mitwirken. Man sollte dieser Presse doch eine Hilfe geben, und dazu wäre das Kultusministerium berufen. Man könnte auch hier Bildungskurse einrichten, Material bereitstellen und Beträge freimachen, um für die Presse fördernd und bildend einzugreifen.

Ebenso steht es mit den freischaffenden Künstlern. Der freischaffende Künstler ist heute schon wieder Proletarier geworden, oft sogar der beste. Ich gebe zu, der Notstand hat daran Schuld. Es sind im Buchgewerbe Auflageziffern von nur 5000 Exemplaren möglich. Damit ist nicht viel zu verdienen. Aber wenn wir unser Künstlertum nicht vermindern, wenn wir ihm nicht die Kraft und die Freude an der Arbeit nehmen wollen, so müßte das Kultusministerium auch hier in vorderster Linie wiederum helfend und fördernd eingreifen, damit nicht noch mehr bayerische Künstler — ich kann das beurteilen, glauben Sie mir das — mit ihren geistigen Produkten nach der sonst so geschmähten Ost- oder Nordzone abwandern.

(Zuruf.)

— Ja, das stimmt. Mein Hamburger Verleger war erst gestern bei mir und hat mir eine Liste von Männern gezeigt, die ihre geistigen Produkte nach Hamburg verkauften, obwohl man dort mit denselben Schwierigkeiten zu kämpfen hat, weil sie hier nicht unterkommen. Hier könnte und müßte nach meinem Dafürhalten das Ministerium einen Weg finden, der helfend und fördernd in die Zukunft weist.

Ebenso steht es mit den Bibliotheken. Wir wissen, die Bibliotheksnot ist groß. Viele wertvolle Bibliotheken sind zerstört. In manchen Städten lagern aber noch Bibliotheken mit einem ungeheuren inneren und auch äußeren Wert, Bibliotheken, die absolut nicht erschlossen sind. Ich denke etwa an die Bibliothek der

(Schneider [FDP])

Coburger Landesstiftung, an zwei große Coburger Bibliotheken mit insgesamt fast 300 000 wertvollen und wertvollsten Bänden, die dort verstauben, ungeordnet oder schlecht geordnet stehen und deren innerer Wert überhaupt nicht lebendig gemacht wird. Wäre es nicht Aufgabe des Kultusministeriums, auch hier fördernd einzugreifen und auch hier Wege und Möglichkeiten zu ersinnen, damit diese Bibliotheken, die sich wahrscheinlich allenthalben draußen im Lande finden, zugänglich gemacht, aufgeschlossen, entstaubt und entriimpelt werden, damit sie wieder lebendiger Besitz einer sonst so verarmten Nation werden?

Ich glaube, daß ich, soweit ich das in dieser kurzen Zeit konnte, die verschiedenen Möglichkeiten aufgezeigt habe, die unsere Bestrebungen um eine neue deutsche Kultur vertiefen, beschleunigen und auch zu erhöhen vermögen. Es ist nicht Oppositionslust von uns, es ist tiefste Verantwortlichkeit und tiefste Besorgnis um die Forderungen und um die Zielsetzungen einer kommenden deutschen Kultur, wenn wir sagen: Wir sind nicht in der Lage, dem Etat in dieser Form zuzustimmen. Wir von der Freien Demokratischen Partei müssen aus den zum Teil vorgebrachten und noch vorzubringenden Gründen den Kultusetat in dieser Form ablehnen, weil es unser politisches Gewissen und unsere Redlichkeit so befiehlt. Es ist nicht politische Laune, die uns treibt, oder politischer Ehrgeiz oder irgendein Egoismus; uns treibt wirklich tiefste Besorgnis in die Opposition, Besorgnis hauptsächlich auch auf dem kulturpolitischen Gebiet.

(Zuruf: Dr. Rülz!)

— Was hat Dr. Rülz mit dem Kultusetat zu tun?

Meine Damen und Herren, deutsche Kultur war nie zu trennen von abendländischer Bildung. Unser Beitrag zur abendländischen Bildung ist groß und gewaltig und wird anerkannt in der Welt. Verkleinern wir diesen Beitrag, verkleinern wir das kulturelle Erbe nicht, indem wir an Stelle der deutschen Kultur etwa eine sogenannte bayerische Kultur setzen wollten! Bleiben wir beim Begriff und den Verpflichtungen der deutschen Kultur! Die deutsche Kultur war von jeher wie ein Baum, der in der Heimat Erde wurzelt. Seine Krone aber gehört der ganzen Welt. Lassen wir es dabei! Verkleinern wir unsere Aufgabe nicht! Bleiben wir bei der großen Forderung einer kommenden neugeborenen und immer wieder neu zu gebärenden deutschen Kultur! Dann mag unser bayerischer Beitrag ein starker sein! Wenn wir als Bayern einen Beitrag zur deutschen Kultur geleistet haben, wie zugegeben wird, dann können wir in diesem Sinne von einem starken Bayern, nämlich von einer starken bayerischen Ausrichtung auf die gesamte deutsche und die gesamte Kultur überhaupt sprechen. In diesem Sinne lassen Sie mich schließen, indem ich noch einmal in einem einzigen Satz zusammenfasse, was wir von der Freien Demokratischen Partei möchten: Wir möchten, daß auch in Bayern künftig deutsche Kultur wieder lebendig ist und daß wir hier in Bayern einen tiefen und echten Beitrag zu dieser deutschen Kultur liefern können.

(Beifall bei der FDP.)

I. Vizepräsident: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Rief.

Dr. Rief (WAB): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich etwas vorausschicken, was sich bis heute noch nicht überall durchgesprochen zu haben scheint, nämlich, daß die WAB programmgemäß auf christlichem Boden steht. Insofern also in der Person des Herrn Kultusministers Dr. Hundhammer eine in christlichem Wesen gehaltene Kulturpolitik gewährleistet erscheint, sind wir bereit, ihn zu unterstützen. Was wir zu bemängeln haben, ist sozusagen seine Schlichterheit. Er hat uns jedoch gestern gezeigt, daß er wohl zu fechten weiß, und wir hoffen, daß er künftig die Klinge öfters zur Hand nimmt im Interesse des Ansehens unseres Landes und des christlichen Abendlandes.

Mit besonderer Genugtuung konstatieren wir, daß auch einmal von höchster Stelle aus gegen das kulturlose Treiben gewisser Münchener Establishments und des Münchener Radio senders Stellung bezogen wurde. Diese kakophonischen Lärmgeschwebereien, die dieser Sender gemeinsam mit gewissen anderen Tag und Nacht drahtlos durch die Wände treibt, sind für jeden halbwegs gebildeten Menschen unerträglich.

Was wir andererseits aber vermissen, ist eine Stellungnahme zu dem ganz großen Problem der Baukultur. Der Wiederaufbau unserer zerstörten Städte und Dörfer und auch ihre Erweiterung wegen des Bevölkerungszuwachses wird über kurz oder lang, hoffentlich recht bald, energisch in die Hand genommen werden müssen. Es ist unbedingte Pflicht des Herrn Kultusministers, sich hier einzuschalten. Seine Aufgabe besteht dabei nicht nur darin, zerstörte und beschädigte Bauwerke von kulturhistorischem Wert wiederherstellen zu lassen oder vor weiterem Verfall zu bewahren — diese Gefahr ist sehr groß und in weitem Umfange gegeben —, sondern in erster Linie darin, die Bau-landschaft zu schützen und zu erhalten, den typischen und spezifischen Charakter unserer verschiedenen bayerischen Landschaften, den Baudialekt sozusagen, der das Bayernland so schön, so reich und so liebenswert macht. Ich sage das als einer, der nicht in diesem Lande geboren ist. Diese ideellen Werte, die höher sind als etwa die Bodenschätze und dergleichen, müssen den kommenden Generationen erhalten bleiben. Sie sind die einzigen Werte, die von niemandem demontiert werden können, außer von uns selbst. Das unter allen Umständen zu verhindern — denn die Gefahr ist groß —, ist Sache des Kultusministeriums, insofern nämlich nach unseren Erfahrungen nicht die Gewähr besteht, daß die eigentlich mit dem Bauesen befaßten Ministerien — es sind deren zur Zeit nur etwa sechs — befähigt sind, diese Aufgabe durchzuführen, wenn sie sie überhaupt erkannt haben.

Aber die Prügelstrafe wollte ich ursprünglich nicht sprechen. Ich kann mir aber nicht versagen, hier zum Ausdruck zu bringen: die Prügel verdienen nicht einmal die Eltern; Prügel verdienen diejenigen, die verantwortlich sind für die Zustände im Wohnungswesen, für das Wohnungselend. Es ist unbestrittene Tatsache, daß eine positive Relation besteht zwischen Kriminalität und Wohnungselend, zwischen dem Wohnungselend und der sittlichen Verkommenheit und Verlotterung der Jugend. Ich möchte hier zum Ausdruck bringen, wir hoffen, daß wir nicht zu denjenigen gehören, die künftig für dieses Elend und seine Folgen die Verantwortung zu tragen haben werden dem Volk gegenüber.

(Dr. Rief [WV])

Ein eigenes Schulreformprogramm vorzulegen, darauf verzichten wir; nicht etwa, weil wir dazu nicht in der Lage wären. Wir betonen die absolute Notwendigkeit einer Schulreform, nicht zwar einer Reform des Aufbaus und der Organisation des Schulwesens, um so mehr aber einer Reform des Schul- und Erziehungsziels. Nicht die gesteigerte Produktion materieller Güter ist uns der Inhalt der Kultur, sondern deren geordneter Gebrauch. Mithin ist uns die Erziehung zum Bürger-Ziel und Zweck der Schule, nicht zum Borgis, sondern zum civis. Nicht Bürger zu sein, sei auf Erden der Menschen größtes Übel, läßt Dante in seinem „Paradiso“ den seligen Königserben Karl Martell aussprechen. Bürger ist, wer gelernt hat, sich frei in die soziale Ordnung einzufügen. Freiheit ist das Wesen der christlichen Existenz. Der Nationalliberalismus und sein Wechselbalg, der Nationalsozialismus, haben die deutschen Menschen seit 1870 zu nichts als zu brauchbaren Arbeitsklaven und gefügigen Soldaten geschult, zu einer indolenten und suggestiven Masse und zu einer geschmacklosen Überdies.

Das übliche Loblied auf die alte deutsche Schule ist völlig unmotiviert. Die neue Schule muß den Menschen zur Freiheit erziehen, dazu, daß er sein Recht auf ungehemmte Entfaltung seiner Persönlichkeit, sein Recht auf Wahrung seiner ökonomischen Interessen nach den Regeln einer durch freie Übereinkunft gesetzten Wirtschaftsordnung, sein Recht auf seine autonome Sphäre, innerhalb welcher er seine individuellen Angelegenheiten ungehindert vor Eingriffen der Staatsgewalt und ungestört vor Verbrechern selbst zu regeln befugt ist, daß er alle diese Rechte für sich in Anspruch nimmt und von diesen Rechten Gebrauch macht. Die neue Schule muß das ganze Volk zur Freiheit erziehen, dazu, daß es sein Recht, die Form seiner sozialen Existenz, seine Rechts- und Wirtschaftsordnung seinem eigenen Wesen und Wollen gemäß selbst zu gestalten, notfalls unter Einsatz des Lebens schützt und verteidigt.

Daß das deutsche Volk dem Nazismus gegenüber gerade in diesem Betreff versagt hat, ist eine historische Tatsache, und aus der Geschichte sollte man lernen, namentlich angesichts der neuen Gefahren, die von irgendwoher drohen. Die neue Schule muß den Menschen so erziehen, daß er unfrei nicht leben will und kann. Das ist das Wichtigste. Und sie muß ihn insbesondere so erziehen, daß er die Freiheitsrechte anderer achtet und nicht antastet. Wenn es z. B. Eltern gibt, die ihre Kinder absolut in einer konfessionellen Schule erzogen haben wollen, dann geht das andere Leute einfach gar nichts an. (Sehr richtig!)

Bis zu diesem Ziel ist allerdings der Weg noch weit, trotz aller demokratischen Kraftsprüche.

Mit besonderer Genugtuung habe ich als Regensburger Abgeordneter den Ausführungen des Herrn Kultusministers entnehmen können, daß die Frage der Erhebung der Regensburger Hochschule zu einer Volluniversität nunmehr einer Lösung näher gebracht werden soll. Die Universität Regensburg ist eine absolute Notwendigkeit. Das zeigt schon ein Blick auf die Karte. Der gesamte Donauraum bis nach Wien hinunter hat keine Universität, während Franken die Universitäten Würzburg und Erlangen besitzt, ferner jenseits der Grenze die Universitäten Frankfurt und

Mainz — das ist auch dazu zu rechnen — bereits bestehen und Bamberg noch dazu ausgebaut werden soll. Im spezifisch bayerischen Raum ist dagegen überhaupt keine Universität; denn München ist doch wohl eine mehr internationale Angelegenheit. Regensburg ist für eine spezifisch bayerische Universität als ehemalige Landes- und Reichshauptstadt und als uraltes Kulturzentrum geradezu prädestiniert, ganz abgesehen von seiner wirtschaftlichen Bedeutung für den ganzen bayerischen Osten. Regensburg ist der gegebene Standort für eine geistes- und gesellschaftswissenschaftliche Universität christlich-humanistischer Prägung. Den Hauptgrund aber, der zur Errichtung einer bayerischen Universität gerade in Regensburg zwingt, kann ich nur andeuten: Die Karten der Bevölkerungsbewegung in Niederbayern und der Oberpfalz lassen eine erschreckende Überfremdung dieser urbayerischen Gebiete erkennen, und das nicht erst seit 1945. Man kann sogar von einer gewissen Infiltration sprechen, wenn man dafür ein Organ, eine Antenne hat, wenn man dort lebt. Die Oberpfalz ist in Gefahr, glauben Sie mir das, meine Damen und Herren! Wir brauchen nicht nur ein Zentrum des intellektuellen Widerstands, sondern ebenso sehr ein geistiges Kraftzentrum, von dem aus der ganze bayerische Osten kulturell genährt und gestärkt werden kann und muß. Sonst ist die Oberpfalz und der Bayerische Wald die längste Zeit bayerisch gewesen; seien Sie überzeugt, meine Damen und Herren! Es ist zum Weinen, nicht zum Lachen. Wenn also im nächsten Etat eine Universität in Regensburg erscheint, dann würde ich Sie bitten, üben Sie die christliche Tugend der Großzügigkeit. Das ganze Bayernland wird es Ihnen danken.

(Beifall bei der WV und der CSU.)

I. Vizepräsident: Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Meizner das Wort.

Meizner (CSU): Hohes Haus! Geehrte Frauen und Herren! Katastrophen, die über Völker hereinbrechen, müssen ihnen Anlaß sein zu ernster Besinnung und Gewissenserforschung, zu der Frage nach den letzten Ursachen der Katastrophe. Die Katastrophe hat unser Volk getroffen auf der Höhe einer hochentwickeltesten Kultur. Aber diese Kultur war eine weltliche, eine äußere Kultur, die das Äußere, das Technische überschätzte, das Innere, Seelische, die Kultur der Seele aber vernachlässigte. Im Wahn eines stolzen Fortschrittsglaubens hat unser Volk weithin den Glauben an die höchsten Lebenswahrheiten weggeworfen, hat die Verbindung mit der Welt des Ewigen gelöst, hat sich insbesondere gelöst von der Anerkennung der Verantwortung gegen Gott und seine ewigen Ordnungen. Der Nationalsozialismus stellte den Gipfel dieser Entwicklung dar. Er hat uns gezeigt, bis zu welcher Entwürdigung, Verrohung und Entmenschlichung diese Preisgabe der höchsten Lebenswahrheiten, die zugleich die letzten Lebensbedingungen auch dieser technischen Kultur sind, den Menschen führen kann. Es ist eine Lebensfrage des deutschen Volkes, daß es den Weg zu den ewigen Ordnungen wieder findet und daß es besonders seine Jugend wieder zu diesen Wahrheiten hinführt.

Die Umerziehung unseres Volkes, die Neuformung unserer ganzen Kultur, die Reform unseres Erziehungs-, Schul- und Bildungswesens ist deshalb von ausschlaggebender Bedeutung und sie ist eine Angelegenheit des deutschen Volkes. Ihr Ziel muß nach der mehr als ein Jahrhundert währenden und beson-

(Meigner [CSU])

ders in den letzten fünfzehn Jahren betriebenen Entchristlichung die Wiederverchristlichung unseres Volkes sein. Wir wissen, daß der derzeitige bayerische Kultusminister dieser Ansicht ist und daß er in diesem Sinn Kulturpolitik betreibt. Wir wissen, daß er gerade als christlicher Kulturpolitiker die Zielscheibe der vielen Angriffe, Verdrehungen und Verleumdungen ist, von denen er gestern hier gesprochen hat.

(Sehr richtig!)

Wir wissen aber auch, daß der weitaus größte Teil des bayerischen Volkes gerade deswegen hinter ihm steht.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Wir sind nicht der Meinung des Herrn Abgeordneten Schneider, daß dem bayerischen Kultusminister der schöpferische Gedanke und Impuls fehlt; wir sind vielmehr der Meinung, daß er ganz genau weiß, was er will, und daß er es mit Energie betreibt, nämlich die Wiederverchristlichung unseres Volkes, seine Zurückführung zu christlich-abendländischer und damit auch zu echt deutscher Kultur.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Wegen dieser Zielsetzung betreibt man gegen ihn die Heze, wegen dieser Zielsetzung will man ihn nicht verstehen.

Der Kultusminister hat gestern die Neugestaltung unseres gesamten Schul- und Erziehungswesens angekündigt. Wir werden ihm bei diesem Bestreben unsere Unterstützung leihen. Wir sind dabei der Überzeugung, daß wesentlicher als die äußere organisatorische Umgestaltung die innere Umgestaltung, die Erneuerung des Geistes unseres Erziehungs- und Schulwesens ist.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Der Streit um die Neugestaltung unseres Schulwesens hat sich in der letzten Zeit in der Hauptsache der äußeren organisatorischen Seite zugewendet, unseres Erachtens mit Unrecht. Die innere pädagogische Erneuerung, die Erneuerung des Geistes unserer Erziehung, ist das Entscheidende.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Und es ist sehr bezeichnend, daß bei den Beratungen im Haushaltsausschuß über diese innere Reform weitgehend Übereinstimmung unter den Abgeordneten herrschte, daß der gesamte Abschnitt B unseres Schulreformantrags — innere Gestaltung — in allen seinen Artikeln einstimmig angenommen worden ist.

Erfreulich war der Bericht des Kultusministers über den Fortschritt im Wiederaufbau unseres Schulwesens. Aus den Zahlen, die er genannt hat, ist die ganze Katastrophe, die den Lehrerstand getroffen hat, sichtbar geworden: Von 18600 Lehrern sind 11900 entlassen und 8400 warten noch auf ihre Wiedereinstellung. Das ist eine ganz große Tragödie, die umso trauriger ist, als sehr viele Lehrer die Opfer des Druckes geworden sind, den ihre vorgelegten Dienststellen auf sie ausgeübt haben.

(Sehr richtig!)

Die seelische und materielle Notlage der entlassenen, seit über zwei Jahren ohne Verdienst und ohne Einkommen lebenden Lehrer und ihrer Familien ist außerordentlich, und wir wünschen dringend die Beschleunigung der Spruchkammerverfahren und besonders der Berufungsverfahren und der Entscheidungen des Kassationshofs.

(Sehr richtig!)

Wir billigen auch durchaus die Ankündigung, daß die Beförderungsverhältnisse des Lehrerstandes gebessert werden sollen.

Wir freuen uns, daß unser Schulbetrieb im wesentlichen wieder in Ordnung ist. Ich muß freilich darauf hinweisen, daß auch noch viele Mängel zu beklagen sind. Um nur ein Beispiel zu nennen: In Bamberg sind die großen Schulhäuser noch anderweitig belegt, mit Flüchtlingen, Verschleppten usw., und der Unterricht in der Volksschule ist mehr als kümmerlich. Ich bitte das Kultusministerium, der Eingabe, die in dieser Hinsicht an das Kultusministerium gegangen ist, sein Augenmerk zuwenden zu wollen.

Wir erkennen auch die Arbeit des Schulbuchverlags an, die Quantität und Qualität der von ihm herausgegebenen Schulbücher, sind aber trotzdem der Meinung, daß der Schulbuchverlag nicht eine dauernde Einrichtung des Kultusministeriums bleiben sollte, daß das Kultusministerium kein Verlagsgeschäft betreiben, sondern dies vielmehr, wenn wieder geordnete Verhältnisse im Land einkehren, dem ordnungsgemäßen Verlagsbuchhandel überlassen soll. Dabei möge das Kultusministerium durchaus eine entsprechende Kontrolle hinsichtlich Qualität und Preisgestaltung ausüben.

Unsere volle Billigung findet der Standpunkt, den das Kultusministerium in der Anerkennung des Elternrechts einnimmt. Wir sind der Meinung, daß nach dem Naturrecht und nach dem göttlichen Recht die Eltern die erstberechtigten und die erstverpflichteten Erzieher ihrer Kinder sind. Der Staat soll sie in diesem ihrem Recht schützen und ihre Verpflichtungen erleichtern, aber er soll sie nicht aus diesem Recht verdrängen. Die Schule ist Hilfsinstitution des Elternhauses. Von dieser Grundlage aus wird sich vieles von selbst regeln, was heute heiß umstritten ist, auch die Frage der Bekenntnisschule.

Wir fordern die Bekenntnisschule, die glaubenseinige Schule, wir fordern sie aus Gewissensgründen, aus pädagogischen Gründen, wir fordern sie aus Verfassungsgründen und aus demokratischen Gründen. Wir fordern sie aus Gewissensgründen, weil nur in dieser Schule die Religion ihre volle Segenskraft entfalten kann. Wir fordern sie aus pädagogischen Gründen, weil sie die glaubenseinige Schule ist, in der Lehrer und Kinder im Tiefsten und Letzten, nämlich im Glauben, einig sind, in der nicht wöchentlich zweimal die Kinder auseinander gehen zum Religionsunterricht und ihnen so die Verschiedenheit immer wieder zum Bewußtsein gebracht wird.

(Oho!)

Das ist durchaus der Fall.

(Zuruf von der FDP: Die Simultanschule hat davon nichts gemerkt!)

— Als langjähriger Religionslehrer in Nürnberg habe ich das viele Jahre hindurch erlebt.

(Zuruf von der FDP.)

Die Konfessionsschule fördert auch durchaus nicht, wie das vielfach behauptet wird und wie auch die beiden Herren Vorredner von der SPD und der FDP das behauptet haben, die konfessionelle Zerklüftung und Spaltung, sondern sie dient in Wirklichkeit dem Frieden.

(Zuruf von der FDP.)

(Meizner [CSU])

— Jeder überzeugte Christ wird Toleranz und Schonung der religiösen Gefühle Andersdenkender und Andersgläubiger üben, auch wo sie in der Konfessionschule Gastrecht genießen. Das ist eine Selbstverständlichkeit. (Sehr gut! bei der CSU.)

Wir fordern die Bekenntnisschule aus Gründen der Bayerischen Verfassung. In Art. 135 Abs. 1 ist die Bekenntnisschule als Regelschule festgelegt. Die Simultanschule ist Ausnahmeschule. Das will ich Ihnen gleich beweisen: Der Abgeordnete Pittroff hat gestern nur den ersten Satz des Art. 135, 1 der Verfassung vorgelesen. Erst auf Aufforderung hin hat er den zweiten und dritten Satz hinzugefügt. Der dritte Satz aber heißt, und hier wird es ganz klar:

Gemeinschaftsschulen sind jedoch nur an Orten mit bekenntnismäßig gemischter Bevölkerung auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu errichten.

Wenn diese Worte: „jedoch nur“ einen Sinn haben sollen, ist die Bekenntnisschule als Regelschule in der Verfassung festgelegt, und das war wohl auch der Wille der Väter und Schöpfer der Verfassung.

(Pittroff: Die Protokolle sagen etwas anderes!)

— Der Wortlaut spricht für das, was ich hier gesagt habe. (Zuruf: Ach, auf einmal!)

Der Abgeordnete Pittroff hat den Schulrat von Weilheim angegriffen wegen einer Anordnung, die er an die Schule in Penzberg hinausgegeben hat, und ihn als abschreckendes Beispiel hier angeführt. Der Schulrat von Weilheim hat unserer Meinung nach völlig nach den gesetzlichen Bestimmungen gehandelt. (Zuruf.)

Die Schule in Penzberg ist doch wohl eine katholische Konfessionschule. Dagegen kann kein Widerspruch erfolgen. Ein Antrag auf Errichtung einer Simultanschule wurde nicht gestellt, wir haben wenigstens nichts davon gehört; die Sache ist also ganz in Ordnung. Der Schulrat hat die Errichtung einer evangelischen Bekenntnisschule angeordnet, weil genügend Kinder evangelischer Konfession in Penzberg vorhanden waren. Und sie waren vorhanden; es wurde ja gesagt, daß drei Schulklassen gegründet werden konnten. Das ist also vollkommen in Ordnung.

Es ist auch klar, daß in der Bekenntnisschule nur Lehrer des betreffenden Bekenntnisses unterrichten können. Auch hier gilt für uns der Art. 135 der Verfassung, Abs. 2:

An den Bekenntnisschulen werden nur solche Lehrer verwendet, die geeignet und bereit sind, die Schüler nach den Grundsätzen des betreffenden Bekenntnisses zu unterrichten und zu erziehen.

Die Lehrer müssen also fähig und gewillt sein, den Kindern des Bekenntnisses den Unterricht im Geiste des Bekenntnisses zu geben; sonst wäre es ja keine Bekenntnis-, sondern nur eine Scheinbekenntnisschule. Es ist auch ganz klar, daß die Lehrer der Bekenntnisschule auch in ihrer persönlichen Lebenshaltung den Anforderungen ihrer Konfession zu entsprechen haben. Ein Lehrer, der das nicht will, kann eben nicht Lehrer einer Bekenntnisschule sein. Er möge Lehrer an einer Simultan- oder an einer freien Schule werden. Es ist abwegig, den Art. 107 Abs. 4 der Verfassung heranzuziehen, daß die Zulassung zu einem Amt vom Reli-

gionsbekenntnis unabhängig sein muß; es geht ja hier um das Wesen der Bekenntnisschule.

Der Redner der SPD hat nun gestern mit düsterer Miene und mit sorgenvollen Worten von der Bedrohung des konfessionellen Friedens in Bayern gesprochen. Es sind die Worte „Kulturkampf“, ja „Gegenreformation“ gefallen. Meine Freunde waren über diese Rede baß erstaunt; denn wir alle haben bisher von diesen Dingen in Bayern wirklich nichts gemerkt, im Gegenteil, das Verhältnis der beiden christlichen Konfessionen ist heute besser als je.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Katholiken und Protestanten arbeiten heute einträchtig und friedlich zusammen. Sie sind miteinander den Kreuzweg der letzten fünfzehn Jahre gegangen und haben sich auf diesem Kreuzweg näher kennengelernt; sie haben sich nach Krieg und Niederlage auf der politischen Ebene zu gemeinsamer Arbeit zusammengefunden.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Ich kann aus Überzeugung sagen, daß diese Zusammenarbeit durchaus gut und vollständig ist.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Der Abgeordnete hat uns dann auf die Beispiele verwiesen, die er bringen werde, und wir waren auf sie sehr gespannt. Aber ich muß bekennen, daß mir, als er dann die Beispiele nannte, das Wort des alten Dichters eingefallen ist: „Parturiunt montes, nascetur ridiculus mus“, „es kreißen die Berge und heraus kommt eine lächerliche Maus“. Es ist wirklich eine lächerliche Maus herausgekommen.

(Heiterkeit. — Zuruf von der SPD.)

— Ich will es Ihnen beweisen. Sie werden mir sofort zustimmen. Der Redner hat als erstes gesagt, daß die Umsiedlung der Flüchtlinge nach konfessionellen Gesichtspunkten erfolgen solle. Was ist geschehen? Der Kultusminister hat meines Wissens einmal den Gedanken ausgesprochen, daß eine Umsiedlung nach konfessionellen Gesichtspunkten wünschenswert sei. Auch die Kirchen machen kein Hehl aus ihrer Auffassung, daß dies wirklich angebracht und erwünscht sei. Aber noch viel mehr als sie wünschen die Flüchtlinge eine solche Umsiedlung.

(Oho! bei der SPD.)

— Ich will es Ihnen beweisen. An uns in Bamberg ist ein Schreiben gekommen aus Scherneck im Coburgischen. Ungefähr 130 bis 150 Flüchtlinge haben gemeinsam einen Brief verfaßt und alle mit ihrem Namen unterschrieben: Sie kamen aus einer ganz katholischen Gemeinde in der Tschechoslowakei, im Sudetenland. Sie sind geschlossen umgesiedelt worden. Sie schreiben, der einzige Trost, den sie in ihrem Elend hatten, war die Hoffnung, wenigstens in eine katholische Gegend, in das katholische Bayern zu kommen. Um so mehr waren sie erschüttert, als sie mitten in eine protestantische Gegend veretzt wurden, und sie bitten dringend, in eine katholische Gegend umgesiedelt zu werden.

(Zuruf: Union!)

— Das hat mit Union gar nichts zu tun, das ist hier eine religiöse und keine politische Angelegenheit, und nur der kann darüber lachen, Herr Abgeordneter Korff, dem das Bekenntnis nicht inmitten, sondern am Rande seines Lebens steht.

(Starker langanhaltender Beifall bei der CSU. — Dr. Korff: Meine Religion lasse ich mir von Ihnen noch lange nicht vorschreiben!)

(Meirner [CSU])

— Wer das nicht begreift, wer über den Brief lacht, den diese armen Bauersleute in ihrer Herzensnot geschrieben haben, dem gilt das Wort, das ich gesagt habe.

Das zweite Beispiel, das der Herr Abgeordnete genannt hat, war die Geschichte mit dem Jungbauernverband. Angeblich hat die Kirche und haben die konfessionellen Verbände dem Jungbauernverband verbieten wollen und verboten, sich mit kulturellen Angelegenheiten zu befassen, und das Gespenst der Inquisition und der klerikalischen Herrschaft ist an die Wand gemalt worden. Wie ist denn die Wirklichkeit? Ich kenne zufällig die Sache genau, weil ich daran beteiligt war. Es haben Verhandlungen des Bauernverbands stattgefunden mit den konfessionellen Jugendverbänden, die ja heute, katholische und evangelische, in allen Bauerngemeinden vorhanden sind, vor der Gründung des sogenannten Landesjugendkulturwerks, der Jugendorganisation des Bauernverbands. Man wollte die Gefahr, nebeneinander oder gegeneinander zu arbeiten, vermeiden, und deshalb haben die zuständigen Stellen wiederholt Verhandlungen geführt und drei Lösungen versucht bzw. vorgelegt und erörtert: Erstens: Sollen nur katholische und evangelische Verbände auf dem Dorf sein und der Bauernverband von der Gründung einer eigenen Jugendorganisation überhaupt absehen und sich darauf beschränken, nach der fachlichen und beruflichen Seite hin in diesen Jugendorganisationen mitzuarbeiten? Zweitens: Soll das Landesjugendkulturwerk des Bauernverbands allein bestehen und die katholisch bzw. evangelische Jugend in dieses Landesjugendkulturwerk einströmen? Drittens: Sollen beide nebeneinander bestehen, der konfessionelle Verband das kulturelle Gebiet und der Bauernverband mehr das berufliche und gesellschaftliche bearbeiten?

Das ist alles, was geschehen ist. Es waren Verhandlungen freundschaftlicher Art. Schließlich hat keiner dem anderen etwas vorzuschreiben.

Der Abgeordnete Pittroff ist weiter wieder auf den Fehlgriff des Schulrats von Traunstein eingegangen, den jeder vernünftige Mensch verurteilt hat und den der Kultusminister wahrhaftig sofort mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln richtiggestellt hat. Er hat ferner hier Dinge von einigen Außenstehenden vorgetragen, auf die ich nicht eingehen kann, auf die aber wohl noch die Antwort erfolgen wird, wie gestern schon gesagt worden ist. Kurz, er hat Gespenster an die Wand gemalt und will uns glauben machen, daß das lebende Wesen sind. Er mag ohne Sorge sein: Der konfessionelle Friede in Bayern ist Tatsache, und auf keiner Seite denkt man daran, diesen konfessionellen Frieden zu stören.

(Bravo! bei der CSU.)

Wir wollen ihn auch nicht durch durchsichtige Manöver stören lassen.

(Bravo! bei der CSU.)

Wir glauben die Hintergründe der Rede des Herrn Abgeordneten Pittroff zu kennen. Vielleicht haben die Gespräche von Detmold in Bayern nicht das Echo gefunden, das man gewünscht hat.

(Weiterkeit.)

Die Herren verstehen ja genau, was mir meinen.

(Sehr wohl!)

Es ist sogar die geistliche Schulaufsicht seligen Andenkens, die Verkirklichung, die Klerikalisierung

und sogar die Ultramontanisierung der Schule gestern hier in die Debatte geworfen worden.

(Zuruf: Ist das etwa nicht wahr?)

— Nein, das ist nicht wahr! Niemand denkt, auch auf der Seite der katholischen Kirche, auch nur mit einem Gedanken an die Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht. Die wollen wir nicht wieder haben.

(Zuruf: Festhalten!)

Es ist auch wieder der Unterschied gemacht worden zwischen Kirche und Christentum, zwischen Konfession und Christentum. Auch der Abgeordnete Schneider hat das heute gesagt. Wir sagen dagegen: Kirche und Konfession sind für 98 Prozent des bayerischen Volkes geprägtes Christentum.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Ich kann nur ein Wort wiederholen, das mir aus meiner Jugendzeit in der Erinnerung geblieben ist, das der alte Abgeordnete Schädler geprägt hat: Religion ohne Konfession ist Konfusion.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Wir wollen es klar aussprechen: Wir wollen die wirkliche Bekenntnisschule, nicht eine Scheinbekenntnisschule, wir wollen die katholische Schule mit dem katholischen Lehrer für die Kinder katholischer Eltern und die evangelische Schule mit dem evangelischen Lehrer für die Kinder evangelischer Eltern und unsererwegen auch die freie Schule für die Kinder von Eltern, die auf Religion und christliche Erziehung ihrer Kinder kein Gewicht mehr legen.

Damit haben wir leztlich auch für die konfessionelle Schule die demokratische Begründung. Die Mehrheit der christlichen Eltern in Bayern will die Bekenntnisschule, und wir werden dies notfalls unter Beweis stellen. Wir sind überzeugt, die bayerischen Eltern werden nicht anders, sie werden vielleicht noch stärker handeln als die Eltern in Westdeutschland, wo sich bei einer Abstimmung Mehrheiten von 80 bis 90 Prozent und im Ruhrgebiet sogar in den Arbeitervierteln von 70 und mehr Prozent ergeben haben. Wir bieten diesen Beweis, wenn er gewünscht wird, für die Zukunft an.

Eines möchte ich dem Herrn Abgeordneten Schneider noch sagen: Wir weisen es ganz entschieden zurück, wenn hier gesagt wird, daß die Bekenntnisschule nicht deutsche Menschen erziehe.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Wir billigen den Standpunkt des Herrn Kultusministers auch in der Berufsschulfrage, die Vermehrung der hauptamtlichen Berufsschullehrer, die Verstärkung des Berufsschulunterrichts und die Einführung von Wintertageschulen für die Landwirtschaft. Wir wollen aber nicht die landwirtschaftliche Berufsschule als Verbandsschule; denn wir wollen nicht die Kinder des Dorfes, insbesondere während der Wintermonate, in die die ganze Schulzeit ja hauptsächlich fallen soll, den Unbilden der Witterung und den Gefahren der Dunkelheit ausgesetzt wissen. Wir wollen, daß nicht die Kinder, sondern daß lieber die Lehrer wandern.

(Sehr gut! bei der CSU.)

Im höheren Schulwesen wollen wir in Übereinstimmung mit dem Herrn Kultusminister die acht- oder noch besser die neunklassige höhere Schule festgehalten wissen, weil nach unserer Überzeugung diese Zeit gebraucht wird, um wirklich die Ergebnisse zu erzielen, auf denen die Universität aufbauen muß.

(Meißner [CSU])

Wir wollen insbesondere die Förderung des humanistischen Gymnasiums, weil wir dieses für die beste Schule halten, für die Schule der geistigen Zucht, für die Schule der idealistischen Geisteshaltung, für die Schule des wissenschaftlichen Geistes und für die Schule ästhetischen Verständnisses und Interesses. Es hat uns gefreut, daß selbst die Techniker, wie wir das gestern seitens des Reichsbahndirektoriums hörten, dies anerkennen. Diese Schule pflegt den Geist der Antike und erhält ihn in der Gedankenwelt unseres Volkes lebendig, aus dem neben dem Christentum unsere Kultur erwachsen ist.

Auch unsere Universitäten sollen nach Kräften gefördert und ausgebaut werden. Sie sind heute, wie wir gehört haben, maßlos überfüllt. Es ist das Wort von der Mammut-Universität gefallen, wo eine lebendige Beziehung und Fühlung zwischen Lehrern und Schülern nicht mehr besteht. Dabei werden den Studenten Lebens- und Wohnverhältnisse zugemutet, die sich für sie und ihre Geisteshaltung nur nachteilig auswirken müssen. Deshalb begrüßen wir die Dezentralisierung auf dem Gebiet der Universitäten. Wir begrüßen es, daß Regensburg und Bamberg zusammen zu einer vierten Landesuniversität ausgebaut werden sollen. Wir glauben, daß diese beiden unzerstörten Städte mit ihren herrlichen Baudenkmalern und ihrer großen Tradition als Bollwerke christlich-abendländischer Kultur heute an der Grenze des Reiches gegen Osten eine Mission zu erfüllen haben.

Wir werden auch jede Maßnahme zur Förderung unserer Universitätsstudenten durch Hörgelberlaß, Stipendien, Studentenheime, Studentenwerk, Schülerspeisungen usw. begrüßen und unterstützen. Es hat uns gefreut, zu hören, daß heute trotz der erschwerten Studienverhältnisse die Leistungen der Studenten besser sind als sogar in der Vorkriegszeit.

Wir begrüßen die Dezentralisierung der Sammlungen und sonstigen kulturellen Einrichtungen. Ich kann dem Kultusministerium hier volle Anerkennung sagen, daß mit der Bamberger Gemäldegalerie, zu der von München und Nürnberg sehr wertvolle Beiträge beigeleitet worden sind, ein guter Anfang gemacht worden ist. Möge das Kultusministerium auf diesem Wege fortschreiten und besonders die Kunstschätze, die einst nach München übergeführt wurden, wieder an ihren einstigen Standort zurückbringen!

Sehr unterstützen und unterstreichen möchten wir die Ausführungen des Herrn Kultusministers über die allgemeine Kulturpolitik in Bayern. Bayern ist ein christliches Land und soll es bleiben, und Gottesfurcht und christliche Zucht und Sitte sollen in diesem Lande eine bleibende Stätte haben. Deshalb verurteilen wir mit dem Herrn Kultusminister so manche unerfreuliche Zeitererscheinung, so manche Sendung des Münchener Rundfunks, so manche zynische Darbietung der Kabarets in München und so manchen Film. Solche Dinge haben uns in der Vergangenheit geschadet, sie schaden uns in der Gegenwart und sie würden uns auch in der Zukunft schaden. Deshalb sind wir dem Herrn Kultusminister für seine energische und mannhafte Haltung in dieser Frage dankbar.

Lassen Sie mich zum Schluß auf einen Gedanken des Abgeordneten Pittroff zurückkommen! Er hat gestern auch das Thema Christentum und Sozial-

ismus angeschnitten und gesagt, daß jeder gute Christ auch ein guter Sozialist sein könne. Wollte Gott, das wäre so; niemand würde sich mehr darüber freuen als wir. Der alte Sozialismus, das wissen Sie alle, stand auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung. Wir würden es von Herzen begrüßen, wenn er diesen Boden verlassen und sich zu wahrer weltanschaulicher Neutralität und zu einer wahrhaft sozialen Bewegung entwickeln würde, wie sie meinetwegen die englische Labour Party darstellt. Bisher haben wir eine programmatische Erklärung darüber nicht gehört.

(Dr. Hoegner: Im November 1945 von mir!)

— Gewiß, Herr Ministerpräsident Dr. Hoegner, aber es war eine persönliche Erklärung von Ihnen, die wir mit Freude gehört haben. Wir würden es aber noch mehr begrüßen, wenn die SPD als solche eine solche programmatische Erklärung abgeben würde. Auf die haben wir aber bis zur Stunde vergeblich gewartet.

(Zurufe von der SPD.)

Wir haben mit Freude und Genugtuung gehört, was der und jener von Ihnen gesagt hat, das gebe ich offen zu; aber es kommt darauf an, welches die grundlegende Haltung nicht dieses oder jenes Abgeordneten, sondern der Partei als solcher ist.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Wir müßten dann aber auch noch darauf warten, ob dieses Programm auch verwirklicht wird. Hoffen wir, daß die Entwicklung dorthin läuft und daß Sie eine wirklich soziale und demokratische Partei von wirklich religiöser Neutralität werde! Dann können wir gemeinsam als christliche, soziale und demokratische Männer miteinander arbeiten zum Besten unseres Volkes. Wir aber als Christlich-Soziale Union wollen sein, was wir uns nennen! Wir wollen sein eine christliche Partei, nicht deshalb, weil wir für uns allein das Christentum in Anspruch nehmen; das nicht, sondern deswegen, weil wir bewußt das neue Deutschland wieder auf den christlichen Grundfäßen aufbauen wollen. Wir wollen sein eine soziale Partei, eine Partei der Gerechtigkeit für alle, welche auch den arbeitenden Menschen den gerechten Anteil am Arbeitsertrag zubilligt und gibt. Und wir wollen sein eine Union, weil wir den konfessionellen und sonstigen Hader endgültig begraben wissen und weil wir einig zusammenwirken wollen, um unser geschlagenes Volk aus Not und Leid wieder zu den Grundlagen seines einstigen Glücks und damit zu Freiheit, Friede und Wohlfahrt zurückzuführen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Ich erteile dem Abgeordneten Behrisch das Wort.

Behrisch (SPD): Sehr geehrte Damen und Herren! Das beachtlichste Ergebnis der Tagung der Christlich-Sozialen Union in Eichstätt dünkt uns das überwältigende Votum zu sein, das dort dem Kultusminister Dr. Hundhammer ausgesprochen wurde. Wir hätten gewünscht, daß die Wahl der CSU auf einen Mann gefallen wäre, der mehr die Fähigkeit und Eigenschaft hätte, Spannungen auszugleichen, aber nicht sie zu erhöhen, als dies bei Dr. Hundhammer der Fall ist. Wir haben gegen diese Wahl der CSU nicht etwa deshalb etwas einzuwenden, weil Dr. Hundhammer ein christlicher Mann ist; ich werde dazu noch einiges zu sagen haben. Aber ich glaube, diese ganze Wahl

Behrisch (SPD)

hatte so etwas von Naivität an sich, nämlich den Wunsch: Laßt uns einen Anführer wählen und zurückkehren nach Ägypten.

(Heiterkeit.)

Staatsminister-Dr. Hundhammer: Ich glaube, Herr Abgeordneter, ich führe meine Fraktion nicht nach Ägypten, sondern eher in eine glückliche Zukunft.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Behrisch (SPD): Werden nicht die fränkischen, die evangelischen Abgeordneten und andere in Eichstätt freiwillig in die babylonische Gefangenschaft abwandern? Ich möchte den evangelischen Mitgliedern der Christlich-Sozialen Union sagen: Es gibt eine Fabel, die von den Fröschen berichtet, die einen König haben wollten und einen Storch bekamen. Ich bin mir nicht ganz sicher, ob Dr. Hundhammer der Mann ist, der seiner Zeit vorausseilt; ich glaube es nicht. Es würde aber auch genügen, wenn er mit seiner Zeit Schritt hielte; aber ich glaube eben, daß er das nicht tut. Wir lehnen Dr. Hundhammer nicht deshalb ab, weil er christlich ist, sondern weil er nach unserer Meinung einen Hauch von Dogmatismus an sich hat. Was man hier preist und was mein Vorredner zur Einführung empfahl, nämlich die Abstimmung über die Bekenntnisschulen, so bin ich mir nicht ganz sicher, ob sie nicht wie jede Abstimmung bei diesem Untertanenvolk das Ergebnis hätte, das die Regierung wünscht.

(Oho! bei der CSU.)

Die Aufgabe, die vor uns liegt, besteht darin, dieses Volk von Untertanen zu einem Volk von Mitbürgern und von freien Bürgern zu erziehen. Der Löwenanteil dieses Erziehungsmerkes fällt aber Dr. Hundhammer und dem Kultusministerium zu. Dr. Hundhammer bekommt das Wertvollste anvertraut, was ein Volk einem Minister anvertrauen kann, nämlich die Jugend. Die Schmieden haben ein schönes Wort. Sie sagen, die Seele ist barnablank, d. h. kinderblank. Es kann nicht gleichgültig sein, was mit diesen kinderblanken Seelen geschieht.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Wir können in der Entnazifizierung einen Mißerfolg noch verkraften, möchte ich sagen. Es sieht ja arg nach einem solchen Mißerfolg aus. Wir können auch in der Wirtschaft experimentieren, ohne daß es uns unbedingt den Hals brechen muß, weil man hier korrigieren und abhelfen kann. Aber was man in der Erziehung versäumt, ist etwas, was sich über Generationen auswirkt. (Sehr richtig! links. — Unruhe und Zurufe von der CSU.)

— Ich wünschte, Sie würden ein wenig von der Ruhe behalten, die wir behalten haben, als der Abgeordnete Meyrner sprach.

(Donsberger: Die größte Zahl führender Nationalsozialisten waren Freigeister. — Heiterkeit und Zurufe von der SPD.)

Nun etwas anderes! Wir haben nichts dagegen, daß die Kinder im Geiste der zehn Gebote, daß sie christlich erzogen werden, wir haben aber etwas dagegen, daß man Kinder dogmatisch erzieht. Die allgemeinen gesellschaftlichen Zustände in Italien, Frankreich oder Spanien sprechen nicht für den katholischen Dogmatismus. Wenn Sie sich die Länder einmal ansehen, wo es dem Volke gut geht, dann werden Sie finden, daß es Länder sind, wo die religiöse

Toleranz weiter gediehen ist als in Ländern mit katholischem Dogmatismus. Ich denke hier an England, an Skandinavien und an die Schweiz. Die Christlich-Soziale Union trägt ja einen Widerspruch in sich selbst. Sie nennt sich Union, weil sie Katholiken und Protestanten in einer Partei vereinige. Wie widersinnig ist es dann aber, in der Schule schon die Kinder zu teilen und sie nach katholischen oder evangelischen Grundsätzen erziehen zu lassen!

(Widerspruch bei der CSU.)

In dieser Maßnahme liegt etwas von dem Gift- hauch des Glaubenshasses, der im Dreißigjährigen Krieg durch Deutschland ging.

(Lebhafter Widerspruch bei der CSU.)

Ich habe gewisse Vorbehalte gegen Dr. Hundhammer, weil ich glaube, daß er nicht der Mann ist, der das Erziehungswesen nach jenen Grundsätzen neu und besser ausrichten könnte, wie wir sie nötig haben. Aus den Besuchen, die er in Bamberg und anderwärts machte, habe ich den Eindruck, daß seine Schulreform ungefähr nach dem Wort Shakespeares verlaufen wird, der sagt: Doch weiter soll mein Blick den Flug nicht wagen, als ihn die Schwingen Eures Beifalls tragen. Sie wissen, welche Beifallsschwingen ich meine.

Es ist uns an einer ehrlichen Begegnung zwischen Christentum und Arbeiterbewegung gelegen. Wir wissen, daß diese beiden großen Strömungen aus der gleichen Quelle schöpfen. Der kann kein Christ sein und der ist kein Sozialist, der sich nicht gegen soziales Unrecht empören und auflehnen kann.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Ich glaube aber, daß Dr. Hundhammer allzu sehr einem gewissen Totalitätsanspruch, der dem katholischen Dogma eigen ist, nachzugeben geneigt ist. Der Krieg hat bewiesen, daß die Religion kein Faktor von universeller Einheit ist. Die Religionen und Konfessionen sind ein Element der Abwechslung in der Welt. Sie lösen Probleme, aber sie werfen auch neue Probleme auf. Ich glaube, wir brauchen die menschliche Einheit nicht auf Grund konfessioneller Einheit, sondern trotz konfessioneller Einstellungen in verschiedenen Ländern.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Ein Christ kann seinen Gehorsam gegen Gott und die Stärke seines Glaubens am besten durch sein Verhalten gegenüber seinen Nächsten prüfen und dokumentieren. Es heißt: So jemand spricht, ich liebe Gott, und haßt seinen Bruder, der ist ein Lügner; denn wie sollte er Gott lieben, den er nicht siehet, wenn er den Bruder haßt, den er doch siehet. Wenn ich sehe, wie besonders die Flüchtlinge behandelt werden, kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß wir in diesem Land wohl viele Kirchgänger haben, aber doch noch zu wenig Christen.

(Dr. Hundhammer: Aber ich habe die Flüchtlinge anerkanntermaßen in meinem Ministerium am besten behandelt.)

— Herr Dr. Hundhammer, nicht alles, was ich sage, richtet sich gegen Sie.

(Heiterkeit links.)

Ich wünschte, daß die Christlich-Soziale Union, besonders ihr katholischer Teil, sich etwas von dem Schulbekenntnis zu eigen machte, das in Stuttgart ausgesprochen wurde, daß wir nicht fröhlich genug geglaubt, daß wir nicht mutig genug bekannt, daß wir nicht treu genug gebetet und daß wir nicht brennend

(Behrlich [SPD])

genug geliebt haben. Wenn Sie sich einmal ins Herz hinein fragen, ob diese Leute, die sich christlich nennen und die in die Kirche gehen, nach den Grundsätzen, von denen ich sprach, gelebt haben, dann werden Sie verstehen, warum dieses christliche Volk von der heidnischen Lehre des Nationalsozialismus aufgefressen werden konnte.

(Beifall bei der SPD. — Widerspruch bei der CSU.)

Ich möchte hier eine prinzipielle Bemerkung machen. Zwischenrufe sind immer erlaubt, das hat schon Präsident Horlacher gesagt. Aber wenn Sie etwas Bestimmtes vorzubringen haben, so haben Sie doch genug Zeit zum Reden. Ihre Partei hat die meiste Zeit dazu. Einigen Sie sich mit dem, der als nächster das Wort ergreift, damit dieser Ihre Ideen in seine Rede mit einfließt! Sie müssen dem anderen erlauben, daß er seine Gedanken einigermaßen im Zusammenhang vorträgt. Demokratie bedeutet nicht zuletzt, daß man sich die Meinung eines anderen, auch wenn sie einem nicht paßt, mindestens anhört.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Ich glaube, daß wir eine gemeinsame intellektuelle Grundlage suchen müssen. Wir sagen als Sozialdemokraten, diese gemeinsame intellektuelle Grundlage kann das Christentum und soll der Humanismus sein.

Wenn Sie mich fragen, was Humanismus ist, will ich Ihnen die Antwort mit Thomas Mann geben. Ich will Ihnen die Antwort aus einem Vorwort zur Stockholmer Ausgabe des „Zauberberg“ geben, wo es heißt: Humanismus ist Achtung vor dem Menschen, Humanismus ist Anerkennung seiner Individualität, Humanismus ist Ehrfurcht vor dem Geheimnis in jedem Menschen. — Ich glaube, auf solch einer christlichen, humanistischen Plattform könnten wir uns ohne Zweifel finden und einigen.

(Dr. Stang: Das steht auch in der Verfassung.)

Ich möchte nun noch zu dem sprechen, was Dr. Hundhammer gestern mit den Worten bezeichnet hat, daß nicht alle, die das Braunhemd ausgezogen haben, auch den Nazis losgeworden sind. Ich glaube, damit hat er unzweifelhaft etwas Richtiges gesagt. Hier zeigen sich seine ganz gewaltigen Aufgabenbereiche. Der Typ des Nazis ist mit Hitler nicht verschwunden; denn Nationalsozialismus war eine innere Haltung. Das Wort Nationalsozialismus war noch nicht erfunden, da lebte in Deutschland schon sein Geist. Der Nationalsozialismus, glaube ich, war mehr Wirkung als Ursache, war mehr Geschwür als innere Krankheit. Wenn wir mit ihm fertig werden wollen, müssen wir an die Wurzeln der Krankheit gehen. Es handelt sich hier um die Amerziehung eines ganzen Volkes. Und hier ist, glaube ich, die Erziehung der Erzieher das oberste Gebot.

Es wird wichtig sein, ein Geschichtsbild und einen Lebensstil zu finden, aus dem heraus wir die Erzieher umformen können. Dr. Stang polemisierte oft von dieser Stelle aus gegen die Einheit Deutschlands und gegen das Reich, das seiner Meinung nach nicht mehr besteht. Aber, Herr Dr. Stang, Herr Dr. Hundhammer mußte eben erklären, wie diese merkwürdige Einheit zustande kam. Es wäre nötig, in den Schulbüchern die Bedeutung dieser drei unglückseligen Angriffskriege von 1864, 1866 und 1871 viel klarer herauszuarbeiten, nämlich daß Deutschland es nicht verstand, dies durch einen Ausgleich seiner

Stämme zu machen, sondern nur durch eine Verpreufung, wie der Dichter sagt: „Mutter Germania, glücklich verpreußte“. Der Begriff der doppelten Moral, nämlich der privaten und der öffentlichen Moral, stammt aus der Zeit Bismarcks. Das Motto, das nicht nur die Preußen, sondern das Deutsche Reich beherrscht hat, war seit jenen Tagen das Motto Treitschkes, daß Macht gleich Recht sei. Das alles stammt aus dieser Zeit, wo man die deutsche Einheit auf diese merkwürdige Weise zustande brachte. Ich glaube, es wäre die Aufgabe besonders im Geschichtsunterricht, den Bismarckismus sittlich zu überwinden und das Volk zu den Männern zurückzuführen, die nicht nur erhabene Leistungen deutschen Geistes darstellen, sondern Gipfelleistungen menschlicher Kultur überhaupt. Man muß zurückfinden zu unserem Lessing, zu Herder, zu Kant, zu Schiller und Goethe und zum Größten von allen, zu unserem Beethoven.

Ich habe gestern den Herrn Kultusminister gefragt, wieviele Militaristen sich an den Universitäten befinden. Ich habe diese Frage gestellt, weil ich vorhin sagte, der Geist sei schon dagewesen, als das Wort noch gar nicht geprägt war. Das Wort „Volk in Waffen“ war noch gar nicht erfunden, als seine Spielart in Preußen-Deutschland längst schon Trumpf war. Es hat ganze Generationen von Schriftstellern in Deutschland gegeben, deren Produkte große Bibliotheken füllen würden, Schriftsteller, die nichts anderes produzierten als eine Literatur militaristischer, nationalistischer und egoistischer Art. Die Sünde, so möchte ich sagen, kam in Deutschland aus dem Geist heraus, und durch den Geist muß sie überwunden werden.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, die Deutschen haben sich seit Bismarck ausgezeichnet durch kriegerische Haltung, durch große technische Begabung, durch spekulatives Denken und durch große Organisationsgabe. Den Engländern wiederum wird nachgerühmt, ihr wesentlicher Zug sei Sinn für fair play, ein großes Geschick in der Handhabung ihrer Regierungsgeschäfte, aber auch eine gewisse Trägheit und Selbstzufriedenheit. Aber ich weiß, daß das Deutschland der Aufklärung und der Romantik, daß das Deutschland Goethes anders aussah, als das Deutschland, das wir seit 1870 erlebt haben. Und England, das konservative England, war im 16. Jahrhundert das revolutionäre England. Der Schluß, den ich daraus ziehe, ist, daß Geschichte und wechselndes nationales Wesen sich bedingen und ändern und daß man einen Volkscharakter, einen nationalen Charakter, durchaus formen und beeinflussen kann. Daß die Deutschen nicht von sich aus schlecht sind, wie viele um uns herum glauben, sondern daß sie nur in vieler Hinsicht Generationen hindurch schlecht erzogen worden sind, kann gleichfalls daraus gefolgert werden.

Ich sage dies alles, um die großen Aufgaben anzudeuten, die auf diesem Wege lasten, und um zu unterstreichen, warum wir nicht glauben, daß Dr. Hundhammer diese Aufgaben in allen Stücken meistern kann.

Ich spreche von diesen Aufgaben und möchte Dr. Hundhammer empfehlen, gleich einmal mit dem Beginn der Regierungserklärung anzufangen. Es gibt ein schönes Wort, das lautet:

o Wunder sondergleichen, wie im Laut sich der Gedanke selbst das Haus gebaut. Nicht Willkür schuf das Wort, sonst wär es hohl; es ist des Geistes notwendiges Symbol.

(Beitrag [SPD])

Wenn Sie manchmal in dieses Haus hineinlaufen, was da für ein Hitterlaut heraushallt, würde da der kleine hinkende Bote der Wahrheit Dr. Goebbels sich nicht halbtot lachen, wenn er das hören könnte?

Ich will einmal gleich mit der Regierungserklärung anfangen. Sie beginnt mit dem Satz:

Im Namen der bayerischen Staatsregierung habe ich vor dem Bayerischen Landtag unsere Grundsätze und Absichten durch eine Regierungserklärung zu umschreiben.

Ich hatte geglaubt, die Aufgabe einer Regierungserklärung bestünde darin, darzulegen, klarzustellen, aufzuzeigen, kundzutun. Aber hier wurde umschrieben und ich weiß nun nicht, ob nur das Wort falsch gewählt wurde oder ob es Absicht war. Ich glaube, es war Absicht und ich werde darauf, weil ich dann zum Kapitel Schulpolitik noch etwas zu sagen habe, zurückkommen. In dieser Regierungserklärung findet sich auch das merkwürdige Naziwort „abstellen“. Ich weiß nicht, was die Richter in Bayern sagen werden, daß man sie „abstellt“. Es ist dies schon ein furchtbares Wort, das, glaube ich, vor 1933 in Deutschland nie verwendet worden ist. Sie werden das Wort „abstellen“ in den Landtagsprotokollen oft finden. In dieser Regierungserklärung werden Sie auch die Wörter Pkw und Lkw und das furchtbarste von allen, das Wort Krad, finden. Wenn ich das höre und sehe, denke ich oft an den Ausspruch Lord Vansittarts: Es ist eigentümlich, daß eine Nation, die so musikalisch ist wie die deutsche, zugleich so unempfindlich sein kann gegen ihre eigenen Kokophonien. Die Deutschen waren gleich brutal gegen die deutsche Sprache wie gegen alles andere. Wir haben lauter solche Nazidinge herumspuken. Hier müßte der Kultusminister nach wirksamen Mitteln suchen, um sie abzustellen. Das Wort ist ja kein Zufall. Es manifestiert den Geist und drückt ihn aus. Es ist gar kein Zufall, daß wir so viele Naziwörter in unserem Sprachgebrauch haben. Ich denke z. B. an die „Kulturschaffenden“. Ist denn jeder, der an einer Zeitung ein bißchen etwas macht oder der eine Theaterkritik schreibt, ein Kulturschaffender? Das ist doch noch lange nicht schöpferisch, und schaffen ist schöpfen. Ich stelle den Leipziger Rundfunk ein und höre, daß den Taktstock der und jener Mann „gesteuert“ hat. Können Sie sich so etwas vorstellen? Ich höre am Leipziger Rundfunk, ich glaube, den Liebes- traum von Liszt; da bricht man diese Sendung ab und es wird über den Volkskongreß gesprochen. Ich sage dies alles nur, weil in ganz Deutschland diese Nazi- seuche noch schwärt, in der Ostzone sogar mehr als hier.

Ich möchte Ihnen diesen ganzen Geist auch aus den Zeitungen anschaulich machen, wo sie ihn tausendmal am Tage finden werden. Ich nehme die „Frankenpost“, weil es die Zeitung ist, die ich immer am nächsten und ehesten bekomme. Dort ist die Rede vom Ruhrbergbau und daß die Bergarbeiter ins Ruhrgebiet befördert werden sollen. Hier heißt es:

Die Abtransporte vom Hofer Hauptbahnhof, die bisher Montag und Donnerstag vorgenommen wurden, werden jetzt am Donnerstag durchgeführt.

Man spricht also von Abtransporten. Da wird das Vieh abtransportiert nach dem Ruhrgebiet! Das ganze Sprachgefühl ist in diesen 13 Jahren vor die Hunde gegangen und es wäre notwendig, daß man in der Schule, aber auch bei der Erwachsenenbildung,

diese Dinge mehr berücksichtigt, als es bisher der Fall gewesen ist. Vielleicht war das bei der „Frankenpost“ kein Zufall; denn die „Frankenpost“ wird von einem Mann gemacht, der die deutsche Sprache nicht kennt, von einem Mann, der kein Mitläufer, sondern etwas viel Schlimmeres ist, ein Mitschwimmer; und die erfährt das Gesetz über die nationalsozialistische Reinigung nicht.

(Weiterkeit.)

In Moschendorf kommen unsere Heimkehrer aus Rußland an und junge Mädchen schreiben dort die Adressen. Sie müssen sich diese Adressen einmal anschauen, Herr Kultusminister! Diese jungen Mädchen wissen überhaupt nicht, wie sich eine Stadt schreibt. In Deutschland schreibt man noch immer die Postleitzahl. Ja, wissen denn die Beamten, die die Post sortieren, nicht, wo diese oder jene Stadt in Bayern und Deutschland eigentlich liegt? Es hat einmal eine Zeit gegeben, wo die geographischen Kenntnisse bei den Postbeamten wahrscheinlich etwas besser gewesen sind als jetzt. Ich glaube, es fehlt an allen Ecken und Enden, wenn ich mir vorstelle, was einem täglich an diesen Unmöglichkeiten begegnet, von denen Herr Schneider sprach. Ich muß da an eine kleine Episode denken, die sich einmal zwischen dem schwedischen König und dem großen schwedischen Bildhauer Miles abspielte. Der König sagte, dieses Bild sei häßlich, worauf Miles erwiderte: Nichts ist häßlich außer der Dummheit. Ich glaube, in diesem Sinne haben wir noch viel Häßliches in Deutschland.

Ich möchte jetzt noch einige Worte zu den Amerikanern sprechen und etwas sagen, was die Militärregierung in hohem Maße angeht, weil die Amerziehung unseres Volkes ohne ihre Hilfe gar nicht denkbar ist. Wir wollen nicht vom Hunger allein reden, obwohl auch darüber etwas zu sagen wäre. Untersuchungen des Völkerbundes haben ergeben, daß 2400 Kalorien für den Menschen nötig sind. Dazu kommen 75 bis 300 Kalorien pro Arbeitsstunde. Der Mensch braucht 50 bis 60 Gramm Fett und Eiweiß im Tag. Wir können sehr wohl verstehen, worum sich in Deutschland eine Lethargie und geistige Trägheit breitmacht. Demokratie ist Erziehung, aber Demokratie ist nicht nur mit Mitteln der Erziehung zu lösen, zur Demokratie gehört auch ein gewisser Lebensstandard. Wenn ein Volk unter einen gewissen Lebensstandard sinkt, wird die Demokratie zum Humbug. Deshalb glaube ich, daß das Vermögen zum Guten im Menschen nicht nur durch feindliche Einwirkungen abgetötet werden kann; das Vermögen zum Guten im Menschen kann auch durch Mangel an Nahrung untergehen.

Da könnten uns die Amerikaner und die anderen mehr helfen, als sie es bisher getan haben. Sie starten jetzt einen Feldzug gegen den Kommunismus. In diesem Zusammenhang sei nur bemerkt, daß die Amerikaner eigentlich dort anfangen müßten, wo sie am meisten gefehlt haben. Herr Gefner war eine amerikanische Erfindung. Es gibt genug Zeitungen, in denen die fellow travellers, die Salonbolschewisten sitzen, die durch die Amerikaner hineinkamen. Ich glaube, daß wir vor allem auch noch etwas anderes sagen müssen, das ist, daß diese Salonbolschewisten in diesen Zeitungen einen geradezu snobistischen Flirt mit anormalen Dingen treiben, die sich in der Sowjet-Zone ereignen. Wir müssen den Amerikanern auch sagen, daß in Deutschland die soziale Ausschaltung noch einer Schicht nötig ist, die entscheidend mitgeholfen hat, in Deutsch-

(Behriß) (SPD)

land den Nazismus in den Sattel zu heben. Nicht nur die Nazis sind schuldig, es gibt ja eine ganze Schicht, die voll war von aggressivem Nationalismus und die dem Nazismus das Rückgrat gestärkt hat. Wir wünschen von den Amerikanern die Macht des Beispiels, wir wünschten, daß sie uns Bücher geben würden, Übersetzungen ehemals verbotener Bücher von großen Deutschen. Ich denke an Thomas Mann, an Lion Feuchtwanger, an Stefan Zweig und andere, die im Ausland schaffen mußten. Das wären alles Dinge, die wir so gerne hätten, Lehrbücher, kurze objektive Darstellungen der modernen Geschichte — die Zeit ist zu kurz für alle diese Dinge.

Ich denke vor allem auch, das Ausland und Amerika könnten uns helfen durch einen großzügigen Zueinander Austausch, der sich nicht nur auf ein paar Lehrer und Studierende bezieht, sondern viel weitere Kreise einschließt. Man müßte der deutschen Jugend zeigen, im Ausland zeigen, wie man kulturelle, soziale und politische Probleme löst. Man könnte der Jugend auf diese Weise zeigen, daß dieses „Deutschland über alles“ ein Unsinn war und daß vier Fünftel der Kultur, die als deutsch bezeichnet wird, im Grunde europäische Kultur ist, daß eine Goethe gar nicht denkbar ist ohne Shakespeare. Das alles könnte die Jugend im Ausland lernen. Man kennt ja sein Land besser, wenn man es von außen gesehen hat, weil ein Fußballspieler nie so viel vom Spiel sieht wie der Zuschauer. Die Jugend könnte auch Verträglichkeit und Toleranz lernen. Deshalb möchte ich an Amerika und das übrige Ausland die Bitte richten, und zwar vor allem an die Kirchen im Ausland, die Gewerkschaften, die kulturellen Organisationen, die Parteien, die Regierungen und an die Privaten: Nehmt doch so viel Kinder, wie ihr nur könnt, in euer Land auf! Es ist das die beste Kapitalinvestition, die ihr nur machen könnt; ihr formt damit in entscheidendem Maße die kommende soziale, ökonomische und politische Entwicklung in Deutschland, ihr werdet damit bei der Jugend den Sinn für Zusammenarbeit und für internationale Beziehungen wecken, ihr werdet sie tolerant machen, ihr werdet sie lehren, demokratische Institutionen kennen zu lernen, ihr werdet sie lehren, demokratische Pflichten und Rechte zu achten und demokratisches Verantwortungsgefühl zu entwickeln!

Ich habe gehört, Dr. Hundhammer beabsichtige, eine Delegation von Lehrern nach Schweden zu schicken. Das ist sehr schön. Ich glaube, daß man vom schwedischen Schulwesen sehr viel lernen kann. Aber man soll nicht zuviel Zeit darauf verwenden, auf andere zu hören. Es ist manchmal gut, wenn man selbst denkt und etwas tut. Kenntnisse kann man von anderen lernen, aber Weisheit schöpft man aus sich selbst. Wenn Dr. Hundhammer in Schweden einmal nachschauen will, wie man es dort gemacht hat und noch macht, so möchte ich ihm sagen, ich habe hier die Zeitung der schwedischen Lehrerinnen. In dieser Zeitung wird gerade darüber gesprochen, daß man die skolutredning, Untersuchung der Schulbehörde, einer kritischen Würdigung unterzieht. Ich habe gesagt: die Zeitung der schwedischen Lehrerinnen. Ich vermisse beim Herrn Kultusminister allzu sehr die Frage nach der Stellung der Mädchen und Frauen, besonders der Frauen, in der Erziehung. Die Frauen kamen schlecht weg bei diesem Referat. Ich glaube, das ist kein Zufall bei Dr. Hundhammer, weil er hier eine bestimmte Einstel-

lung hat. Aber ich glaube doch, das Schwergewicht der Erziehung müßte bei den Frauen liegen. Man kann die Wahrheit über die Frau ohne Zweifel in zwei Sätze zusammenfassen, nämlich: Die Frauen sind Menschen und die Frauen sind keine Männer. Weil das so ist, deshalb glaube ich, daß, nachdem die Welt, die in Stücke ging, eine Männerwelt war, die Frauen bei der Erziehung der Kinder in viel stärkerem Maße herangezogen werden müssen, als es bisher geschehen und nach den Dispositionen unseres Kultusministers vorgeesehen ist.

Ich vermisse bei Dr. Hundhammer auch das, was man vorschulische Erziehung nennen könnte, was man in Amerika und anderwärts hat. Ich denke an die kindergarten-primary grades und nursery schools. Das wären alles Dinge, die den Frauen zufallen. Wenn ich von diesen Schuluntersuchungen in Schweden gesprochen habe, so möchte ich Herrn Dr. Hundhammer sagen, hier hat er ein Schulbeispiel dafür, wie man eine solche Sache demokratisch einleitet und aufzieht. In Schweden geht das nämlich so vor sich, daß die Volksschulleitungen, die Stadt- und Gemeindevertreter, die Kollegien der Rektoren, die Lehrervereine, die Elternräte, die Schulinspektoren, daß alle zusammen sich über diesen Fragenkomplex der Schule äußern und diese Äußerungen der Schulbehörde zugeleitet werden, die ihre Stellungnahme mit allen, in diesem Falle 1300 Äußerungen an Künftig Majestät, das heißt an die Regierung weiterleitet. Sie werden feststellen, wie hier das ganze Volk an diesen Schulfragen beteiligt wird. Sie werden feststellen, daß das von unten nach oben wächst und daß es auf andere Weise zustande kommt, als es bisher bei uns geschehen ist.

Als Dr. Hundhammer die Kundfrage über die Prügelstrafe machte, kam mir der Gedanke, daß die Prügel gar nicht die Kinder verdienen, sondern die Prügel verdienen die Eltern. Denn, wenn die Kinder nichts taugen, wenn sie schlecht erzogen sind, liegt das vielleicht zum großen Teil daran, daß die Eltern un-erzogen sind und daß es im Nazismus das höchste Prinzip war, daß Kinder schon wieder Kinder hatten. Deshalb glaube ich, daß die Frage der Prügelstrafe von Dr. Hundhammer falsch angefaßt worden ist. Es kann nötig sein, daß einmal da und dort ein Schlag hinfällt; darüber hätte niemand gesprochen. Aber die Methode war nicht richtig, wie das aufgezeigt wurde. An Stelle dieser großen Trommelei hätte eine ministerielle Verfügung, ein Erlaß an die Lehrer wahrscheinlich mehr bewirken können als diese ganze Abstimmerei.

Wir glauben, wichtiger als die Prügelstrafe ist die Erziehung der Eltern, die Erwachsenenbildung. Die wahre Bildung ist etwas anderes als Wissensvermittlung. Ich glaube, daß Dr. Hundhammer hier auch ein falsches Erziehungsideal hat. Bei ihm ist viel zu viel die Rede von der Lernschule; aber das hat uns ja in Deutschland dahin gebracht, wohin wir gekommen sind. Es ist ein Unterschied, ob man Wissen vermittelt oder ob man Menschen bildet. Ich möchte Sie nur daran erinnern, daß man zum Beispiel in den skandinavischen Ländern, in England und anderwärts ein viel größeres Gewicht auf das character-training, auf die Pflege, Formung, Entwicklung, Bildung des Charakters legt. Der Urzeteppich in Nürnberg hat uns in grauenvoller Weise gezeigt, wohin diese Banausenbildung an den deutschen Universitäten

(Behrisch [SPD])

geführt hat. Da ist zuviel Wissen eingetrichtert worden und zu wenig Wert auf die Pflege des Charakters gelegt worden. Wie ist es anders erklärlich, daß Menschen mit akademischer Bildung sich bereit gefunden haben, Hunderte von Menschen abzuspriizen. Das war eine Schändung des akademischen Adels, wie man sie sich schlimmer nicht vorstellen kann. Das ist ein Teil der Schuld des Schulsystems der Fernschule, der Schulmethode, die zu wenig Gewicht auf die Pflege des Charakters gelegt hat. Ich denke nur an die skandinavischen oder englischen Schulen, wo man schon im Sport ein viel größeres Gewicht auf das fair-play legt, wo es Ehrensache ist, viel lieber mit einem verlorenen Fußballspiel nach Hause zu kommen und in der Zeitung zu lesen, daß man fair gespielt hat, als den Sieg heimzuschleppen und geholt zu haben. Die Bildung muß der Wissensvermittlung an den deutschen Hochschulen mindestens gleichgesetzt werden. Es darf nicht eine so übertriebene Zweckschulung stattfinden, es muß in diese Bildung eingehen nicht nur Ehrfurcht nach oben, sondern auch Ehrfurcht nach unten und Ehrfurcht zum Nebenmenschen. Dann erst haben wir jenes demokratische Bildungsideal, von dem wir träumen. Ich möchte als höchstes Ziel für die Hochschule nicht mehr den Erwerb des Dokortitels sehen, sondern ich möchte mit Paine sagen: Des Menschen höchster Titel ist es, Mensch zu sein, und einen höheren Titel kann man ihm nicht geben. Ich weiß, das Leben ist ein Kampf, und ich weiß, daß Darwin recht hatte, wenn er vom Kampf ums Dasein sprach. Aber das Leben ist nicht nur ein Kampf, und nicht nur Darwin hatte recht, sondern auch Krapotkin hatte recht, der von der gegenseitigen Hilfe in der Natur sprach. Es muß an den Hochschulen und an allen Schulen mehr betont werden nicht nur das Vorwärtkommen, sondern das Prinzip der gegenseitigen Hilfe, weil wir uns alle im Leben brauchen.

Pestalozzi sagte einmal, die Kraft eines Volkes liegt in seiner Jugend. Weil dem so ist, hat Dr. Hundhammer eine so entscheidende Aufgabe, eine so entscheidende Stellung und ich wünschte, daß auch in der Frage der Berufsschule, die er hier nur gestreift hat, noch etwas mehr geschehen würde. Wir müssen wissen, daß die Rekrutierung und der Barras verheerend gewirkt haben. Keiner will etwas lernen, alle wollen etwas sein. Die Berufsausbildung aber hängt mit unserer Zukunft aufs innigste zusammen. Wir werden unsere Menschen nur ernähren können durch Qualitätsarbeit, die wir dem Ausland anbieten, nicht durch Schleuderprodukte, die wir in Serien herausbringen. Diese ist aber ohne Facharbeiter nicht denkbar.

Ich muß offen gestehen: So wie die Dinge heute liegen, sieht man in vieler Hinsicht schwarz. Deshalb hätte ich gerne gesehen, wenn der Herr Kultusminister die Jugendorganisationen mehr berührt hätte, wenn er gesagt hätte, daß er den Amerikanern konkrete Vorschläge unterbreitet hat, daß das selbständige Leben der Jugend stärker entwickelt werden muß. Wir haben ja in Deutschland und auch in anderen demokratischen Ländern Jugendorganisationen, die dem Sport huldigen, die sich den sozialen, den politischen, den religiösen und den kulturellen Problemen widmen. In diesen Organisationen sammelt sich die Jugend, um die gesellschaftlichen Fragen zu diskutieren und zu

lösen. Diese Organisationen geben dem Leben, der Freizeit der Jugend einen Inhalt. Ich hätte gerne gesehen, daß der Herr Kultusminister eine Art Rat der Jugendorganisationen ins Leben rufen würde, damit diese Jugendorganisationen eine eigene Vertretung haben. Denn, wenn Sie, Herr Kultusminister, Ihre Delegation nach Schweden schicken, werden Sie in Schweden auf Schritt und Tritt, ob es die Gemeinden sind, ob es die Jugendorganisationen sind, ob es die Frauenverbände oder sonstige Organisationen sind, auf das Wort *själfstyrelse* stoßen, das heißt, eigene Regierung, eigene Lenkung, eigene Leitung. Ich glaube, Demokratie ist nicht möglich ohne die Fähigkeit, über sein eigenes Schicksal selbst in demokratischer Weise zu bestimmen. Ich weiß auch nicht, ob es nicht nötig wäre, eine Kombination zu finden von Freiluftleben und produktiver Arbeit, ob man nicht die Frage der Waldpflanzung, die so verheerend im argen liegt, irgendwie auf diese Weise in ein Jugendprogramm eingliedern könnte. Ich weiß nicht, ob die Jugend nicht gerne bereit wäre, eigene Ferienheime, eigene Sommerheime zu erstellen und zu erbauen. Man könnte ihre Initiative wecken und sie hinlenken auf die Dinge, die ihr selbst gehören und über die sie selbst verfügen kann.

Ich weiß auch nicht, ob es so etwas gibt, wie eine Berufsberatung nach einem Landesplan. Das hängt mit der Frage des Exports aufs innigste zusammen. Wahrscheinlich gehen viele wertvolle Jugendliche einen falschen beruflichen Weg. Ich glaube, daß auch etwas geschehen muß, um das Interesse der Jugend für Motoren und Maschinen zu wecken, zu fördern und zu pflegen, weil Maschinen und Motore der Schlüssel für unsere Industrie, für unsere Landwirtschaft und unser Transportwesen sind. Im Sozialpolitischen Ausschuß hat einer der Herren der CSU einmal bei Beratung der Frage, ob man den RZ-Häftlingen einen Sonderurlaub geben soll, gesagt, daß er als Unternehmer bereits die Ersparnisse angreifen muß, die er für seine Kinder gemacht hat. Es dürfte viele hunderttausend Menschen in Deutschland und Bayern geben, die keine Ersparnisse mehr für ihre Kinder haben. Dieser Gesichtspunkt, daß man für seine Kinder Geld sparen muß, sollte eigentlich einer vergangenen Zeit angehören. Was wir unseren Kindern vererben sollten, ist nicht Geld, sondern das Beste, was wir ihnen vererben können, ist eine gediegene Schulausbildung und eine gediegene Berufsausbildung, damit sie einmal für sich selbst sorgen können, aber nicht vom Geld des Papa leben müssen.

Ein großer deutscher Dichter, Eton Feuchtwanger, schrieb, als er aus Deutschland wegging, ein Buch, das nannte sich „Der braune Fleck“. In diesem Buch sagt er, daß die Nazis alle Maßstäbe, alle Normen im Leben nach unten zerbrochen haben. Ich glaube, daß das stimmt. Wenn wir die alten Maßstäbe und wenn wir die alten Normen wiederherstellen wollen, dann können wir es nicht auf diese Weise tun, wie es Herr Dr. Hundhammer macht, daß wir einfach zum gestrigen Tag zurückzukommen versuchen, sondern ich glaube, da muß man ungefähr so vorgehen, wie man es macht, wenn man einen Stock zurecht biegt, der verbogen ist. Man biegt ihn am besten zurecht, indem man ihn nach der anderen Seite verbiegt. Wenn die Nazis alle Normen und Grundsätze nach unten zerbrochen und verbogen haben, wird diese Generation es sich selbst schuldig sein, die Normen und Maßstäbe nach

(Behrlich [SPD])

oben zu verbiegen. Sie wird eine ungeheure Kraftanstrengung aufbringen müssen.

Die Kritik und der Tadel, den der Herr Kultusminister Dr. Hundhammer an der Jugend übte, waren nicht in allen Stücken berechtigt. Ich entsinne mich aus der Zeit vor 1933 einmal, Frau Professor Anna Siemssen sprechen gehört zu haben, eine ohne Zweifel kluge Frau. Sie sagte damals, 1932, zu uns: „Ich danke Euch, daß Ihr mich zu Euch sprechen laßt. Denn ich gehöre einer Generation an, die versagt hat.“ Jede Generation der Erwachsenen hat bisher die Pflicht gehabt, ihrer Jugend Arbeit zu geben als elementarste Voraussetzung, um Mensch zu werden. Müßiggang ist aller Laster Anfang, und das Laster in Deutschland begann nicht zuletzt damit. Anna Siemssen begriff, daß ihre Generation dieses Problem nicht gelöst habe. Ich will nicht eingehen auf die Debatte, ob der Sozialismus, der Liberalismus oder sonst etwas ein Ausweg gewesen wäre. Ich will nur sagen, daß diese Generation dieses Problem nicht meisterte. Wenn Herr Dr. Hundhammer die Jugend tadelt, befindet er sich, glaube ich, in einer unrichtigen Position. Er ist eigentlich in der gleichen Lage wie Frau Anna Siemssen. Denn diese Generation hat versagt. Was die Jungen darstellten, das sind sie ja, weil die Alten nicht imstande waren, ihnen etwas Besseres zu bieten und etwas Besseres aus ihnen zu machen.

(Zuruf: Aber überall, nicht nur in Deutschland.)

Deshalb habe ich gesagt, ist dieses Verbiegen des Stockes nach der anderen Seite nötig. Wir haben uns unterkriegen lassen von den braunen Barbaren, und es ist unsere Aufgabe, diesen braunen Fleck aus der deutschen und bayerischen Geschichte auszutilgen. Neun Zehntel der Weisheit bestehen darin, weise zu sein, so lange es Zeit ist.

Ich glaube, es ist nicht gut, wenn Herr Dr. Hundhammer sich hier über die Auswüchse der Presse beschwert und auf der anderen Seite der Freiheit der Presse das Wort redet. Er ist doch immer mit der Mann in diesem Hause gewesen, der die Zensurschere geschwungen hat. Ich habe auch den Eindruck, daß die CSU insgesamt es nicht so ernst meint; denn wir haben doch einmal beschlossen, einen kulturpolitischen Ausschuß ins Leben zu rufen. Die SPD hat ihre Vertreter hierfür benannt. Warum funktioniert dieser kulturpolitische Ausschuß nicht, der den Herrn Kultusminister sicher in schwerwiegender Weise unterstützen könnte? Der Herr Kultusminister hat sich auch darüber beschwert, daß die Presse ihn angegriffen hat und daß die Presse ihm in ungehöriger Weise entgegengetreten ist. Ich möchte dazu feststellen: Der Herr Kultusminister gibt selbst oft dazu Anlaß. Der Herr Kultusminister läßt sich manche Bemerkung entchlüpfen, die sicher den Widerspruch und auch den Spott bestimmter Journalisten herauslocken muß. Ich kann durchaus verstehen, daß es Journalisten gibt, die, wenn sie sich die Praxis unseres Kultusministers anschauen, zu dem Schlußsatz kommen: Grobes Wild braucht grobe Schlinge.

Das, was der Herr Kultusminister über die Disziplin gesagt hat, schien mir auch völlig fehl am Platze. Disziplin ist nicht Schweigen und Habachtstellung; Strenge ist auch nicht gleich guter Disziplin. Disziplin ist auch nicht Dressur. Human sein, ist aber auch nicht schlapp sein. Die Disziplin in der Schule hängt vom

Lehrer ab. Der Lehrer muß alle Fäden in der Hand halten und imstande sein, sich selbst überflüssig zu machen.

Hier ist die große Frage der Erziehung der Erzieher wieder lebendig. Ich sage noch einmal: Die Methode, die Dr. Hundhammer einschlägt, ist für mich nicht die richtige. Der Lehrer wiegt nicht durch das, was er sagt, er bekommt Gewicht durch das, was er ist. Deshalb ist der Lehrerstand ein so wichtiger Stand. Wenn vorhin darüber geklagt wurde, daß so viele Lehrer noch nicht entnazifiziert worden sind, so viele Lehrer gegen ihren Willen in die Partei eingetreten sind, so erlauben Sie mir, dazu zu bemerken, es gab keinen Stand in Deutschland — und zwar beziehe ich meine Erfahrungen nicht nur aus der Nazizeit, sondern aus der Zeit von 1918 bis 1933 —, der so viel Gesinnungslumperei an den Tag gelegt hat wie die Lehrer.

Ich weiß, ich kann das Thema nicht ganz abschließen. Es war auch nicht meine Meinung, alles zu sagen. Ich bin vielmehr der Meinung, man soll ein Thema nie ganz abschließen, weil für die Zuhörer und Leser immer etwas zum Nachdenken übrig bleiben soll. Alles, was ich gesagt habe, sollte nur dazu dienen, Sie zum Nachdenken anzuregen.

Ich möchte schließen mit einer Bemerkung, die die Toleranz betrifft und die die Kritik betrifft. Ich bin mit Ihnen, meine Damen und Herren von der CSU, nicht ganz zufrieden. Sie sind nicht die wirklich toleranten und demokratischen Zuhörer, wenn die anderen, die in der Minderheit sind, die Sie sowieso fertig machen können und die Sie immer fertig machen, einmal ihre Meinung sagen. Lassen Sie mich dazu eine grundsätzliche Bemerkung machen und damit abschließen. Es ist ein Wort von S. B. Priestley: „Wir sollten uns gegenüber unserem Vaterlande aufführen wie Frauen gegenüber den Männern, die sie lieben. Eine liebende Gattin ist bereit, alles für ihren Mann zu tun, außer damit aufzuhören, ihn zu kritisieren und zu versuchen, ihn zu bessern.“ Wir wollen auch unser Land mit den gleichen liebevollen kritischen Blicken anschauen. Wir müssen es lieben und doch auch fortfahren, alle seine Fehler aufzuzeigen. Der lärmende und leere Patriot, nicht der Kritiker, ist der gefährliche Mitbürger.

I. Vizepräsident: Herr Dr. Linnert zur Geschäftsordnung!

Dr. Linnert (SPD): Wir erleben jetzt wie zu mehreren Malen auch bei dieser Aussprache, daß wir im Ältestenrat Beschlüsse fassen über die Durchführung einer gewissen Ordnung bei den Beratungen im Landtag und dann heute genau so wie früher über diese Beschlüsse des Ältestenrats hinweggegangen wird. Ich berufe mich auf Herrn Dr. Stang, der hier sitzt. Wir haben im Ältestenrat beschlossen, daß zur allgemeinen Aussprache von jeder Fraktion ein Redner vorgeschickt wird und daß dann eine Dreiteilung erfolgt. Jetzt sprachen von der CSU zwei Redner, von der SPD zwei Redner. Wir haben uns an die Abmachungen gehalten. So kommen wir nicht weiter. Beim Landwirtschaftsetat haben von der CSU 17 Redner zu den Ausführungen ihres eigenen Ministers gesprochen. Wir müssen eine gewisse Ordnung einhalten. Ich bitte festzustellen — Herr Präsident Dr. Horlacher ist nicht da —, ob die Beschlüsse des Ältestenrats einen Sinn haben oder sinnlos sind.

I. Vizepräsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Dr. Stang.

Dr. Stang (CSU): Ich möchte Herrn Kollegen Dr. Linnert erwidern: Es ist richtig, daß im Ältestenrat, vor allem unter meiner Mitwirkung, für eine gewisse Ordnung bei den Beratungen gesorgt wurde. Es war angeregt worden, wieder zu dem bewährten System der früheren Zeit zurückzukehren, daß man nach der Reihenfolge der einzelnen Fraktionen, die sich aus ihrem Stärkeverhältnis ergibt, die einzelnen Redner auftreten läßt. Aber eine Bindung auf eine bestimmte Zahl von Rednern war in diesem strengen Sinne nicht ausgesprochen worden. Wir haben gestern vereinbart, und zwar in einer interfraktionellen Vereinbarung, von der ich angenommen habe, daß sie Herr Dr. Rindt auch Herrn Dr. Linnert mitgeteilt hat, daß jede Fraktion eine bestimmte Redezeit zugemessen erhält. Innerhalb dieser Redezeit kann sie so viele Redner vorschicken, als ihr dieses Zeitmaß ermöglicht. Das ist in der gestrigen Vereinbarung begründet. Ich berufe mich hierfür auf Herrn Kollegen Stock. Ich glaube, nach dieser Vereinbarung können wir uns ganz gut richten. Es ist gleichgültig, Herr Kollege Dr. Linnert, wenn schon eine bestimmte Zeit ausgemacht wird, wer diese Zeit dann ausnützt, ob ein Redner oder drei oder vier. Es kommt nur darauf an, daß eine gewisse Ordnung eingehalten wird. Diese ist jetzt eingehalten worden, indem bei den sogenannten drei Garnituren immer die stärkste Fraktion zuerst ihre Redner stellt, dann die zweitstärkste, dann die drittstärkste bzw. die viertstärkste. Nach meiner Ansicht ist es im Hinblick auf eine Belebung der Debatte durchaus am Platze, daß man so verfährt. Ich glaube, es kann gegenüber diesem Verfahren kein Einspruch erhoben werden.

Einen Einspruch möchte ich aber deshalb erheben, weil gestern entgegen der Gliederung unseres Haushalts in drei Abschnitte von den einzelnen Rednern diese Grenzen immer wieder überschritten und Gedanken in der Debatte eingeflochten worden sind, die in die einzelnen Gedankengruppen der betreffenden Abschnitte gehörten. Das ist nach meiner Ansicht — ich nehme dabei auch meine eigene Fraktion nicht aus — ein Fehler, vielleicht veranlaßt durch den Umstand, daß der Herr Kultusminister gestern in seiner grundlegenden auf den Gesamtetat zugeschnittenen Rede zu allen Fragen seines Stats Stellung genommen hat und nehmen mußte. Das bedeutet aber nicht, daß die nachfolgenden Redner alles und jedes behandeln sollen. Sie sollen sich vielmehr an die Grenzen halten, die durch die einmal vereinbarte Einteilung in bestimmte Abschnitte gegeben ist.

I. Vizepräsident: Das Wort zur Geschäftsordnung hat der Herr Abgeordnete Dr. Linnert.

Dr. Linnert (SPD): Herr Dr. Rindt war bei mir und hat mich gefragt, ob ich damit einverstanden sei, daß die Redezeit auf gewisse Stunden festgelegt wird. Ich habe ihm erklärt, wie ich es genau im Ältestenrat getan habe, — ich freue mich, daß ich vor der Öffentlichkeit Gelegenheit habe, jetzt dazu Stellung zu nehmen —: Ich wende mich grundsätzlich gegen die Beschränkung der Redefreiheit bei so allgemein wichtigen Aussprachen, wie es der Kultusetat ist. Der Herr Kultusminister spricht 4½ Stunden, die Angehörigen der CSU und der SPD erhalten je 4 Stunden zugewilligt. Das sind also 8½ Stunden für die

Regierungspartei, die ja die Mehrheit im Hause hat. Wir als Fraktion sollen uns mit einer Stunde begnügen. So können wir keine Demokratie erzielen. Sagen Sie gleich, wir sind die Mehrheit. Es handelt sich hier um wichtige Fragen. Ist doch gerade die Person des Herrn Kultusministers gewissermaßen das bayerische Aushängeschild geworden, leider Gottes, und hat infolgedessen sowohl der Herr Kultusminister als auch wir ein Interesse daran, daß diese wichtigen Fragen einmal unbedingt geklärt werden. Das kann man nicht mit einer Beschränkung der Redezeit machen. Man hat heute von Schweden — ich beziehe mich auf Herrn Kollegen Behrlich —, von England und Amerika geredet. Dort gibt es grundsätzlich keine Beschränkung der Redefreiheit. Wenn das zu einem Unfug führen sollte, was durchaus möglich ist, dann haben wir es in der Hand, den Saal zu verlassen, wenn es uns nicht mehr paßt. Eine Einschränkung der Redezeit ist undemokratisch und wird von mir grundsätzlich abgelehnt.

I. Vizepräsident: Ich möchte aber doch bemerken, daß sich bis jetzt bestimmt niemand über eine Beschränkung der Redezeit beschweren konnte.

Dr. Linnert (SPD): Bitte, mir ist es selbst passiert. Bei der Regierungserklärung habe ich gesprochen. Nach 30 Minuten hat mir der Präsident das Wort entzogen.

I. Vizepräsident: Nein, Herr Kollege, ich meinte nicht feinerzeit, ich meinte jetzt, bei dieser Debatte.

Ich möchte dem hohen Hause zwei Anträge bekanntgeben, die mittlerweile eingelaufen sind.

Zunächst ein Antrag Dr. Linnert, Schneider und Fraktion:

Der Landtag wolle beschließen:

Die während der Nazizeit eingeführte Besoldungsordnung für die Lehrkräfte an den Volksschulen wird aufgehoben.

An ihre Stelle tritt die vor 1933 in Kraft gewesene Besoldungsordnung mit der Maßgabe, daß allen Lehrkräften der Aufstieg zum Oberlehrer (Besoldungsgruppe A 4 a), besonders verdienten zur Besoldungsgruppe A 3 b ermöglicht wird.

Ich schlage dem Hause vor, diesen Antrag dem Besoldungsausschuß zu überweisen. — Es erhebt sich kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Der nächste Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, dem Landtag alsbald einen Gesetzentwurf über die Errichtung einer vierten bayerischen Landesuniversität vorzulegen und hierfür schon für den Staatshaushalt 1948 die Mittel vorzusehen.

Das ist ein Antrag Prechtl und Genossen. Ich schlage dem hohen Hause vor, diesen Antrag dem Haushaltsausschuß zur Beratung zu überweisen.

(Dr. Korff: Dem kulturpolitischen Ausschuß!)

— Es wird der Vorschlag gemacht, diesen Antrag dem kulturpolitischen Ausschuß zu überweisen. Ich frage das hohe Haus — Sie haben ja letzten Endes die Entscheidung —, ob es diesen Antrag dem kulturpolitischen Ausschuß überweisen will.

(Dr. Stang: Zur Geschäftsordnung!)

— Herr Dr. Stang zur Geschäftsordnung!

Dr. Stang (CSU): Ich möchte zur Geschäftsordnung nur folgendes bemerken: Dieser Antrag läuft in seiner Wirkung auf eine ganz bedeutende Erhöhung

(Dr. Stang [CSU])

der Ausgaben des bayerischen Staates hinaus; infolgedessen wird er am zweckmäßigsten dem Haushaltsausschuß überwiesen, der ja auch bisher immer zu diesen Kulturfragen Stellung genommen hat.

I. Vizepräsident: — Dann bitte ich, zu erwägen, ob nicht folgendes das Beste ist: Wir überweisen diesen Antrag zunächst dem kulturpolitischen Ausschuß, damit dort in dieser Beziehung Stellung genommen werden kann, und dann wegen der Haushaltsmittel dem Haushaltsausschuß.

(Dr. Stang: Nein, zwei Ausschüssen, das geht nicht! — Zuruf: Der kulturpolitische Ausschuß ist ja noch nicht gebildet!)

— Er muß dann eben gebildet werden.

— Abgeordneter Zietisch hat das Wort zur Geschäftsordnung.

Zietisch (SPD): Ich bin der Meinung, daß dieser Antrag im Haushaltsausschuß behandelt gehört und daß er dort so ausschließlich behandelt werden kann, wie er gemeint ist.

(Dr. Stang: Ich bitte weiter ums Wort.)

I. Vizepräsident: — Herr Dr. Stang.

Dr. Stang (CSU): Meine Herren! Wir müssen uns doch darüber klar sein, daß der Haushaltsausschuß nicht allein dazu da ist, Ziffern zu bewilligen, sondern daß im Haushaltsausschuß zu den einzelnen Fragen, für die diese Ziffern angelegt werden, auch sachlich Stellung genommen wird. Es ist ein Irrtum, anzunehmen, daß der Haushaltsausschuß bloß ein Ziffernausschuß wäre.

Die andere Frage, die ich noch berühren möchte: Nach meiner Ansicht ist es völlig abwegig, die Sache sowohl im kulturpolitischen als auch im Finanzausschuß beraten zu lassen. Das war nach der bisherigen Geschäftsordnung nie der Fall, daß ein Antrag in zwei verschiedenen Ausschüssen Gegenstand der Debatte war.

(Dr. Korff: Zur Geschäftsordnung!)

I. Vizepräsident: Herr Dr. Korff zur Geschäftsordnung!

Dr. Korff (SPD): Es handelt sich bei dem Antrag um eine Sache, die in allererster Linie eine kulturpolitische Angelegenheit ist und die vor einen besonderen Ausschuß gehört, und nicht vor den Haushaltsausschuß, so wie in früheren Zeiten, wo es sich bei kulturpolitischen Angelegenheiten um fortlaufende Dinge handelte, die nicht von so weittragender Bedeutung waren. Da es sich heute bei kulturpolitischen Angelegenheiten um grundlegende Reformen, um eine Neuerziehung unseres Volkes handelt, sind wir der Ansicht, daß ein kulturpolitischer Ausschuß zur Mitarbeit mit dem Herrn Kultusminister geschaffen werden müßte, damit in diesem Ausschuß die Dinge vorberaten werden, die für eine Neuerziehung und Umformung unseres Volkes notwendig sind. Es ist nicht richtig, daß man im Haushaltsausschuß mit-tendrin unter vielerlei anderen Gegenständen Dinge von solcher Wichtigkeit behandelt und sie aus parteitaktischen Gesichtspunkten zwischendurch, so daß wir unseren kulturpolitischen Referenten nicht rechtzeitig ernennen und absenden können, ad hoc so über den Daumen peilt. Solche Dinge müssen von den zuständigen Referenten in einem zuständigen Ausschuß behandelt werden. Ich werde Gelegenheit nehmen, anläß-

lich der Debatte über die Schulreform noch einiges dazu grundlegend zu sagen.

(Dr. Stang: Ich bitte nochmals ums Wort zur Geschäftsordnung.)

I. Vizepräsident: Die Entscheidung hat das hohe Haus. Ich lasse darüber abstimmen.

(Dr. Stang: Ich bitte ums Wort zur Geschäftsordnung.)

— Jetzt sind wir schon in der Abstimmung.

(Dr. Stang: Ich habe mich vorher gemeldet, der Herr Präsident hat es aber nicht beachtet.)

— Gut, Herr Dr. Stang!

Dr. Stang (CSU): Ich möchte meinen, daß das Haus im Interesse der sachlichen Behandlung dieser Angelegenheit heute Nachmittag darüber entscheiden sollte.

I. Vizepräsident: Ich lasse jetzt das Haus darüber entscheiden.

(Dr. Stang: Ich verlange namentliche Abstimmung.)

— Ich lasse jetzt darüber abstimmen.

Wer dafür ist, daß dieser Antrag, den ich eben vorgelesen habe, im kulturpolitischen Ausschuß behandelt werden soll, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Mehrheit hat dagegen gestimmt.

Ich nehme an, Sie sind damit einverstanden, daß dieser Antrag im Haushaltsausschuß behandelt werden soll. — Es erhebt sich kein Widerspruch; es ist so beschlossen.

Ich schlage vor, die Beratung jetzt abzubrechen und um 15¼ Uhr wieder aufzunehmen. — Ich höre keinen Widerspruch.

Ich unterbreche die Sitzung.

Die Sitzung wird um 12 Uhr 45 Minuten unterbrochen.

Die Sitzung wird um 15 Uhr 36 Minuten durch den I. Vizepräsidenten Hagen Georg wieder aufgenommen.

I. Vizepräsident: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

In der Reihe der Redner hat der Herr Abgeordnete Dr. Stang das Wort.

Dr. Stang (CSU): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Wenn ich den bisherigen Ablauf der Debatte über den ersten Abschnitt des Stats für das Staatsministerium für Unterricht und Kultus überblicke, so kann ich die erfreuliche Feststellung machen, daß sich das Niveau der Debatte seit gestern bedeutend gehoben hat.

(Beifall.)

Während gestern einzelne Redner einen bunten Blumenstrauß aus allen Dingen des Kultushaushaltes zusammenbanden, hat sich die heutige Debatte im Rahmen der Vereinbarungen gehalten, die für die Beratung dieses Haushaltes getroffen worden waren.

Der Herr Kollege Pittroff hat in seinen Ausführungen von gestern in Abwandlung eines Bibelwortes den Satz geprägt, daß eher ein Kamel durch ein Nadelöhr gehen könne, als der neue Geist in den Räumen des Kultusministeriums Einzug halten kann. Herr Kollege Pittroff! Spöttische Zungen könnten vielleicht die Bemerkung machen, daß in dem Bibelwort der Reiche und das Kamel einander gegenübergestellt

(Dr. Stang [CSU])

sind, hier aber der neue Geist, den Sie wünschen, dem Kamel gegenübergestellt wird.

(Heiterkeit.)

Ich glaube nicht, daß aus dieser Gegenüberstellung besondere Schlüsse gezogen werden können, weil ich sehr wohl weiß, um welches tertium comparationis, um welchen Vergleichspunkt es sich handelt, da nämlich die Größe des Tieres daran schuld ist, daß man nicht durch das Nadelöhr gehen kann.

(Wittroff: So groß soll der neue Geist sein!)

— So groß wie das Kamel soll der neue Geist sein! Ich nehme diese Feststellung jetzt entgegen.

(Heiterkeit.)

Es könnte auch noch eine andere spöttische Bemerkung am Platze sein. Der Herr Kollege Wittroff hat selbst zehn Monate lang als Staatssekretär die Verantwortung für diesen Geist des Ministeriums mitgetragen. Es wundert mich nur, daß er nicht schon früher die Flügel seiner Seele spannte, um zu diesem neuen Geist vorzudringen.

(Sehr gut!)

Aber nun zum Ernst der Situation. Herr Kollege Wittroff! Ich habe die Befürchtung, daß auch Ihre Darstellung über den Geist des Kultusministers bzw. seines ganzen Ministeriums jene Atmosphäre schaffen half, aus der heraus völlig unberechtigte und dem Ansehen Bayerns abträgliche Bemerkungen über unsere Kulturverwaltung gewachsen sind.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Denn es ist doch so, daß wir gerade hinsichtlich der Beurteilung des Herrn Kultusministers jetzt eine Atmosphäre leidenschaftlicher Meinungen vor uns haben, eine Atmosphäre, in der auch sehr viele Giftblüten des politischen Hasses üppig wuchern.

Wer die Politik des Herrn Kultusministers und des Ministeriums, dem er vorsteht, ansieht, wird gewiß nicht der Meinung sein, daß das Kultusministerium seine Fenster ängstlich gegen jeden auch noch so leisen und zarten Lusthauch des neuen Frühlingswindes verschließt, der auf dem Gebiet der Kulturgestaltung durch die Lande geht. Mit solchen Bemerkungen wird man wieder an die Zeit des „Föhn“ erinnert, der, soviel ich weiß, eine Zeitschrift des liberalen Vorwärtstürmeriums in der Lehrerschaft gewesen ist und schon in seinem Namen zum Ausdruck bringt, daß man das Alte niederreißen und nur Neues schaffen will. Ich glaube auch nicht, daß die Referenten des Kultusministeriums so sehr an geistiger Arteriosklerose leiden, daß sie allen wirklich brauchbaren und fortschrittlichen Ideen auf dem Gebiet der Kulturverwaltung ihr Herz verschließen. Ich möchte darauf hinweisen, daß gerade auf dem Gebiet der Pädagogik in Bayern eine sehr fortschrittliche Politik getrieben worden war.

(Dr. Korff: Oho!)

— Auch das „Oho“ des Herrn Korff stört mich nicht in meiner Auffassung. Ich erinnere mich noch an meine Praktikantenzeit in Erlangen. Da hat uns der gute alte Rektor von einem Schüler erzählt, der der Primus in der Oberklasse des Gymnasiums in Erlangen war. Sein Vater war Universitätsprofessor und wurde nach Berlin versetzt. Als sich der Sohn dann im Gymnasium dort anmeldete und erklärte, er sei in Bayern in der 8. Klasse gewesen, da hat ihm der Rektor des Berliner Gymnasiums sofort gesagt: Aus Bayern kommen Sie? — Eine Klasse tiefer! Das kann mit der

Tatsache zusammenhängen, daß es damals dort eine andere Schuljahreinteilung als bei uns gab. Das will ich zugeben. Aber ohne weiteres zu erklären: Sie kommen aus Bayern und müssen deshalb eine Klasse tiefer gehen, das ist jedenfalls eine Überheblichkeit und bringt die Meinung zum Ausdruck, daß wir in Bayern außerordentlich rückständig sind. Der Rektor des Gymnasiums in Erlangen hat dem betreffenden jungen Mann — Sie gestatten, daß ich das noch zu Ende erzähle — dann den Rat gegeben, er möge eine Aufnahmeprüfung verlangen. Diesem Ansuchen ist dann stattgegeben worden, und der Betreffende hat die Aufnahmeprüfung glänzend bestanden und war das ganze Jahr hindurch auch der Primus in der Oberklasse von Berlin. Also, so ganz rückschrittlich kann unsere bayerische Kulturpolitik wirklich nicht sein.

Ein anderes Beispiel. Wir sind durchaus nicht etwa so autark in unserer bayerischen Kultur, daß wir uns völlig gegen Anregungen absperren, die auch von Preußen hereinströmen. Ich erinnere an die bekannte Pädagogik von Adolf Matthias. Adolf Matthias bezeichnet z. B. schon seinerzeit die Geheimzsuren, also die besonderen Charakteristiken der Schüler, die über das hinausgehen, was die Noten darstellen, als eine Zukunftsmusik. Wir haben in Bayern diese Geheimzsuren schon längst gehabt. Das sind nur ein paar Beispiele, wie stark die Meinung verbreitet ist, als ob wir in Bayern in unserer Kulturpolitik gar so rückschrittlich seien.

(Donsberger: Dafür schicken die Preußen ihre Kinder an die Universitäten nach Bayern!)

Es ist dann bemängelt worden, daß der Herr Kultusminister kein eigentliches Kulturprogramm entwickelt habe. Ich gebe offen zu, ich hätte auch manchmal ein paar Höhepunkte gewünscht, von denen aus die ganze Kulturpolitik zu überblicken gewesen wäre. Aber wenn Sie wirklich objektiv urteilen, dann müssen Sie doch zugeben, daß der Herr Kultusminister, eben wegen seines klaren Kulturprogramms schon lange im Brennpunkt der Kämpfe gestanden ist und daß jeder seine Kulturpolitik und die Ziele seiner Kulturpolitik kennt. Wir wissen, daß er sich vor allem fortwährend gegen Angriffe wehren mußte, die in ganz unglaublicher Weise gegen ihn vorgetragen worden sind. Daß er sich einmal in der Rede, die er zu Beginn der Debatte über den Haushalt des Kultusministeriums gehalten hat, vor allem gegen die Angriffe wehrt, das ist verständlich, und daß er dann das ganze Gebiet der von ihm geführten Kulturverwaltung würdigt, ist ebenso klar.

Im übrigen darf ich wohl darauf hinweisen, daß der Herr Kultusminister in seinen gestrigen Ausführungen mit der überzeugenden und durchschlagenden Kraft seiner Argumente und vor allem seiner statistischen Zahlen all die Anwürfe zurückgewiesen hat, die gegen ihn erhoben worden sind. Lesen Sie einmal aus der Sammlung der „Frankfurter Hefte“ die letzte Nummer, die ein sehr interessantes Charakterbild von Alois Hundhammer gibt. Ich darf ganz kurz aus diesem Heft, soweit ich Sie und mich damit behelligen darf, einige besonders markante Stellen herausgreifen. Es wird darauf hingewiesen, daß über den Herrn Kultusminister in der bedeutendsten Zeitung, über die die amerikanische Zone verfügt, ein Artikel enthalten ist: „Kursus für Anfänger“. In diesem Artikel sei die harmlose Zeichnung des „Simpf“ herausgegriffen worden, die dazu geführt habe, daß eben eine Anzeige

(Dr. Stang [CSU])

und ein Prozeß gegen den betreffenden Herausgeber des „Simpl“ angestrengt worden ist. Um diese harmlose, wenigstens von dem Betreffenden als harmlos angesehene satirische Behandlung des Herrn Kultusministers handelte es sich in diesem Falle gar nicht, sondern es ging um eine ganz niederträchtige Unterstellung, die dazu geführt hat, daß die Klage angestrengt worden ist. Es handelte sich nämlich um die Behauptung, der Herr Kultusminister Dr. Hundhammer sei mit den Mördern Schulz und Tillessen, den Mördern Erzbergers, in Verbindung gestanden. Es ergab sich, daß der Herr Kultusminister Dr. Hundhammer niemals in Regensburg beschäftigt war, daß er niemals mit Herrn Dr. Heim in dieser Frage zu tun gehabt hat, und daß er die Mörder Schulz und Tillessen in seinem Leben niemals gesehen hat. Das wurde dann berichtigt. Aber diese Zeitschrift hebt mit Recht hervor: Ob es berichtigt wurde oder nicht: die Hauptsache ist und war ja, daß jeden Morgen den Gegnern des Herrn Kultusministers der Herr Dr. Hundhammer auf das überfettete oder vielleicht fettlose Frühstücksbrot gestrichen wurde.

Es wird dann in schönen Thesen und Antithesen auf all die Vorwürfe eingegangen, die gegen den Herrn Kultusminister in der letzten Zeit geschmiedet worden sind, zum Beispiel — und das ist von mir gestern auch in dem Bericht hervorgehoben worden —, daß in einem vom Herrn Kultusminister Dr. Hundhammer herausgegebenen Lesebuch das Gedicht „Friedericus Rex“ enthalten gewesen sei. Er konnte nachweisen, daß dieses Lesebuch, das er sich übrigens erst hat kommen lassen, bereits beim Einmarsch der Amerikaner, und zwar von den alliierten Besatzungsmächten und dem Berliner Lehrerverein herausgegeben war.

(Hört, hört!)

Eine andere Angelegenheit: Es wird gegen den Herrn Kultusminister der Vorwurf erhoben, er bevorzuge bei Hochschulberufungen in unangemessener Weise katholische Kandidaten. Der Betreffende, der diesen Vorwurf erhoben hatte, mußte dann zu seiner Bestürzung hintennach erfahren, daß der Herr Kultusminister die Katholiken erheblich benachteiligt hat, wie die Statistik beweist.

Eine weitere Behauptung heißt, daß er einen befähigten Professor zur Auswanderung nach Brasilien gezwungen hat. Eine Klammer fügt hinzu: Bedarf es überhaupt eines solchen Druckes in der gegenwärtigen Zeit, wenn man eine Auswanderung nach Brasilien im Auge hat? Der Abschiedsbrief des Auswanderers lief acht Tage vor dem Amtsantritt des Ministers ein.

(Dr. Linnert: Das haben wir alles schon gehört, das hat der Herr Dr. Hundhammer selbst schon gesagt!)

— Das ist alles richtig! Aber vielleicht gestatten Sie mir, Ihnen diese schönen Antithesen, die hierzu gemacht werden, auch noch ins Gedächtnis zurückzurufen. Wenn es Sie langweilt, dann überlasse ich es Ihnen, nicht zuzuhören.

Jedenfalls beweist diese Blütenlese ganz klar, daß man unwahre Behauptungen in die Welt setzt, daß man aber dann die Revozierung dieser unwahren Behauptungen unterläßt oder, wenn man überhaupt revoziert, es dann so unauffällig macht, daß niemand diese Revozierungen liest, so daß sie überhaupt nicht bekannt werden.

Sehr interessant ist dann, was von der Einladung des Herrn Kultusministers zu einem überparteilichen Klub erzählt wird. Als er in diesem Klub sprach, haben viele bezüglich des Referenten an eine Verwechslung geglaubt; denn der Herr Kultusminister hat durch seine gewinnende, konziliante, humane und freundliche Art so angenehm enttäuscht, daß jeder der Meinung war, es spreche für ihn ein anderer, weil er verhindert sei. Die „Frankfurter Hefte“ schreiben dazu, das hindere nicht, daß man ihn schließlich jeden Tag in der Presse als eine Kreuzung von Neandertaler und Großinquisitor darstellt.

(Dr. Linnert: Sehr interessant!)

Ich will auch auf die andere, gewiß wohl abgemogene und auch eine Kritik bringende Darstellung der „Frankfurter Hefte“ — der Artikel ist von Gugenheimer geschrieben — hier nicht eingehen. Sie können sie alle nachlesen; sie ist jedenfalls sehr lesenswert.

Ich darf noch zu anderen Punkten einige Bemerkungen machen. Der Herr Kollege Pittroff hat, wie ich schon vorhin erwähnt habe, davon gesprochen, daß nie ein neuer Geist in dieses Kultusministerium zu bringen sei. Herr Kollege Pittroff! Wenn auch die neue Einrichtung des Schulbuchverlags auf Anregungen des früheren Kultusministers Dr. Fendt zurückzuführen ist, so darf doch nicht vergessen werden, daß gerade diese Idee — und es ist eine gute neue Idee, die aus der Zeit heraus geboren ist — vom Herrn Kultusminister Dr. Hundhammer besonders gepflegt worden ist und daß die Herausgabe dieser neuen Bücher, die nicht nur textlich, sondern auch in ihrer Illustration jedenfalls durchaus allen Anforderungen entsprechen, in die Ära Hundhammer fällt.

(Pittroff: Ich habe im Haushaltsausschuß den Schulbuchverlag verteidigt!)

— Gewiß, ich greife Sie auch deshalb nicht an. Ich greife Sie nur deshalb an oder vielmehr: ich erwidere Ihnen in der lebenswürdigen Weise, wie ich es gewohnt bin, daß die Einrichtung des Schulbuchverlags auch ein Stück neuen und fortschrittlichen Geistes ist, dem sich der Herr Kultusminister in dieser Beziehung gewiß nicht verschlossen hat.

(Pittroff: Und wie ist heute reagiert worden? Er soll möglichst bald wieder verschwinden!)

— Es sind das einzelne Interessenten, die das meinen. Im übrigen ist den Bedenken, die vorgetragen worden sind, in weitestgehendem Maße insofern Rechnung getragen, als der Schulbuchverlag keine Monopolstellung haben und ein Ausschuß zusammengesetzt werden soll aus Vertretern der Verlage und der Buchbinder, also des Handwerks. In diesem Ausschuß wird allen berechtigten Wünschen Gehör geschenkt, und sie sollen, soweit sie zu erfüllen sind, auch erfüllt werden.

Ist es ferner nicht fortschrittlich und ist diese Idee nicht wieder aus der neuen Zeit geboren, daß man an der Zentralisation, wie sie früher hier in München gegeben war, nicht festhält und daß der Herr Kultusminister und sein verehrter Herr Staatssekretär Dr. Sattler gerade der Dezentralisation des Kulturlebens das Wort gesprochen haben?

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Sie taten das sowohl im Finanzausschuß wie bei anderen Gelegenheiten. Wir haben es ja selbst erfahren, daß diese Kulturgüter, die z. B. aus Aschaffenburg, aus Bamberg und aus anderen Orten hierher

(Dr. Stang [CSU])

nach München geführt und zentralisiert worden sind, wieder zurückgegeben werden. Ich habe mich früher als Abgeordneter von Aschaffenburg sehr viel um diese Dinge bemüht. Es war einmal eine Zeit, die alles zentralisieren wollte, und dafür war weniger das Kultusministerium als die entsprechenden Museumsdirektoren verantwortlich. Ich erinnere mich noch an ein Erlebnis in Aschaffenburg. Da stand Herr von Eschudi, der Direktor der staatlichen Gemäldesammlung, vor den schönen Sachen in Aschaffenburg und sagte: Schade, daß man das nicht zentralisieren kann.

(Stach: Er hat es aber doch durchgeführt!)

— Jawohl, zum Teil hat er es durchgeführt. Es kam auch ein wunderbarer Christuskopf von Rembrandt hierher. Solange die Pinakothek stand, hing er in einer verborgenen Ecke. Ich habe dem damaligen Herrn Generaldirektor Dornhöfer erklärt, das wäre im Aschaffener Schloß eine Zentralsonne und es seien die Leute von fern hergekommen, um sich dieses schöne Bild anzusehen. Seine ziemlich frostige, wenn auch lebenswürdige Bemerkung war: Dann ist es eben auch für uns eine Zentralsonne. Man hat auf die Bestrebungen, schon damals zu dezentralisieren — und ich habe als Abgeordneter von Aschaffenburg gerade in dieser Richtung wiederholt vorgestoßen — immer erklärt, soundsso viele müßten eben, wenn sie über Rembrandt Studien machen wollten, auch die Bilder von Rembrandt möglichst alle beisammen haben. Deshalb sei die Zentralisation erfolgt. Ebenso steht es mit anderen Sachen. Diese Dinge müssen bereinigt werden. Deshalb sage ich, daß es ein fortschrittlicher Gedanke ist, wenn der Herr Kultusminister und der Herr Staatssekretär Dr. Sattler gerade dieser Dezentralisation der Kultur das Wort reden und die Kulturschätze wieder an die Orte bringen wollen, in denen sie gewachsen sind.

(Dr. Hoegner: Richtig!)

— Auch der Herr Ministerpräsident Dr. Hoegner ist dieser Meinung. Er hat das früher selbst schon angeregt.

Meine Damen und Herren! Ist es dann nicht auch ein neuzeitlicher Gedanke, den der Herr Kultusminister entwickelt hat, daß draußen auf dem Lande wieder mehr die Möglichkeit geboten werden muß, die Berufsschule zu besuchen, und daß es keine Verbandschulen mehr geben soll, daß nicht mehr die Schüler wandern müssen, sondern daß der Lehrer und die Lehrerin in das Dorf kommen? Ist nicht aus der Not unserer Zeit, aus der neuesten Zeit mit ihren Aufgaben die weitgehende und großherzige Studentenfürsorge erwachsen, zu der sich der Herr Kultusminister bekennt? Ich glaube, es war im Ausschuß, wo er erklärte: wenn irgendwo nicht gestrichen werden darf, dann ist es gerade dieses Kapitel der sozialen Fürsorge für unsere Studenten. Ich meine, die Studenten wissen ihm auch dafür Dank.

Ich habe schon im Ausschuß hervorgehoben — das gehört zwar nicht hierher —, wie aufgeschlossen die Studenten in den Vorlesungen zuhören und wie aufgeschlossen sie auch gegenüber den Ausführungen des Herrn Kultusministers sind. Es ist nicht so, wie es heute früh der Herr Kollege Schneider dargestellt hat, daß man in Franken den Herrn Kultusminister Dr. Hundhammer ablehne. Der Herr Kultusminister hat in Nürnberg, in Bamberg und in Erlangen ge-

sprochen. Wenn in Kulmbach dann eine Kadau-Szene entstand, so hatte das ganz andere Gründe. Jedenfalls war der erste Teil dieser Versammlung durchaus sachlich und ruhig verlaufen. So ist es also nicht, und wenn damals in Franken gewisse Abneigungen bestanden haben, den Herrn Kultusminister als politischen Redner zu hören, so geht das in die Zeit zurück, in der, wie ich mich schon einmal ausdrückte, Achilles und Agamemnon einander noch grollend gegenüberstanden. Das ist jetzt bereinigt und, wie ich hoffe, auch für immer begraben.

Meine Damen und Herren! Der Aufbau des Dozenteniums ist ebenfalls eine Sorge des Herrn Kultusministers. Dazu wird Herr Kollege Laforet noch sprechen. Noch ein Wort zu der Behauptung, daß der Herr Kultusminister Dr. Hundhammer eine einseitige Konfessionspolitik treibe. Was die Berufungen angeht, so ist das schon in einem anderen Zusammenhang durch den Herrn Kultusminister widerlegt worden. Ich meine, was wir da von Ihnen gehört haben, Herr Kollege Pittroff und Herr Kollege Schneider, das sind auch keine funkelneuen Gedanken, die Sie entwickelt haben.

(Pittroff: Ich habe in dieser Beziehung keinerlei Vorwürfe wegen der Professoren erhoben!)

— Nein, nein! Von der Konfessionalisierung im allgemeinen haben Sie schon gesprochen. Ich habe das nur als Beispiel erwähnt. Ich spreche von der allgemeinen Behauptung, daß der Herr Kultusminister eine überspitzte und überbetonte Konfessionalisierung in Bayern treibe.

(Sehr richtig! bei der FDP.)

— Nun, warten Sie einmal ab. Das ist ein alter Ladenhüter. Wie steht es denn in Wirklichkeit? Heute früh ist schon einmal das Wort angeklungen, das ich jetzt zitieren möchte: religio est confessio, das heißt, eine Religion ist auch ein Bekenntnis zu bestimmten Glaubenswahrheiten. Infolgedessen ist die Konfession in der Schule wieder notwendig; also brauchen wir eine Konfessionsschule. In der Verfassung ist es klar ausgesprochen, daß unsere Schule eine Bekenntnisschule oder eine Gemeinschaftsschule ist, und zwar nach dem Willen der Eltern. Die Eltern haben das naturgegebene, gottgewollte, ursprüngliche Recht am Kinde.

(Dr. Korff: Und nicht die Regierung von Oberbayern. Siehe Weilheim!)

Nach dem Recht der Eltern muß auch das Kind in der Schule erzogen werden. Wenn die Eltern auf dem Standpunkt stehen, daß es im Bekenntnisgeist des Elternhauses erzogen werden muß, dann muß auch die Schule dieser Forderung des Elternhauses Rechnung tragen.

(Sehr richtig! bei der CSU.)

Es ist selbstverständlich, daß die Eltern das erste Recht am Kinde haben, und wir wollen nicht haben, Herr Kollege Dr. Korff, daß in der Schule ungläubige Lehrhände das wieder niederreißen, was gläubige Elternhände in der Seele des Kindes aufgerichtet haben.

(Lebhafter Beifall bei der CSU.)

Man sagt: Wo bleibt da die Freiheit? Gerade im Interesse der demokratischen Freiheit müssen wir an der Bekenntnisschule festhalten; denn wenn jeder das Recht hat, sein Kind im Geist des entsprechenden Bekenntnisses erziehen zu lassen, dann dürfen wir nicht

(Dr. Stang [CSU])

Maßnahmen treffen, die dieses Recht verkümmern. Darum ist dann auch das alles geschehen, was der Herr Kollege Pittroff und andere kritisiert haben. Ein Antrag auf die Einrichtung einer Gemeinschaftsschule muß vorliegen, wenn sie in konfessionell gemischten Gegenden errichtet werden soll.

Dann der alte Ladenhüter — verzeihen Sie diesen Ausdruck! —, daß dann, wenn Kinder nach konfessionellen Trennungsgründen auseinandergenommen werden, der konfessionelle Friede gestört würde. Ich könnte selber aus Erfahrung, aus meiner eigenen Kindheit, darüber reden. Mein Vater hatte eine Konditorei; und ich habe als Bub gern gebacken und habe in das evangelische Pfarrhaus, wo mein Freund, der Sohn des Pfarrers, wohnte, auch von diesen Erzeugnissen meines Backens gebracht. Wir haben tadellos miteinander harmoniert. Aber wir sind dann später doch in verschiedene Schulen gegangen; das hat unserem konfessionellen Frieden keinen Abbruch getan. Wenn dagegen die Kinder auf der gleichen Schulbank sitzen und sich in der Religionsstunde trennen, so ist das jeden Tag, an dem in einer Schule Religionsunterricht gegeben wird, immer wieder eine Mahnung: Wir gehören nicht zusammen.

(Dr. Linnert: Dann hätten Sie sich mit dem evangelischen Pfarrerssohn auch auf die gleiche Bank setzen können! Sehen Sie doch zu!)

— Herr Kollege Linnert, ich meine, so mit einer Handbewegung kann man eine solche Frage nicht lösen! Ich habe das überhaupt nur als Beispiel erzählt, um Ihnen darzutun, daß der konfessionelle Friede nicht gestört wird.

(Pittroff: Wenn sich aber die Kinder täglich auf dem Schulweg vor der Schultür trennen, gehen sie auch auseinander!)

Jedenfalls brauche ich zu dem Kapitel Konfessionsschule nicht noch Näheres zu sagen. Auch im Interesse der Demokratie muß gerade an der Konfessionsschule festgehalten werden,

(Widerspruch links)

weil das Recht des Volkes, das Recht der Eltern in dem Begriff der demokratischen Freiheit mit eingeschlossen ist.

(Dr. Hille: In Baden haben Sie auch die Mehrheit, und da steht es, anders aus!)

Meine Herren, wenn immer gesagt wird: Wir wollen eine Gemeinschaftsschule im christlichen Geist, so darf ich doch etwas zurückerinnern an die Zeit, in der die Nationalsozialisten geherrscht haben. Da hat man auch immer vom positiven Christentum gesprochen; man hat allerdings den Zusatz gemacht: Soweit die arische Art dadurch nicht verletzt wird.

(Zuruf Behrlich: Ist das fair play, Herr Dr. Stang?)

— Dr. Beck: Meinen Sie im Ernst, daß das fair play ist?)

— Ich meine nur, daß im Nationalsozialismus auch immer vom positiven Christentum gesprochen worden ist. Ich will Sie nicht auf eine Stufe mit den Nazis stellen; das fällt mir nicht ein! Ich sage nur, daß das früher der Fall war, weil ich mit verwaschenen Begriffen nichts zu tun haben will. Wenn man von „allgemein christlich“ spricht, so ist das nach meiner Ansicht eben ein verwaschener Begriff.

Es wurde dann das Wort geprägt, daß wir in Bayern eine Bildungsautarkie wollen. Ich habe vorher schon in einem anderen Zusammenhang darauf hingewiesen, daß Bayern sich neuen guten pädagogischen Ideen, die aus Preußen und anderen Ländern kamen, immer zugänglich erwiesen hat. Ich darf daran erinnern, daß wir zum Beispiel die Lehrproben und die Lehrgänge für die Mittelschulen, für die höheren Lehranstalten, aus Preußen hatten. Wir haben uns nicht etwa hermetisch gegen die anderen abgeschlossen. Wir wollen aber, meine verehrten Herren, auch nicht das, was wir selber im Lande haben, erst von den anderen lernen müssen. In der Hinsicht brauchen wir schon eine Autarkie, daß wir nicht Ideen importieren müssen, die wir selbst schon entsprechend besser haben oder die in ihrer ganzen Art unsere bayerische Kulturart verderben und jedenfalls einen Rückschritt gegenüber unserer bayerischen Kulturart bedeuten würden.

Meine verehrten Herren — entschuldigen Sie: Damen und Herren! —, schauen Sie einmal zurück in die Zeiten, in denen von Stalien, in denen von Frankreich her auf dem Gebiet der Kunst außerordentlich viel lebende Gedanken hereingekommen sind, die wir Bayern willig aufgenommen haben! Es ist nicht so, als ob wir uns hermetisch abschließen wollten. Aber das trägt eben auch dazu bei, draußen die Meinung zu erwecken, als ob in unserem Kultusministerium wirklich eine Dunkelkammer sei, von der gestern bildlich der Herr Kollege Pittroff gesprochen hat. Ich möchte meinen, daß es an der Zeit wäre, diese Atmosphäre des Mißtrauens gegen das bayerische Kultusministerium mit aller Energie zu bekämpfen. Ich glaube, wenn man sich wirklich Mühe gibt, den redlichen Willen, den fortschrittlichen Kulturwillen des Herrn Kultusministers zu erforschen, dann wird man ihn besser kennenlernen und wird nicht von vornherein all dem ablehnend gegenüberstehen, was er und sein Ministerium tun.

Ich darf jetzt noch ein Wort zu einem allgemeinen Gesichtspunkt sagen: zur Bildung der Erwachsenen. Der Herr Kollege Schreider hat heute früh daran Anstoß genommen, daß für die Erwachsenenbildung zu wenig geschehe. Es ist richtig: Wir haben nur zwei Etatpositionen, die der Erwachsenenbildung gewidmet sind. Das ist die Position für Leibeseziehung der Erwachsenen im Betrag von 90 000 Mark und die Position, die der Förderung der volksbildnerischen Arbeit in Form der Volkshochschule gewidmet ist, im Betrag von 50 000 Mark.

Ich kann für meine Fraktion erklären, daß wir diese volksbildnerische Arbeit und vor allem ihre tiefste Form, nämlich die Volkshochschule, aus vollem Herzen begrüßen und sie mit allen Kräften unterstützen wollen. Ich möchte aber meinen, daß es zunächst Sache der betreffenden Organisationen in den einzelnen Orten ist, die Kosten durch Hörgelder, Gebühren usw. aufzubringen. Dabei kann man wohl abstufen. Wenn es der Arbeiter, der vor allem an dieser volksbildnerischen Arbeit beteiligt sein soll, nicht leisten kann, so kann man eben die anderen Kreise entsprechend mehr belasten. Ich weiß zum Beispiel aus der Organisation einer Volkshochschule, die ich in Kaufbeuren zusammen mit dem Bürgermeister und den Gewerkschaften errichtet habe, daß der Etat hinsichtlich der Hörgelder und der Bezahlung für größere Arbeitsgemeinschaften so gestaltet ist, daß aus diesen

(Dr. Stang [CSU])

Mitteln ganz gut unsere Kosten bestritten werden können. Ich möchte meinen, daß es auch in anderen Orten gehen müßte, und daß die Summen, die im Etat angelegt sind, eben nur dazu dienen sollen, überhaupt einmal den Wagen der volksbildnerischen Arbeit ins Rollen zu bringen, daß sie also nur für den Start gedacht sind.

Aber vor einem möchte ich warnen — ich habe das bereits im Ausschuß getan —: Wir sollen uns hüten, jede volksbildnerische Arbeit sofort als Volkshochschule anzusprechen, weil damit Vorstellungen und zum Teil auch Hoffnungen erweckt werden, die sich später nicht realisieren. Wir könnten es auch manches Mal mit einem bescheideneren Namen tun. Aber da, wo wirklich in der Gestalt von Vorträgen, also in der Form des akademischen Betriebs unserer Hochschulen, Wissens- und Bildungsgut dargeboten wird, kann ja ganz gut der Name Volkshochschule gewählt werden. Nur möchte ich wünschen, daß man sich auch der Aufgabe der Volkshochschule und des Sinngehalts des Begriffs Volkshochschule mehr bewußt bleibt. Eine Volkshochschule soll zunächst einmal das Kulturgut eines Volkes den Hörern zum Bewußtsein bringen und vor allem auch die volkstümliche Art in der Darbietung des Geistesguts wahren, die notwendig ist, damit es überhaupt auf einen empfänglichen Boden stoßen kann. Die Volkshochschule soll dem Sinngehalt des Wortes nach nicht bloß irgendwelche Kenntnisse in bunter Fülle vermitteln, sondern sie soll vor allem wieder auf das Wesen des Volkes, seine Kultur und die Verbindung unseres Volkes mit anderen Völkern eingehen.

Aber wenn wir Erwachsenenbildung treiben und wenn die volksbildnerische Arbeit in allen Städten Bayerns — ich habe ein Verzeichnis darüber gesehen — einen sehr erfreulichen Aufschwung genommen hat, so dürfen wir doch nicht vergessen, die Erwachsenenbildung vor allem auch bei unseren Lehrern selbst im Auge zu behalten, die an der Volkshochschule wirken. In der Verfassung sind die Ideale unserer Bildung aufgezeigt, und zwar in schönen Worten: Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Überzeugung des Nebenmenschen, Selbstverantwortung, Selbstbeherrschung, Verantwortungsfreudigkeit, Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne, Liebe zur bayerischen Heimat, Ablehnung des Rassen- und Völkerrasses, Erziehung im Geiste des Völkerfriedens und der Völkerverständigung und vor allem auch Erziehung im Geiste der Demokratie.

Meine verehrten Herren! Wenn unsere Kinder, unsere Jugend in den demokratischen Gedankenkreis hineinwachsen soll, dann müssen vor allem die Lehrer, die sie unterrichten, gute Demokraten sein.

(Sehr gut!)

Dazu ist notwendig, daß auch die Lehrer, die Lehrkräfte ausgebildet sind in allen Fächern des staatsbürgerlichen Wissens und daß sie auch nicht bloß Wissen, sondern auch demokratische Gesinnung übermitteln.

(Sehr gut!)

Genau so müssen die Lehrer an unseren Bekenntnisschulen eigentlich auch ausgestattet sein mit dem religiösen Gedankengut des Bekenntnisses, in dessen Geist sie unterrichten sollen, und müssen diese Lehrer aber auch charakterlich jene Qualitäten darstellen, die eben vom Geiste des Bekenntnisses her gefordert wer-

den müssen, wie aus dem Geiste der Demokratie heraus auch gut demokratisch gesinnte Lehrer in diesen Schulen unterrichten müssen. Ich glaube, das dürfen wir bei unserer grundsätzlichen Aussprache nicht vergessen.

Mit Recht hat der Herr Kollege Behrisch heute morgen auch die Sprache, die gute deutsche Muttersprache, behandelt. Ich gebe ihm vollständig recht, daß wir auf diesem Gebiet noch an manchen Schöpfungen oder Mißschöpfungen der nationalsozialistischen Zeit leiden. Ich glaube, Sie hatten diese Fälle im Auge, Herr Kollege Behrisch, und ich darf vielleicht Ihre Ausführungen noch etwas ergänzen. Wenn z. B. immer wieder davon die Rede ist: der und der ist der „Garant“, so erinnert das so sehr an die nationalsozialistische Ausdrucksweise. Auch „seine Fähigkeiten unter Beweis stellen“ ist ein Ausdruck aus der damaligen Zeit. Wir haben in dieser Richtung noch manches auszumerzen, was sich da eingebürgert hat.

Kollege Schneider hat heute davon gesprochen, daß wir Aufgeschlossenheit besitzen sollten gegenüber den großen Dichter- und Künstlerpersönlichkeiten unseres Vaterlandes. Er hat dabei den Fall Rassel erwähnt und darauf hingewiesen, daß eine so bedeutende Dichterin wie Ricarda Huch dort keine Aufnahme gefunden habe. Ich glaube, wenn sie nach Bayern gekommen wäre, unser Kultusminister Dr. Alois Hundhammer, der für Damen ja immer etwas übrig hat, hätte ihr sicher Unterkunft geboten, schon angesichts der Bedeutung, die sie als Dichterin besaß. In diesem Zusammenhang darf ich auch noch etwas anderes erwähnen. Es gibt bedeutende Dichter, von denen einmal sogar eine liberale Zeitung wie die „Münchener Neuesten Nachrichten“ geschrieben hat, daß sie zu den bestschreibenden Deutschen der Gegenwart gehören, aber lange Jahre hindurch abgelehnt wurden und vielleicht auch jetzt noch abgelehnt werden, weil sie katholisch sind, weil sie das katholische Priestergewand tragen, wie z. B. Peter Dörfler, den die Nazis zwar nicht abgelehnt haben, aber doch nicht so recht zum Zuge kommen ließen. Catholica sunt, non leguntur! Es sind Katholiken, darum werden sie nicht gelesen. Das hat man früher oft gehört. Auch die religiöse Literatur der evangelischen Kirche wird nicht so geschätzt, wie sich das ziemte. Ich meine, wir müssen da auch noch umlernen, daß wir nicht einen Mann deshalb ablehnen, weil er eine bestimmte Weltanschauung hat. Ein Mann von der Bedeutung wie die von mir erwähnte Persönlichkeit ist würdig, entsprechend geschätzt und von der Kulturverwaltung berücksichtigt zu werden.

(Dr. Linnert: Wir Demokraten haben ihn sogar dabei, wir brauchen also nicht umzulernen.)

— Ich habe auch nicht gegen Sie gesprochen, Herr Kollege Dr. Linnert.

(Dr. Dehler: Wir müssen nicht umlernen, wir nehmen uns da aus.)

— Das ist erfreulich, wenn Sie das können.

Dann darf ich in diesem Zusammenhang noch etwas sagen zu den sogenannten gegenwartsnahen Thematika. Die gegenwartsnahen Thematika haben in der nazistischen Zeit eine sehr große Rolle gespielt. Ich möchte wünschen, daß in unseren Schulen, auch in den höheren Schulen, gegenwartsnahe Thematika aus dem Gedankenkreis der Demokratie gegeben werden. Nur bitte ich dabei nicht in die Einseitigkeit der nazistischen

(Dr. Stang [CSU])

Zeit zu verfallen, wo schließlich fast jedes Thema gegenwartsnah sein mußte, so daß, nachdem die Professoren in großer Verlegenheit waren, immer wieder ein gegenwartsnahes Thema zu finden, um einen Witz anzubringen z. B. das Thema gestellt hat: Walthier von der Vogelweide, auch du marschierst bei uns im Geiste mit. Ein anderer hat seine Verlegenheit geklagt, worauf ihm gesagt wurde, du mußt dich halt bemühen, ein gegenwartsnahes Thema zu finden, vielleicht — ich weiß nicht, ob das bloß ein schlechter Witz war — das Thema: Wäre die Jungfrau von Orleans Jungfrau geblieben, wenn sie Mitglied des BDM gewesen wäre? (Heiterkeit.)

Ein anderes Thema lautete: Hätte Werther sich erschossen, wenn er Mitglied der NS gewesen wäre? Eine Zeitung hat darauf erwidert: Das wäre jedenfalls nicht der Fall gewesen; denn wenn Goethe geahnt hätte, daß das Dritte Reich kommt, hätte er sich vorher erschossen und der „Werther“ wäre gar nicht gedichtet worden. Ich meine, es kann nicht schaden, hin und wieder einmal einen Witz einzuflechten — ich bin immer ein Freund des Humors —, um dadurch die Debatte etwas zu beleben. Man muß also bei diesen gegenwartsnahen Themata vorsichtig sein. Meine Damen und Herren vom Kultusministerium, schauen Sie aber auch, daß auch die literarischen Themata in maßvoller Form und bescheidenem Umfang wieder zu ihrem Recht kommen; denn das waren gesunde Verstandes- und Urteilsübungen. Sie brauchen nicht trocken zu sein, sondern sollen frisches Leben haben.

Wir wollen, das ist heute früh schon hervorgehoben worden, gewiß keine einseitige Lernschule haben. In unserer Verfassung ist der Grundsatz niedergelegt, daß unsere Schulen nicht bloß Wissen und Können vermitteln, sondern vor allem auch Herz und Charakter bilden sollen; denn das Wissen allein ohne Charakterbildung wird nach einem bekannten alten Wort zur Diebslaterne, deren sich später der Verbrecher bedient.

Und nun noch ein Wort zum Kulturpolitischen Ausschuß. Ich habe neulich schon im Ältestenrat erklärt, daß die Fraktion der CSU an dem früheren Beschluß, an dessen Zustandekommen sie mitgewirkt hat, nicht mehr festhält. Wir sind der Meinung, daß alle diese kulturpolitischen Fragen wie bisher im Zusammenhang mit dem Staatshaushalt besprochen werden können, so daß es nicht notwendig ist, einen eigenen kulturpolitischen Ausschuß zu bilden. (Dr. Hille: Dann heben wir doch alle Ausschüsse auf bis auf den Staatshaushaltsausschuß!)

— Es gibt eine Reihe von Fragen, die in den Ziffern des Stats keinen Ausdruck finden.

(Zuruf von der SPD: Der Herr Minister wünscht keine Kontrolle!)

— Aber Herr Kollege, wenn im Staatshaushaltsausschuß Herr Minister Dr. Hundhammer während 30 Stunden einer ständigen Kontrolle unterworfen war, kann man nicht sagen, daß eine Flucht vor der Kontrolle uns dazu bewogen hat, diesen kulturpolitischen Ausschuß nicht mehr zu wollen.

Zur Prügelstrafe will ich nicht mehr viel sagen. Prügelstrafe ist überhaupt ein falscher Ausdruck, es heißt eigentlich „körperliche Züchtigung“. Eines aber glaube ich hier betonen zu müssen: Wenn man davon

spricht, muß man auch alles sagen, was dazu gehört. Diese körperliche Züchtigung, die an den Volksschulen jetzt eingeführt worden ist, beschränkt sich auf die Knaben und erstreckt sich nicht auf die Mädchen und wird nur verhängt bei schlechter Aufführung, das heißt also, wenn es sich um Widerseßlichkeitsdelikte handelt, nicht aber bei schlechten Leistungen. Das muß man auseinanderhalten. Was aber ist daraus alles gemacht worden? Wenn Sie die Zeitungsberichte lesen: Da hat der Lehrer einem Schüler in die Haare gegriffen, und dann ist berichtet worden, daß dieser „Hundhammer-Bestie“, wie der Artikelschreiber sich ausdrückte, die Haare in der Hand blieben und daß auch die Haut verletzt wurde. Kein Wort davon ist wahr! Es sind das lauter Erfindungen.

Wenn heute früh behauptet wurde, kein Stand war je so entrechtet wie die Lehrer, so ist das auch eine Übertreibung. Ich habe 21 Jahre, und mit diesem Jahr der Landtagsarbeit sind es 22, die parlamentarische Arbeit mitgemacht. Als ich im Jahre 1912 in den Landtag kam, sind von dem damaligen Kultusminister Knilling sehr fortschrittliche Gesetze bezüglich der Lehrer vorgelegt worden, und wir haben uns auch damals nie den berechtigten Forderungen der Lehrerschaft, soweit sie im Rahmen der finanziellen und parlamentarischen Möglichkeiten erfüllt werden konnten, verschlossen. Ich erinnere nur daran, daß nach der Revolution im Jahre 1918 die Lehrerfrage hier behandelt wurde und dabei ein Mann, der aus dem Lehrerstand hervorgegangen war, Ministerpräsident Johannes Hoffmann, mit aller Kraft sich für die Forderungen der Lehrer eingesetzt hat. Und wie hat die Lehrerschaft ihm das gedankt?

(Sehr richtig!)

Vorher war die Lehrerschaft liberal, im Jahre 1918 waren sie alle rot

(Zuruf: nicht alle!)

— nicht alle, verzeihen Sie, ich nehme eine bestimmte Gruppe aus —, und im Jahre 1932 waren sie alle braun. Das sage ich nicht, um die Lehrerschaft herabzusetzen, sondern um ihr ins Gewissen zu rufen, daß sie endlich einmal gerade in ihrem Großteil — es gibt eine große Gruppe, die anderer Gesinnung ist — eine klare Linie einhält.

(Sehr gut!)

Sonst wird der Witz nicht aussterben, daß die Lehrer ihren Schülern hinten nachgehen, weil, wenn die ganze Kolonne sich umdreht, sie dann wieder vorne sind. Derartige Witze gibt es noch mehr. Jedenfalls sollte die Erfahrung, die unsere Lehrerschaft gemacht hat, doch ein Anlaß dazu sein, daß sie einmal eine klare Linie einhält. Ich glaube, die vielen Lehrer, die ich kenne, die die Verbindung vor allem mit dem Elternhaus immer gehalten haben, die wohl unter dem Druck der nationalsozialistischen Zeit zur Partei gegangen sind, aber bis heute Organisten in ihrer Kirche blieben, die sogar zum Teil von den Bonzen angeklagt wurden, sie bekämen keine Leute in die SA, weil die Schulkinder nicht im nationalsozialistischen Geist erzogen würden, diese Lehrer sind es vor allem, die den Geist der neuen Zeit bilden müssen in der Lehrerschaft. Sie müssen herausgestellt werden, vor allem diejenigen, die einen Idealismus auch auf religiösem Gebiet haben. Sie können Führer werden zu einer neuen Gestaltung der Auffassungen innerhalb der Lehrerschaft.

(Sehr gut!)

(Dr. Stang [CSU])

Das sind einige Gesichtspunkte, die ich so als Grob- vater der Fraktion, der noch ein bißchen Hausarbeit besorgt, in der Nachlese bringen wollte. Ich kann nochmals erklären: Wenn man sich objektiv bemüht, unsere bayrische Kultur, ihre Höhen und Tiefen und die Arbeit unseres Kultusministeriums zu würdigen, wird man als gerecht denkender Mann nicht zu dem Verdammungsurteil kommen, wie man es vielfach in der Öffentlichkeit und auch im Parlament hört. Wir von der CSU stehen jedenfalls mit dem festen Willen, das gute Alte zu erhalten und dem Fortschritt, dem guten, echten Neuen uns nicht zu verschließen, hinter dem Herrn Kultusminister Dr. Alois Hundhammer.

(Beifall bei der CSU.)

I. Vizepräsident: Als nächster Redner folgt Abgeordneter Marg.

Marg (SPD): Meine Damen und Herren! Die Katastrophe dieser Zeit, über die in den letzten Tagen sehr viel gesprochen worden ist, die uns in der Vergangenheit zeigte, zu welchem Maße an moralischer Verworfenheit Menschen fähig sind, und die uns in der Gegenwart zeigt, welches Maß an Sorgen und Leiden die Menschen willens sind, zu tragen, ist ebenso sehr eine geistige wie materielle Krise. Das Bild der äußeren Zerstörung, das sich unseren Blicken bietet in der Vernichtung unserer Städte, in den hungrigen Augen unserer Kinder, in dem unvorstellbaren Leid der Ausgewiesenen, Flüchtlinge und Ausgebombten, wird weit überschattet durch die Resignation, die sich aus der inneren Haltlosigkeit gegenüber den Notwendigkeiten der Gegenwart ergibt. Diese Tatsache beschränkt sich nicht auf das deutsche Volk, sondern erstreckt sich gleichermaßen auf die Völker der ganzen Welt. Sie ist auch keineswegs allein die Folge der vergangenen Kriege, sondern eine Erscheinung, die ihren Ausgangspunkt in den allgemeinen Verhältnissen hat, die das öffentliche Leben in mehr oder minder großen Abständen immer wieder erschüttert haben, in denen der vergangene Krieg, der an Grausamkeit alles bisher Gewesene in den Schatten gestellt hat, doch nur ein Zeichen für den wirklichen Zustand der geistigen Kraft ist, die die tragenden Machtpositionen ausrückt. Menschliche Intelligenz und Klugheit, von denen wir den Ausweg aus dieser Krise erwarten, erwarten sollten und könnten, wurden in den Dienst der Vernichtung gestellt, und das Gefühl für dieses allgemeine Verfallen lähmt das Vertrauen, daß von den gleichen Kräften gleichzeitig auch eine Lösung, und zwar eine dauernde Lösung der das Gefüge der Gesellschaft erschütternden Krise erwartet werden kann. Aus diesem Gefühl heraus wächst die Verwirrung, wächst die Haltlosigkeit und Verantwortungslosigkeit. Noch ist die Welt erfüllt von Spannungen und anscheinend unlösbaren Gegensätzen. Die Neigung nach dem bekannten Rezept „Rette sich, wer kann,“ oder „Nach mir die Sintflut“ zu handeln, beherrscht die Entscheidungen und das Denken der weitesten Schichten.

Angeichts dieser Tatsachen ist die Verantwortung der im öffentlichen Leben tätigen Menschen klar erkennbar. Sie besteht in der Aufgabe und Verpflichtung, ernsthafte und gründliche Überlegungen anzustellen, die darauf gerichtet sind, die bestmöglichen Sicherungen zu schaffen gegen den Mißbrauch menschlichen Fleißes, menschlicher Intelligenz und Erfin-

dungsgabe zu schlechten Zwecken und sich entschlossen für ihre Anwendung einzusetzen.

Das Ausmaß der Katastrophe sollte für uns alle ein ausreichender Grund sein, auf die Vertretung rein doktrinäer Forderungen zu verzichten, und auch das entscheidende Übergewicht der Christlich-Sozialen Union in diesem Parlament sollte sie nicht dazu verleiten — das möchte ich besonders dem Herrn Kollegen Meirner sagen —, in der für sie abgegebenen Stimmenzahl eine Bestätigung für die Richtigkeit ihrer Politik zu sehen und im Gefühl ihrer scheinbar unantastbaren Machtpositionen sich einer Revision gewisser überkommener Vorstellungen zu verschließen. Wer heute nicht bereit ist — das hört sich vielleicht merkwürdig an aus dem Munde eines Sozialdemokraten, von dem meine Kreise Ihrer Partei behaupten, daß er einer der doktrinäen Marxisten sei —, Kompromisse zu schließen, oder wer Kompromisse zu taktischen Überlistungen mißbraucht, hat angesichts der ungeheuren Leiden unseres Volkes das Recht verwickelt, im öffentlichen Leben tätig zu sein.

(Sehr richtig!)

Kompromisse einzugehen, bedeutet keineswegs die Aufgabe der Prinzipien einer Weltanschauung. Sie sind ein Maßstab für die Beurteilung der Kraft und der Richtigkeit einer Weltanschauung, die dadurch ihre Festigkeit unter Beweis stellen kann. Die Neigung zu dogmatischen Festlegungen und zu doktrinäem Starrsinn ist auf keinem Gebiet der allgemeinen Politik so groß wie in der Kulturpolitik. In der Kulturpolitik hinwiederum ist die Schulfrage ihrem Geist und ihrer Form nach Objekt eines Kampfes, der zumindest von Ihrer Seite (zur CSU gewendet) kompromißlos geführt wird, und der beispielsweise das Zentrum und die Bayerische Volkspartei vor 1933 dazu veranlaßte — das hat sich nicht geändert —, die reaktionäre Wirtschaft- und Agrarpolitik der Deutschnationalen Volkspartei im Deutschen Reichstag zu unterstützen, in der Erwartung, damit gleichzeitig die Bereitwilligkeit dieser Partei einzutauschen, mit Ihnen ein Reichsschulgesetz zu machen. Daß diese Pläne damals scheiterten, lag nicht an Ihnen, meine Damen und Herren, sondern an der kulturpolitischen Festigkeit der protestantischen Deutschnationalen.

Auch heute steht der Kampf um den Inhalt und den Aufbau der Schule im Vordergrund des kulturpolitischen Kampfes. Auch heute führen Sie diese Kämpfe mit einer Kompromißlosigkeit, meine Damen und Herren, die nur da ihre Grenze findet — das möchte ich Ihnen auch sagen, Herr Kollege Meirner —, wo Sie durch den möglichen Widerstand Ihrer Gegner mit der Entfaltung von Kräften zu rechnen haben, die Ihre Priorität überwinden werden. Das ist die Grenze Ihrer Bereitschaft, mitzuarbeiten.

Da möchte ich Ihnen nun folgendes Eingeständnis machen. Diese Gegenkräfte gegen Ihre Schulpolitik sind nicht sehr stark, und zwar deshalb nicht, weil die unmittelbaren Schwierigkeiten des täglichen Lebens und die Bemühungen, sie zu meistern, alle anderen Interessen als sekundär erscheinen lassen. Aus dieser Lähmung der kulturpolitischen Initiative und der mangelnden Erkenntnis der Wichtigkeit kulturpolitischer Entscheidungen heraus werden die Organisationen verständlicherweise Vorteile erarbeiten können, die klar erkennen, daß die Beherrschung der Erziehungseinrichtungen, auf die Dauer gesehen, jede

(Marr [SPD])

entgegengesetzte Organisation oder Einrichtung entscheidend schwächen kann. Der Oberbürgermeister von München-Gladbach, Herr Dr. h. c. Elßges, ein sehr kluger und gläubiger katholischer Mann, der den früheren christlichen Gewerkschaftlern nicht unbekannt sein dürfte, hat das 1945 mit dem Satz ausgedrückt: „Das, was heute in den Schulen erzogen wird, bestimmt in 20 bis 30 Jahren die Politik des Staates.“

(Donsberger: Das wissen wir.)

— Ich freue mich über Ihr Eingeständnis. Daß das nur begrenzt richtig ist und die Erkenntnis, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse und die sich daraus ergebenden Interessenkonflikte in Verbindung mit dem Gedankengut des wirklichen Humanismus und des wissenschaftlichen Sozialismus manche Möglichkeit einer Korrektur offen lassen, ist durch die Erfolge und Erfahrungen der Vergangenheit bestätigt und wird auch Ihrer Aufmerksamkeit nicht entgangen sein. Dem aufmerksamen Beobachter wird ebensowenig verschlossen geblieben sein, daß aus diesem Grunde der Wirkungsbereich der erzieherischen Maßnahmen und Einflußnahmen über den Kreis der unmittelbaren Erfassung durch die Schule ausgedehnt wird und daß manche Bemühungen, namentlich katholischer Stellen, bemerkenswerte Überschneidungen hinsichtlich der Überparteilichkeit der Kirche offenbart haben.

Wenn z. B. der Herr Stadtpfarrer Dr. Muhler in seiner Broschüre „Der Christ in der Zeitenwende“ schreibt:

Eine andere Frage ist es, ob das Zentrum bzw. die Bayerische Volkspartei vor 1933 in diesem Sinne gearbeitet haben. Im großen ganzen glaube ich, daß auch diese Frage bejaht werden muß, trotz aller Fehler, die gemacht wurden. Wir müssen eben nur dafür sorgen, daß diese Fehler in der Zukunft vermieden werden. Das geschieht aber nicht dadurch, daß wir uns zurückhalten, sondern gerade die Besten und Fähigsten aus uns sollten ihre Kraft in den Dienst der Politik stellen.

(Sehr richtig!)

— Sie rufen „Sehr richtig!“, Herr Kollege Krempf. Nun sollten Sie aber auch wissen, daß der Stadtpfarrer Muhler in seiner Eigenschaft als solcher zu einer gewissen Überparteilichkeit verpflichtet ist, und wenn er seine politische Gesinnung offenbart, was ich ihm durchaus nicht nehmen will, dann soll er sie nicht unter seiner Amtstätigkeit als Stadtpfarrer veröffentlichen, sondern als Politiker der Christlich-Sozialen Union.

Wenn Sie aber noch weitere Bestätigungen haben wollen, dann möchte ich Ihnen noch folgendes sagen, was der Herr Erzbischof Gröber kürzlich erklärt hat: „Wenn die Christlich-Soziale Partei“ — in dem Bereich, wo er amtiert — „noch nicht gegründet wäre, dann würde ich sie jetzt gründen.“ Das ist die gleiche Bestätigung; daß hier gewisse Grenzen der Überparteilichkeit überschritten werden. Damit will ich mich aber nicht ausführlich beschäftigen, obwohl es notwendig wäre, einmal von dieser Stelle aus mit aller Deutlichkeit über diese Frage zu sprechen. Aber was nicht ist, kann noch kommen, das heißt, es wird kommen, und ich glaube, daß das ein Tag sein wird, der in mehr als einer Hinsicht mit gewissen Irrtümern aufzuräumen wird. Sie dürften dieser Auseinandersetzung

mit gemischten Gefühlen entgegensehen. Glauben Sie nicht — meine Damen und Herren, ich sage das in voller Sachlichkeit und Ruhe —, daß wir einen Kampf auf kulturpolitischem Gebiet fürchten. Es wäre ein grundlegender Irrtum Ihrerseits, das anzunehmen.

(Raifer: Nicht bange machen!)

— Ganz recht: Nicht bange machen! Ich glaube, Sie fürchten ihn auch nicht. Ich habe Ihnen eben vorhin das Eingeständnis gemacht, daß die Gegenkräfte, die Sie zu fürchten haben, zunächst nicht sehr stark seien. Dazu möchte ich abschließend folgendes sagen: Sie sollten auch wissen, d. h. zum mindesten die Einsichtigen unter Ihnen, daß die vorhandenen Gegenkräfte zwar gering, aber entschlossene Gegner sind, die um den Wert ihrer eigenen Prinzipien und ihrer eigenen Weltanschauung wissen und dafür kämpfen werden.

Wie sieht nun die Schulpolitik des Ministeriums aus? Der Erkenntnis, daß ein nicht unwesentlicher Bestandteil der Gesinnung unseres Volkes und die Aufnahmebereitschaft unserer Jugend für die Idee des Nationalsozialismus als Folgeerscheinung der Schulpolitik zu betrachten ist, kann man sich nicht verschließen. Daraus resultiert die zwingende Verpflichtung, das deutsche Schulwesen einer Reform zu unterziehen, die nicht etwa die Wiederherstellung der von den Nationalsozialisten beseitigten Schulen zum Ziel hat, sondern erzieherische Einrichtungen aufbaut, die es sicherstellen, daß mit größerer Wahrscheinlichkeit als vor 1933 und auch vor 1914 die Produkte dieser Erziehung nicht gleichzeitig auch ihre Opfer werden, das heißt, daß Menschen erzogen werden, die mit genügendem Selbstvertrauen in der menschlichen Gesellschaft ihren Willen auf das Gute und Wahre richten, die aus Verpflichtung Gerechtigkeit üben, die Interessenkonflikte nicht nach dem Grad ihrer Neigung oder nach dem Gewicht des ihnen als Belohnung oder Strafe in Aussicht Gestellten entscheiden, ob sie so oder so handeln, sondern aus einer ethischen Verpflichtung heraus handeln.

Diesem pädagogischen Ideal muß die Erziehung gewidmet sein und sie soll mit realistischer Abschätzung sich der Mittel bedienen, die geeignet sind, dieses Ideal zu verwirklichen. Daß die bisherige Erziehung der Menschen nicht ausreichend war, hat uns die Katastrophe dieser Zeit genügend bewiesen, und alle, die an dieser Erziehung teilhatten, sind mitschuldig in irgendeiner Weise.

Die erste Fuldaer Bischofskonferenz nach Kriegsende, die vom 21. bis 27. August 1945 tagte, behandelte als ersten Punkt der Tagesordnung die Schulfrage. Im Bericht darüber lesen wir:

Die Konferenz spricht sich für die Wiederherstellung der von den Nationalsozialisten beseitigten Schulen aus, die vom Staat subventioniert werden sollen, und fordert die Übergabe der Kontrolle der Schulbücher für katholische Schulen an die Kirche. Sie bezeichnet den Neudruck von Schulbüchern auf religiöser Grundlage, die Ausbildung katholischer Lehrkräfte und die Schaffung katholischer Jugendorganisationen als dringende Tagesaufgaben.

Meine Damen und Herren! Damit wird also zugegeben, daß die vor 1933 vorhandene Schule eine Konfessionsschule war.

(Zuruf von der CSU: In Bayern, ja!)

— Nicht nur in Bayern, auch im Rheinland, und die

(Marr [SPD])

Erfahrung hat uns zum mindesten nicht gelehrt, daß sie sich als starker Damm erwiesen hat, die deutsche Jugend vor dem Nationalsozialismus zu bewahren.

(Zurufe von der CSU.)

Sie glauben nun, durch eine gewisse Modifizierung in der Systematik der Erziehung, Herr Kollege Meigner, über die auch von Ihnen klar erkannte Schwäche hinweghelfen zu können, wenigstens glauben das Ihre einsichtigen Schulmänner. Abgesehen davon, daß Ihre Bereitschaft zu Reformen in keiner Weise den Notwendigkeiten der Gegenwart entspricht und sie beachtet, ist es ein vergebliches Unterfangen, von einer Erziehung, die den Geist der Schule nicht verändert, eine grundlegende Umerziehung des deutschen Volkes zu erwarten. Wenn Sie nicht den tiefen Sinn der Lehre des alten chinesischen Philosophen Konfuzius erfaßt haben, der sagt: „Wer nicht fragt: Wie kann ich das machen?, wie kann ich das machen?, mit dem kann ich nichts machen“, dann müssen Sie den Mut haben, Herr Kollege Meigner, auch die geistige Grundlage dieser Erziehung zu überprüfen, unvoreingenommen, und nicht Ihr Verhalten gegenüber einem offensichtlichen Unglück so einrichten, wie es der Erzbischof von Köln getan hat. In einem Hirtenbrief des Kölner Erzbischofs heißt es:

Sicher wäre es idealer, wenn die Teilung in verschiedene nach Bekenntnissen getrennte Schulen nicht notwendig wäre,

— das wäre sicher ideal —

aber die Spaltung in mehrere christliche Bekenntnisse ist nun einmal das Schicksal des deutschen Volkes. Solange nicht Gott eine besondere Gnade gewährt, diesen Spalt zu überwinden und die getrennten Brüder mit uns im Glauben wieder zu vereinen, muß dieses Schicksal getragen werden.

Diese Haltung, die, wenn Sie es einigermaßen ernsthaft überlegen, von einer gewissen Brutalität nicht fern ist, entspricht ganz dem für den Bischof gültigen Gesetz, nämlich dem Codex juris canonici, das für ihn und auch für unseren Kultusminister durchaus rechtsverbindlich ist. Die Bestätigung dafür gibt uns Dr. Weismantel in dem Aufsatz, den er im „Münchener Mittag“ am 11. Juni 1947 veröffentlicht hat. Dr. Weismantel sagt:

Dr. Dr. Hundhammer als Kultusminister ist keineswegs sachkundiger und keineswegs verantwortungsfähiger als die letzten Vorläufer Matt und Goldenberger vor 1933, d. h. er ist Funktionär seiner Partei. Angesichts des Kultusministeriums hielt man in den Kreisen der Bayerischen Volkspartei schon immer jeden ihrer Funktionäre für befähigt, das Kultusministerium zu führen. Er hatte ja nur die Belange der Partei, in der auch die Belange der Kirche verankert sind, zu vertreten, und was das sei, würde man ihm jeweils schon sagen.

Meine Damen und Herren! Die praktische Arbeit des Herrn Kultusministers, für die sich der Herr Kollege Dr. Stang so warm eingesetzt hat, entspricht annähernd dem Urteil von Dr. Weismantel. Ich will dafür einige Beispiele nennen. Vielleicht hat dann der Kollege Meigner die Gelegenheit, wieder mit einem Witz, wie dem von dem kreißenden Berg, aus dem eine Maus herauskommt, zu antworten.

In Regensburg wurde der Regierungsschulrat Dr. Eugen Koller durch die Volksschulabteilung abgesetzt. Koller habe sich gegen seinen Vorgesetzten, Regierungspräsidenten Wein, verfehlt. Ich bitte den Herrn Kultusminister gleich zu widersprechen, wenn das, was ich hier sage, nicht richtig ist.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Wird hernach geschehen!)

Koller habe energische Vorhaltungen wegen Nichtausführung und Verschleppung von Verfügungen des Staatsministeriums gemacht. Koller hat nichts weiter getan, als einen Auftrag des Staatsministers Dr. Fendt ausgeführt. Weiter: Koller lasse seinen Sohn nicht in den Religionsunterricht gehen. — Wenn Koller das nicht tut, ist das sein gutes durch die Verfassung geschütztes Recht. Stimmt der Herr Kultusminister damit überein? Ich würde mich freuen, wenn Sie mir diese Antwort sofort geben würden.

(Staatsminister Dr. Hundhammer: Ihre Mitteilungen sind unzutreffend. Ich werde das in meinem Schlußwort ausführen!)

An die Stelle des Herrn Dr. Eugen Koller trat Regierungsschulrat Wagner. Das ist ein interessanter Fall. Ich möchte den Herrn Kultusminister fragen, ob ihm bekannt ist, daß am 26. September 1947 in Burglengensfeld eine Spruchkammerverhandlung stattgefunden hat gegen einen dortigen Mühlenbesitzer. Der betroffene Mühlenbesitzer wurde entlastet und kam in Gruppe V. Er erzählte in der Verhandlung ausführlich, daß er wegen Zerfetzung der Wehrmacht bestraft wurde, weil er nach Hause schrieb, daß sein Offizier dauernd Wehrmachts- und Zivilisten gut staht. Die Spruchkammer stellte den Namen des Offiziers ausdrücklich fest. Er lautet: Josef Wagner, Regierungsschulrat in Regensburg. Der betroffene Mühlenbesitzer hatte Zeugen zu seiner Entlastung; fünf seiner Zeugen waren Frontkameraden und beschworen, daß Wagner stiehlt und gestohlen hat, daß Hausdurchsuchung bei ihm war und daß er schließlich im Dezember 1941 wegen Wehrunwürdigkeit aus der Wehrmacht ausgestoßen wurde. Die Hintergründe dieser Entlassung sind in der alten Regensburger Lehrerschaft seit Dezember 1941 bekannt. Angestellte der Regierung erinnern sich an den Wortlaut der Entlassung von 1941. Die Angestellten des Bezirksschulrats erzählen sich diese Geschichte, und die Spruchkammerverhandlung in Burglengensfeld ist bereits überall bekannt. Jeder alte Regensburger Lehrer und erstaunlich viele andere Lehrer wissen Bescheid über Burglengensfeld. Ich stelle ausdrücklich fest, daß dies eine Anfrage an den Herrn Kultusminister ist.

(Krempf: Den Burglengensfeldern stehen noch heute die Haare zu Berge, daß ein alter Nazi auf diese Weise entlastet wurde!)

— Sie haben Gelegenheit, das der Spruchkammer, auch dem Sonderministerium mitzuteilen; einer Ihrer Parteifreunde ist ja Sonderminister.

Ein zweiter Fall: Regierungsschulrat Christian Arnold in Regensburg wird abgesetzt. Es würde mich interessieren — ich will noch gar nichts behaupten —, eine klare Stellungnahme, und zwar mit aller Eindeutigkeit über die Gründe und Ursachen der Entlassung, vom Herrn Kultusminister zu hören.

Ein weiterer Fall: Ist dem Herrn Kultusminister bekannt, daß der Regierungsschulrat Lehner in Regensburg eine amtliche Lehrerversammlung benützt hat,

(Marr [SPD])

um in ihr die Prophezeiungen der Nonne Katharina von Emmerich als Geschichte zu verkünden? Er sagte etwa folgendes:

Bis zum Jahre 2000 kommt noch ein dritter Weltkrieg. Gott wird Luzifer noch einmal loslassen. Da wird die ganze Welt zerstört werden. Aus den Trümmern wird sich die Kirche siegreich erheben.

Die Zeitschrift „Nation“ brachte darüber einen ausführlichen Protestbericht.

Meine Damen und Herren! Die Militärregierung hat in genauer Kenntnis der Zusammenhänge zwischen unseren Erziehungsrichtungen und der Stimmung der Jugend an die zuständigen deutschen Stellen die Aufforderung gerichtet, zum 1. Juni 1947 einen Erziehungsplan auszuarbeiten. Das bayerische Kultusministerium hat diesen Erziehungsplan eingereicht, und die Militärregierung hat ihn abgelehnt. Es ist sicherlich interessant, daß die Öffentlichkeit von diesem „Erziehungsplan auf weite Sicht“ überrascht wurde und wie sie darauf reagierte. Zunächst wurde dieser Plan in aller Stille vorbereitet und fertiggestellt. Jedenfalls hatte die Öffentlichkeit vor der Veröffentlichung keine Gelegenheit, sich mit seinem Inhalt zu beschäftigen. Wie stark die Beteiligung der zuständigen Referenten des Kultusministeriums an der Ausarbeitung, nicht etwa an der Sanktionierung des fertigen Plans war, würde wahrscheinlich auch den Landtag interessieren. Wie reagierte aber die Öffentlichkeit? Daß wir diesen Plan abgelehnt haben, geht allein schon aus der Tatsache hervor, daß wir einen eigenen Plan ausarbeiteten und auch dem Landtag vorlegten, der später ja darüber entscheiden wird. Ich möchte aber der Fülle der Kritik nicht vorgreifen, ganz abgesehen von einigen weltanschaulichen Meinungsverschiedenheiten. Ich komme hier wieder auf den Aufsatz von Herrn Dr. Weismantel. Herr Dr. Weismantel sagt ungefähr folgendes:

Diese uns geradezu katastrophal erscheinende Argumentierung des Kultusministers in Bezug auf diesen Erziehungsplan, die wir oben zitiert haben, ist von ihm eingeleitet durch die Behauptung, die wir unbedingt glauben, daß die fast einstimmige Antwort aller Sachkundigen und Verantwortlichen so, also zustimmend, laute.

Wie ist nun diese von allen Beteiligten und Sachverständigen geäußerte Ansicht? Ein organisatorischer Umbau des bayerischen Bildungswesens in der Art und dem Ausmaß, wie er im Punkt 3 der OMGUS-Richtlinien nahegelegt wird, wird im gegenwärtigen Zeitpunkt, wenn überhaupt durchführbar, ein sehr gewagtes Unternehmen; er würde zweifellos eine weitere Verschlechterung unseres durch den Nationalsozialismus und den Krieg schon schwer geschädigten Schulwesens statt des drängenden Wiederaufbaus zur Folge haben.

Worin liegt aber die katastrophale Haltung des Kultusministers und des Erziehungsplans? Sie liegt in dem Mangel an Bereitschaft, auch nur die Grundlagen eines Schulsystems, seiner Form und seinem Inhalt nach, aufzugreifen, das in mehr als einer Hinsicht versagt hat, beispielsweise versagt hat in der Forderung auf Berücksichtigung eines Schulsystems, von dem die amerikanische Erziehungskommission in ihrem Bericht an die Militärregierung folgendes sagte:

Schon im Alter von zehn Jahren oder früher sieht sich das Kind eingruppiert oder klassifiziert durch Faktoren, auf die es keinen Einfluß hat, wobei diese Einstufung fast unvermeidlich seine Stellung für das Leben bestimmt. Dieses System hat bei der kleinen Gruppe eine überlegene Haltung und bei der Mehrzahl der Deutschen ein Minderwertigkeitsgefühl entwickelt, das jene Untermüßigkeit und jenen Mangel an Selbstbestimmung möglich machte, aus denen das autoritäre Führerprinzip gedieh.

Um nun den Gedanken und Vorschlägen der amerikanischen Militärregierung doch etwas gerecht zu werden oder ihnen zu entsprechen, hat das Kultusministerium gewisse Versuche unternommen und die sogenannten Versuchsschulen eingerichtet, acht an der Zahl. Ich möchte nun an den Herrn Kultusminister die Frage richten, was mit diesen Versuchsschulen eigentlich erreicht werden soll. Wenn erreicht werden soll, daß unter besonders ungünstigen Verhältnissen auch ungünstige Ergebnisse erzielt werden sollen, dann ist der Versuch jedenfalls hundertprozentig gelungen. Die Vorbildung zu einem unvorengenommenen Versuch war nämlich gar nicht gegeben. Die Versuchsschulen wurden im September dieses Jahres eingerichtet; im Juni dieses Jahres, also vorher, hatte der große Teil der begabten Schüler bereits die Aufnahmeprüfung für die höhere Schule gemacht, so daß der Englisch- oder Lateinlehrer eine von den Begabungen schon ausgelagte Klasse vorgefunden hatte. Es war verständlicherweise von vornherein ausgeschlossen, mit dieser das Gleiche zu erreichen wie die höhere Schule. Außerdem haben die Vertreter einer wirklichen Reform nie den Gedanken gehabt, daß der Unterricht in der fünften und sechsten Klasse der Volksschule den Zweck haben sollte, die Aufnahme in die dritte Klasse der höheren Schule zu ermöglichen. Sie wollten ja auch diese höhere Schule einer bestimmten Reform unterziehen und so das ganze Schulwesen zu einem ganzen organischen System umgestalten. Das ist etwas ganz anderes als das, was hier geschehen ist. So verfährt ungefähr ein Maler, der die Glieder einer Figur vergrößern will, den Kopf aber nicht mit einbezieht. Bei dieser Art von Arbeit kann nur eine Mißgeburt herauskommen. Auch die Auswahl der Sprachenlehrer wurde nicht unter dem Gesichtspunkt vorgenommen, der maßgebend hätte sein müssen. Es wurde dem Ministerium vorgeschlagen, einen Lehrer in die Versuchsschule einzustellen, der einer Reform positiv gegenübersteht, nicht einen schon innerlich widerstrebenden Lehrer. Aber dieser Vorschlag wurde nicht beachtet. Soviel bekannt wurde, hat der Ministerialbevollmächtigte, der das höhere Schulwesen im Bezirk übermacht, oder ein Schulvorstand die Englisch-Lehrer vorgeschlagen, aus Leuten, die in der Mehrzahl kein Interesse an einem neuen Versuch hatten, eher ein Interesse, daß ein solcher Versuch fehlschlägt. Da kann es nicht wundernehmen, daß der gegenwärtige Ministerialvertreter für das Volksschulwesen bekanntgeben konnte, von den Schülern der Versuchsklasse hätten etwa fünf bis sieben das gesteckte Ziel erreichen können, und daß nach etwa 2½ Monaten bereits der Versuch als gescheitert zu betrachten sei. Jeder von Ihnen sieht doch wohl ganz klar, daß auf diese Art und Weise Versuche nicht angestellt werden sollten, daß der Wille, etwas wirklich Neues unvorengenommen auszuprobieren, gar nicht vorhanden war. Dürfen Sie sich dann wundern, Herr Dr. Stang, daß angesichts so unzulänglicher

(Marx [SPD])

Versuche und Maßnahmen die betreffenden verantwortlichen Stellen der Presse nicht in derjenigen Art und Weise auf das Kultusministerium reagieren, wie das vielfach gewünscht wird? Weder die Militärregierung noch die Kreise, die an einer wirklichen Schulreform interessiert sind, werden sich durch diesen Versuch überlisten lassen.

Diese Grundeinstellung ändert sich dadurch nicht, daß Sie nur einige Kleinigkeiten verändern wollen, so z. B. bei der ländlichen Berufsschule, die im Winter als ganztägige Schule geführt wird, im Sommer aber ausfallen soll. Übrigens: Was wollen Sie dann mit den hauptamtlich angestellten Lehrkräften dieser landwirtschaftlichen Berufsschulen im Sommer machen?

(Zuruf: Landarbeiten! —

Staatsminister Dr. Hundhammer: Haben Sie schon einmal etwas gehört von der landwirtschaftlichen Fachberatung, die im Frühjahr, Sommer und Herbst durchgeführt wird?)

— Ich danke für die Auskunft! Ich bin sachlich genug, sie als objektiv und erschöpfend anzusehen.

Was hat sich denn bei dem alten Schultyp so wunderbar bewährt, daß sie selbst unter ganz anderen Verhältnissen als ein kostbares Rühr-mich-nicht-an betrachtet werden soll? Haben die Konfessionschulen in Bayern den Damm gegen den Nationalsozialismus gebildet, die doch nach dem Herrn Kollegen Meigner überall in Bayern die Regel sind?

(Zuruf: Ja; sehen Sie die Statistik an!)

— Sie können doch wohl nicht ernsthaft bestreiten, daß der entscheidende Teil der deutschen Jugend dem Nationalsozialismus trotz ihrer Erziehung in der Konfessionschule erlegen ist!

(Zuruf.)

— Das widerspricht der gesamten Haltung der deutschen Jugend, die wir durchaus nicht als eine Charakterlosigkeit bezeichnen wollen. Das war gegeben in den damaligen Verhältnissen. Aber wenn Sie objektiv und sachlich genug sind, und wenn Sie ernsthaft künftig ähnliche Erscheinungen verhindern wollen, dann rate ich Ihnen, objektiv und nicht mit einer bestimmten Voreingenommenheit diese Sache zu prüfen. Dann müssen Sie zugeben, daß Ihre Schulen nicht der Damm gewesen sind.

(Zurufe.)

Ein Abgeordneter, der dem früheren Landtag vor 1933 angehört hatte, und der zufällig bei der gestrigen Rede hier anwesend war, erklärte, es sei erschütternd gewesen, mit anzuhören, daß die gleichen Dinge mit den gleichen Gründen wie vor 1933 vorgetragen wurden, gerade wie wenn wirklich kein zweiter Weltkrieg, keine Hitler Tyrannie, keine einzigartige Völkerwanderung vorgekommen wäre. Ich hatte Gelegenheit, eine Rede nachzulesen, die der Kollege Dr. Stang 1920 hier im Bayerischen Landtag mit angehört hat. Es war die Rede von Dr. Karl Gareis zum bayerischen Kultusetat von 1920. Meine Damen und Herren, die gleichen Fragen und die gleichen Argumente, die gestern und heute in diesem Parlament vorgetragen worden sind, waren damals im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses, und nach den gleichen Gesichtspunkten ist damals im Bayerischen Landtag die Kulturpolitik entschieden worden, wie sie auch heute wieder entschieden wird.

(Dr. Stang: In der Geschichte wiederholt sich alles!)

Der Plan des Kultusministeriums, der unter dem Namen Erziehungsplan auf lange Sicht vorgelegt wurde, wurde von der Militärregierung abgelehnt.

Ein weiteres Beispiel für die Kulturpolitik des Kultusministeriums! Anlässlich des Rothenburger pädagogischen Kongresses wurde durch den teilnehmenden Oberstudienrat Dr. Kiener von Cham (Niederbayern-Oberpfalz) ein Gutachten zur Schulreform beim bayerischen Kultusministerium eingebracht. In diesem Gutachten, das eine besondere Note durch gewisse Maßnahmen erhält, heißt es:

Zwei Feststellungen dürfen wohl —

— der Rothenburger Kongreß war bekanntlich durch Kreise Ihrer Partei angebahnt worden —

jetzt mit einiger Sicherheit ohne Bezug auf das Wie der Schulreform gemacht werden: Erstens: Die dringlichste Forderung ist die sogenannte differenzierte Einheitschule. Sie bedeutet nicht Reform, sondern Umsturz.

Weiter heißt es in diesem Gutachten:

Erste und vordringlichste Aufgabe der Schulorgane ist somit die Ausgießung des heiligen Geistes und die unzweideutige und rückhaltlose Einweisung aller Lehrer in ihre hohe Aufgabe und deren unbedingte Verpflichtung auf das eine und einzige Erziehungsziel.

— Nun, es ist dem Oberstudienrat das Recht nicht abzustreiten, zu einem gewissen Schulreformplan auch seine Meinung zu sagen; das spielt hier auch keine Rolle. Ich möchte bloß an den Herrn Kultusminister die Frage richten, ob Oberstudienrat Kiener von ihm zum Oberstudiendirektor vorgeesehen ist und seit wann.

Und nun noch etwas zur allgemeinen Kulturpolitik! In der Debatte hat das Zitat von August Bebel gestern bei einer Kontroverse hier zwischen Kollegen Pittroff und Dr. Stang eine gewisse Rolle gespielt. Auch der Abgeordnete Meigner hat zu dieser Frage gesprochen und gleichzeitig eine eindeutige Stellungnahme der Sozialdemokratischen Partei zum historischen Materialismus gewünscht. Diese Stellungnahme, Herr Kollege Meigner, liegt vor. Sie kommt in einem Zitat von Kurt Schumacher zum Ausdruck. Ich bringe dieses Zitat nicht deshalb, weil wir in Dr. Schumacher den alleinigen Interpreten unserer Weltanschauung oder unserer politischen Anschauung sehen, sondern weil es treffend das wiedergibt, was allgemein anerkanntes Gedankengut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands ist. Genosse Schumacher sagt folgendes:

Ob aus dem Gedankengut des historischen Materialismus, ob aus einer ethischen Grundhaltung oder aus dem Geist der Bergpredigt, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird alle in sich aufnehmen und in der Lage sein, sie aufzunehmen, weil für alle das tragende Prinzip der Entscheidung ein ethisches und sittliches ist, nämlich die Verwirklichung der Gerechtigkeit in der menschlichen Gesellschaft.

Herr Kollege Meigner, Sie sollten sachlich genug sein, zuzugeben, daß selbst die Begründer dieses historischen Materialismus, mag er nun, philosophisch gesehen, falsch oder richtig sein, durch ihr praktisches Leben ihre hohe Ethik und Sittlichkeit unter Beweis gestellt haben. Das Zitat von Bebel aber, das aus einer propagandistischen Verzerrung heraus mißbraucht wird, zeigt

(Marr [SPD])

den Weg zur Verwirklichung an und hat keineswegs irgendeine Beziehung zur Ablehnung des Christentums. (Dr. Stang: Das ist keine Verzerrung, sondern Tatsache.)

— Ich werde Ihnen klarmachen, warum es eine Verzerrung ist. Im übrigen sollten Sie das auch wissen, Herr Dr. Stang; denn ich darf annehmen, daß Sie, weil Sie schon so lange politisch tätig sind, auch den Briefwechsel zwischen August Bebel und dem katholischen Theologen Dr. Hohoff gelesen haben, und zwar aufmerksam gelesen haben. Ich möchte Ihnen deutlich machen, was August Bebel darunter verstanden hat, und ich sehe nicht ein, warum wir diese Äußerung August Bebels hier entschuldigen sollen; denn die propagandistische Verzerrung hebt keineswegs die Berechtigung dieses Satzes auf. Sie werden das einsehen, Herr Kollege Stang, und ich will es an einem Beispiel klarmachen, worin der Unterschied besteht. Auf einem katholischen Jugendtreffen vor 1933 sagte der Franziskanermönch Desiderius Breitenstein in Bezug auf die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse: „Wir stehen vor den Toren einer verschlossenen Welt und flehen unseren Schöpfer um Hilfe an.“ Dies ist das eine Beispiel und ich werde Ihnen nachher noch erklären, warum ich das sage. Das zweite Beispiel: In einer Auseinandersetzung der jungsozialistischen Gruppe Bonn im Jahre 1926 mit dem katholischen Studentenbund in Bonn wurde zum Abschluß der Diskussion durch den Vorsitzenden der dortigen katholischen Studentengruppe erklärt: „Wenn mir die Dogmen meiner Kirche nicht mehr zur Seite stehen, bin ich haltlos und weiß nicht, ob ich nicht zum Verbrecher würde.“ — Verstehen Sie, Herr Dr. Stang, was ich damit sagen will? Hierin liegt der entscheidende Unterschied, den auch Bebel gemeint hat. Wir als Sozialisten unterschätzen nicht die Kräfte der Zerstörung, die im menschlichen Leben wirksam sind. Wir unterschätzen auch nicht die menschlichen Schwächen und die Neigungen dazu; wir sind jedoch ebenso von dem Worte Schillers tief überzeugt:

Wenn es möglich ist, Millionen von Menschen für den Wahnsinn einzusetzen, dann muß es ebenso möglich sein, Millionen von Menschen für die Vernunft und die Gerechtigkeit einzusetzen.

In diesem Selbstvertrauen auf menschliche Willenskraft und Entschlossenheit und auf die menschliche Vernunft liegt der entscheidende Unterschied. Es gibt keinen Sozialisten, und das wollen Sie sich ein für allemal gesagt sein lassen, der nicht das Recht der Menschen auf die Befriedigung ihrer religiösen Bedürfnisse und Gefühle und das Recht, sich zur Befriedigung dieser Gefühle Einrichtungen zu schaffen, anerkennen würde.

(Donsberger: Früher hat man geschrieben: Pfaffenknechte!)

— Ich will Ihnen erklären, woher das gekommen ist, Herr Kollege Donsberger. Was wir bekämpfen, ist, daß man auf diesen schönsten und besten Gefühlen der Menschen ein politisches System aufbaut. Aus dieser Überschneidung der schönsten und besten Gefühle der Menschen, deren Berechtigung wir anerkennen und von denen wir selbst erfüllt sind, entstand der Gegensatz zur Kirche. Wenn Sie Beispiele dafür haben wollen, wo diese Überschneidung in einem wirklich katastrophalen Ausmaß vorgekommen ist, möchte ich hierfür gleichfalls ein Zitat zum besten geben. Ich erkenne aber

ausdrücklich an, daß ich von Ihrem sittlichen Wollen und von Ihrer Ethik, zu helfen aufs tiefste überzeugt bin. Wenn Herr Erzbischof Gröber 1933 in einer öffentlichen Rede in Karlsruhe erklärte: „Ich brauche kein Geheimnis zu verraten, wenn ich erkläre, daß ich mich rückhaltlos hinter die Regierung unseres Führers Adolf Hitler stelle“, so ist das eine Überschneidung, die man nicht anerkennen sollte.

(Dr. Stang: Ist das ein wörtliches Zitat?)

— Jawohl, es ist ein wörtliches Zitat.

(Dr. Stang: Ich glaube es nicht ganz.)

Sie können es nachprüfen und haben Gelegenheit, es zu widerrufen. Ich bin sachlich und objektiv genug, eine solche Richtigstellung vorzunehmen, wenn mir die Unrichtigkeit nachgewiesen wird. Aber ich könnte noch mehrere solche Beweise bringen, Herr Kollege Stang, ich halte dies jedoch nicht für notwendig; denn ich bin überzeugt, daß die Zugehörigkeit eines Herrn von Papen oder sogar eines Hitler zur katholischen Kirche noch nicht besagt, daß diese Menschen Katholiken gewesen sind.

(Zurufe von der CSU: Aber gehen Sie doch zu!)

— Ich meine dies völlig ernst.

(Weitere Zurufe von der CSU. — Heiterkeit.)

Sie brauchen deshalb nicht zu lachen. Ich will diese Einrichtungen nicht mit diesen Menschen gleichsetzen.

(Dr. Hundhammer: Hitler als Zugehörigen zur katholischen Kirche zu bezeichnen, geht doch etwas zu weit!)

— Ich würde mich freuen, wenn Sie mir das widerlegen würden.

(Zuruf von der CSU: Das ist eine Tatsache!)

— Das ist eine Tatsache, natürlich!

(Dr. Hundhammer: Hitler hat innerlich nie zur katholischen Kirche gehört.)

Das ist das andere.

(Lebhafte Zurufe von der CSU. — Große Unruhe. — Glocke.)

Ich will damit nicht sagen, daß diese Einrichtung damit gleichgestellt werden sollte; aber Sie wollen von mir wissen, woher dieser Gegensatz entstanden ist, und ich versuche, es Ihnen zu erklären. Aus keinem anderen Grunde geschieht dies.

(Große Unruhe und verschiedene Zurufe.)

Ich könnte noch mehr solche Beispiele anführen und will auf die Gründe, warum das Reichskonkordat abgeschlossen worden ist, gar nicht zu sprechen kommen. Auch das ist eine moralische Katastrophe.

(Donsberger: Hintennach ist leichter zu sprechen als vorher.)

— Das ist richtig, Herr Kollege Donsberger; aber wenn man hintennach dazu spricht, soll man einen einmal gemachten Fehler anerkennen und zugeben und ihn nicht mit Gründen rechtfertigen, die wir nicht anerkennen können. Darauf kommt es nämlich an, auch in Bezug auf das Reichskonkordat.

Dieses Selbstvertrauen in menschliche Kraft und Entschlossenheit bedeutet keineswegs die Aufgabe eines Glaubens, es sei denn, daß menschliche Vernunft und menschlicher Wille nicht ausreichen, eine Welt, von Menschen beherrscht und geleitet, auch von Menschen zu ändern. Es gibt keinen Sozialisten, der nicht ausdrücklich das Recht der Religion anerkennt. Wenn Kollege Meißner in diesem Zusammenhang gesagt hat, daß Religion ohne Konfession Konfusion ist, dann

(Marr [SPD])

möchte ich ihm mit dem Zitat eines unserer größten Klassiker antworten, nämlich mit Goethe.

(Zuruf rechts: Das ist für uns kein Zeuge.)

— Das glaube ich schon; aber für uns. Wir befinden uns bei Goethe in der besten Gesellschaft. Er sagt: Warum ich mich zu keiner Religion bekenne? — Aus Religion.

(Meizner: Der hat auch ein anderes Zitat gebraucht, nämlich: Wer Wissenschaft und Kunst besitzt, hat auch Religion; wer diese beiden nicht besitzt, der habe Religion! Das ist auch ein Zitat von Goethe.)

Dieses Zitat bestätigt ja nur das, was ich sage, Herr Kollege Meizner, nämlich daß eine solche Religion nicht im Innersten Ihres religiösen Denkens steht. Ich möchte auch Ihre Bemerkung, die aus Ihrem katholischen Glauben verständlich ist, daß wir uns mit einer solchen Stellungnahme am Rande der Religion befänden, zurückweisen.

(Krempf: Sie begreifen das Wesen der Religion und Konfession nicht.)

— Ich würde Ihnen, Herr Krempf, raten und wünschen, daß Sie mit derselben Gründlichkeit und Begeisterung von dem gleichen ethischen Willen, den ich Ihnen nicht absprechen möchte, das Gedankengut unserer Weltanschauung untersuchen möchten, wie ich das Ihre untersucht habe, und ich möchte Ihnen empfehlen, mit derselben Aufgeschlossenheit diese Prinzipien und Probleme zu diskutieren, wie das in unseren Reihen geschieht. Das geschieht bei Ihnen nicht. Dafür ein Beweis! In Burgau sprach zur Jugend ein Dominikanermönch. Wir wissen, daß die Dominikaner besonders aufgelockert gegenüber fortschrittlichen Dingen sind. Er sprach vor der Burgauer Jugend, und der katholische Priester Ihrer Kirche in Burgau hat durch besondere Handzettel dazu aufgefordert, an dieser Veranstaltung nicht teilzunehmen.

(Hört, hört! links.)

So etwas geschieht bei uns nicht. Wir sind gegenüber diesen Problemen aufgeschlossen und werden aufgeschlossen bleiben, und das ist die Stärke unserer Weltanschauung.

Ich möchte nun noch einige Bemerkungen zu der Haltung unseres Kultusministers gegenüber Rundfunk und Presse machen. Wir haben sicherlich manchen Anlaß, über die Presse zu klagen. Die Tatsache jedoch, daß alle politischen Parteien, ganz gleich welche, mit der Presse nicht ganz zufrieden sind, sollte doch eigentlich eine Bestätigung dafür sein, daß sie keiner Partei dient. Ich finde, daß es einmal hohe Zeit ist, deshalb unsere Kritik an der Presse einzustellen.

(Zuruf.)

Herr Kollege Kurz, ich habe auch keinen Anlaß, die Presse von meiner Partei aus zu loben. Wenn Sie die Presse lesen, können Sie das ohne weiteres bestätigt finden. Aber wir sollten den besonderen Gesichtspunkten, nach denen die Presse jetzt arbeitet, auch ein gewisses Maß von Verständnis entgegenbringen. Das bedeutet nicht ihre Anerkennung. Wir können uns wohl über das Niveau der Presse unterhalten, aber ich glaube, daß bezüglich ihrer Überparteilichkeit eine berechtigte Kritik nicht am Platze ist.

(Oho! bei der CSU.)

Sie können wohl substantiell, in Bezug auf die Qualität gewisser Äußerungen Kritik üben.

(Zurufe von der CSU.)

Genau so gut wie Sie manche Äußerungen der Presse angreifen und beanstanden können, können wir mit demselben Recht das auch machen. Sie sollten aber sachlich und objektiv genug sein, zu untersuchen, ob das nicht richtig ist, was ich über die Presse sage.

Wenn aber der Herr Kultusminister in Bezug auf den Rundfunk eine besondere Kritik übt, dann gilt das gleiche wie für die Presse. Ich habe mir die Mühe gemacht, die Rundfunkprogramme der letzten Monate genau nachzusehen. Sie werden mir bestätigen, Herr Kultusminister, daß die Programme an den Sonntagvormittagen weitgehend religiösen Feiern vorbehalten sind. Daß der Rundfunk an den einzelnen Parteien Kritik übt, das werden Sie und das werden wir, das werden die Demokraten und das wird die WVB durchaus gemerkt haben. Aber aus der Funktion des Rundfunks einen besonderen Anspruch abzuleiten, daß er ausschließlich oder überwiegend einer bestimmten Anschauung dienen soll, halte ich für verfehlt.

(Donsberger: Das verlangt kein Mensch.)

— Sie verlangen das nicht, aber Ihre Äußerungen lassen durchaus den Schluß zu, daß Sie in dieser Hinsicht nicht ganz zufrieden sind.

Es ist heute morgen von einem meiner Kollegen eine gewisse Äußerung in Bezug auf die Gesinnung der Lehrer gefallen. Ich möchte diese Äußerung etwas einschränken, ohne dabei eine besondere Schwäche der Lehrer zu unterschätzen. Wir sollten auch die besondere Stellung der Lehrer bei dieser Beurteilung nicht außer acht lassen. Der Lehrer steht, ganz gleich unter welchem politischen Gesichtspunkt, immer im Brennpunkt des ganzen Kampfes. Dies veranlaßt ihn, wie das hier, ich glaube durch Kollegen Schneider, heute morgen gesagt worden ist, mehr als andere Berufe, einem gewissen Druck nachzugeben. Bei aller Ablehnung solcher opportunistischer, also der Zeit angepasster Revisionen sollten wir doch auch ein besonderes Verständnis für die Stellung der Lehrer haben.

Ich möchte jetzt zum Schluß kommen. Es ist nicht richtig, wenn Kollege Meizner hier erklärt, daß mit den Diskussionen über die Konfessionsschulen ein gewisses durchsichtiges Manöver getrieben wird. Ich bin nicht geneigt, mich in einen Streit der Konfessionen einzulassen, doch möchte ich die Protestanten darauf aufmerksam machen, daß ein konfessioneller Friede auch dadurch sichergestellt werden kann, daß man um den Preis des Friedens einen Kampf scheut. Etwas anderes will ich nicht tun. Worin aber soll nach der Meinung des Kollegen Meizner das durchsichtige Manöver bestehen? Offenbar darin, die Union zu sprengen oder den Frieden der Konfessionen zu töten. Nein, Herr Meizner, wir wollen keine Konfessionsschulen, wir wollen sie nicht; wir wollen daß Protestanten und Katholiken einträchtig nebeneinander in einer Schule sitzen.

(Dr. Dehler: Das ist eine späte Einsicht!)

— Herr Dr. Dehler, ich befinde mich da mit Ihnen in einer Gesellschaft, und es befinden sich noch mehr Sozialdemokraten in dieser Gesellschaft. Ich habe diese Verfassung abgelehnt und habe daraus auch nie ein Hehl gemacht. Aber, Sie sehen hier zugleich, wie die Demokratie in der Sozialdemokratischen Partei aussieht, daß nämlich die Sozialdemokratische Partei auch die Festigkeit hat, solche Strömungen in sich aufzunehmen, über sie selbst zu entscheiden und sie auszutragen.

(Marr [SPD])

Zum Schlusse möchte ich Ihnen noch folgendes sagen: Es ist eine Schicksalsfrage für Sozialisten und alle anderen fortschrittlichen Kräfte, zu erkennen, daß nicht alles, was katholisch ist, reaktionär ist und daß es darum geht, denjenigen Katholiken, die gerne von der reaktionären Vergangenheit ihrer politischen Vertretung loskommen möchten, entgegenzukommen. Andererseits ist es, Herr Meigner, eine Lebensfrage für die Katholiken, die den Katholizismus als Religion auffassen, sich von Ihrer reaktionären Bevormundung politisch und geistig Art zu trennen und mit jenen am gemeinsamen Werk für Frieden, Gerechtigkeit und Freiheit zusammenzuarbeiten, für die diese Ideale die Grundpfeiler ihrer Weltanschauung sind.

(Beifall bei der SPD.)

I. Vizepräsident: Damit sind wir am Schlusse der Beratungen über den ersten Abschnitt „Zentrale Verwaltung“ angelangt.

Zu einer persönlichen Bemerkung auf Grund des § 74 der Geschäftsordnung erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Korff.

Dr. Korff (FDP): Meine Damen und Herren! Unser Kollege Meigner hat uns heute Nachmittag zum Beweise dessen, daß die Flüchtlinge innerhalb Bayerns die konfessionelle Umsiedlung wünschen, ein Schreiben vorgelegt, das an ihn Leute außerhalb Bayerns gerichtet haben, die gerne nach dem gelobten Land Bayern hereinkommen möchten. Ich habe mir daraufhin erlaubt, zu lachen, weil es selbstverständlich ist, daß Leute, die außerhalb Bayerns sind, heutzutage gerne nach Bayern hereinkommen möchten.

(Meigner: Sie wollten aus dem Landkreis Coburg, also in Bayern, in eine katholische Gegend umgesiedelt werden.)

— Ich nehme das gerne zur Kenntnis. Ich verstand Herrn Prälat Meigner dahin, daß er sagte, „Homburg“, nicht „Coburg“ und habe daraufhin gelacht. Daß ich mich so täuschte und lachte, war immer noch nicht Anlaß genug, daß der Herr Prälat Meigner, der immerhin als Geistlicher etwas Taktgefühl in religiösen Dingen haben mußte, mich daraufhin in Glaubensdingen angriff und mir unterstellte, daß mein Glaube am Rande liege und nicht Mittelpunkt meines Lebens sei. Das Stenogramm weist das nach; das Stenogramm lügt nicht. Ich werde Ihnen das nachweisen, Sie haben mir unterstellt, daß mein Glaube oder meine Religion, wie Sie sagten, am Rande gelegen sei und nicht im Mittelpunkt meines Lebens stehe.

Ich habe dazu nur folgendes zu bemerken. Wenn ich nicht evangelischer Christ aus innerster Überzeugung wäre, stünde ich nicht hier. Ich habe es als evangelischer Christ gesehen, wohin die Dinge in Bayern fliehn, und habe es als meine Pflicht erachtet, mich zur Verfügung zu stellen, um hier für meine Sache einzutreten. Was das für Gefahren heute in Bayern hat, hat sich in der Folge dann auch gezeigt. In einem Lande, in dem Demokratie eine eingewurzelte Sache ist und den Menschen ein Bedürfnis, in einem solchen Lande ist es selbstverständlich, daß jemand, der in Opposition steht und sich bemüht, in sachlicher Weise seine Ansicht klarzustellen, den Schutz der Öffentlichkeit nicht nur genießt, sondern daß seine Gegnerschaft beim politischen Gegner nicht als eine Todfeindschaft angesehen wird. In Bayern hat, wie sich heute Nachmittag gezeigt hat, die Sache eine andere Bewandnis.

I. Vizepräsident: Entschuldigen Sie Herr Abgeordneter, das gehört nicht mehr zu einer persönlichen Bemerkung.

Dr. Korff (FDP): — Ich will soeben erzählen, weshalb. Es wurde mir aus den Reihen der CSU zugerufen: Sie sind ein Querulant, wir werden solche Querulanten ausrotten! Ausrotten ist eine Vokabel, die im Sprachschatz eines Demokraten nicht vorkommen dürfte.

(Zuruf: Wer?)

— Es war Herr Pabstmann. Er hat zwar hinterher nicht dem Pressemann, der Zeuge war, seinen Namen nennen wollen. Da Sie es wissen wollen, er war es. (Pabstmann: Das weise ich zurück! Ich habe gesagt, ich wende mich gegen die Querulanten, aber nicht gegen Sie, Herr Dr. Korff.)

Sie haben zu mir gesagt, Sie sind ein Querulant und Querulanten werden wir ausrotten.

(Pabstmann: Das ist nicht wahr; das ist eine Lüge! Das Wort „ausrotten“ habe ich überhaupt nicht gebraucht.)

Ich bin selbst christlich genug, um das dem Herrn Pabstmann nicht weiter nachzutragen. Ich nehme das ganze als das Symptom eines Geistes, den wir überwinden müssen. Ich bin selbst bereit, mit dazu beizutragen, daß dieser Geist in jeder Weise überwunden wird. Wir freien Demokraten werden durch praktische Arbeit zeigen, daß wir von dem Geist wissen, der da gesagt hat: Daran wird man erkennen, daß ihr meine Jünger seid, daß ihr Liebe habt untereinander.

I. Vizepräsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort Herr Abgeordneter Meigner.

Meigner (CSU): Ich habe heute morgen in meiner Rede erklärt, daß die Umsiedlung auch seitens der Flüchtlinge selbst oft gewünscht wird. Darum ist mir Widerspruch aus dem Hause entgegengebracht worden. Ich habe daraufhin erklärt, daß ich das beweisen könne, und habe einen Brief, den ich von einer ausgesiedelten katholischen Gemeinde mit ungefähr 140 bis 150 Unterschriften aus dem Ort Scherneck im Landkreis Coburg erhalten habe, als Beweis dafür zitiert. Daraufhin hat Herr Abgeordneter Korff gelacht. Darauf habe ich erklärt, darüber kann nur ein Mensch lachen, dem die Religion nicht in der Mitte, sondern am Rande seines Lebens steht. Ich habe gesagt, wer kein Verständnis hat für die Seelennot armer, christlich gesinnter katholischer Bauersleute, wer dieses Verständnis vermissen läßt, dem liegt die Religion am Rande des Lebens. Das habe ich gesagt. Darin kann Herr Dr. Korff keine persönliche Beleidigung sehen,

(Dr. Korff: Sie haben meinen Namen genannt!)

wenn er mir jetzt erklärt, daß er nicht darüber gelacht hat, sondern deswegen, weil er statt „Coburg“ „Homburg“ verstanden hat.

I. Vizepräsident: Zu einer persönlichen Bemerkung hat das Wort der Abgeordnete Pabstmann.

Pabstmann (CSU): Zu den Ausführungen des Herrn Dr. Korff habe ich folgendes zu bemerken. Die Aussprache, die Herr Dr. Korff angeführt hat, war nicht heute Nachmittag, sondern gestern Abend. Anlässlich von Ausführungen, die ich weiß nicht, von welchem Abgeordneten gemacht worden sind, ist aus den Reihen, die um mich saßen, das Wort „Querulant“

(Babstmann [CSU])

gefallen. Ich habe dann gesagt, jawohl, das sind sie; die so etwas machen, das sind Querulanten. Ich habe aber niemals auf die Person des Herrn Dr. Korff angespielt; das möchte ich strengstens zurückweisen. Ich habe nur gesagt, das sind Querulanten, die so etwas machen. Von Ausradieren oder Ausrotten oder dergleichen habe ich nicht gesprochen, so etwas kommt überhaupt nicht über meine Lippen. Das ist mir ein fremder Begriff. Wenn das von anderer Seite oder vielleicht aus den Reihen gekommen ist, hat es derjenige zu verantworten, der das gesagt hat. Ich habe das nicht zu verantworten, weil solche Worte mir überhaupt nicht gegeben sind, sie gehören nicht in meinen Sprachschatz. Ich bitte in Zukunft, sich etwas besser anzusehen, was der einzelne Abgeordnete spricht. Ich meine, ich bin dafür bekannt, daß ich mich bis jetzt in diesem Hause als anständiger Politiker verhalten habe.

I. Vizepräsident: Wir kommen nun zum nächsten Abschnitt

Wissenschaft, Kunst und kirchliche Zwecke, Kapitel 402 und 403, nebst Antrag Stock und Genossen betreffend Sozialreform der Universitäten (Beil. 571).

Ich erteile dem Herrn Kollegen Dr. Stang als Berichterstatter das Wort.

Dr. Stang (CSU) [Berichterstatter]: Es entspricht dem Wunsch des Herrn Präsidenten und meinem eigenen Wunsch, den Bericht möglichst kurz zu geben. Ich muß jedoch feststellen, daß das nicht immer so einfach ist; denn ich kann gewisse Partien des Berichtes nicht einfach überspringen, wenn dadurch Lücken entstehen. Ich will mich aber bemühen, mich möglichst kurz zu fassen.

Ich habe zunächst zu berichten über die Kapitel, die sich beziehen auf die Wissenschaft, die Kunst und die Volksbildung, also über die Kapitel 402 bis 409, 421, 427, 459 bis 476. Über die Etatansätze für die Philosophisch-theologischen Hochschulen wird Herr Kollege Meirner referieren und über die Ausgaben für kirchliche Zwecke Herr Kollege Dr. Gromer.

Anläßlich der Beratungen im Haushaltsausschuß über die Kapitel 402 und folgende, wie ich sie soeben bekanntgegeben habe, entstand eine sehr lebhaft erörterung zwischen dem Kultusministerium und dem Finanzministerium. Ich darf darauf verzichten, hier diese Erörterung des langen und breiten wiederzugeben; ich will nur darauf hinweisen, daß diese Diskussion schließlich zu dem für alle Stats geltenden Beschluß geführt hat bezüglich der Einsparung von 10 Prozent der fortlaufenden sächlichen Ausgaben und der weiteren Einsparung von 5 Prozent, die unter bestimmten Voraussetzungen eingespart werden sollen. Anläßlich des Haushaltgesetzes wird darüber zu berichten sein.

Ich komme jetzt zu meinem Bericht über die Hochschulen und Kliniken und zwar zunächst über die Universität München.

Der Berichterstatter führte dazu einleitend aus, die Universitäten seien durch die nationalsozialistische Gewaltherrschaft und den Krieg in ihrer inneren Lebensart wie auch in ihren äußeren Daseinsbedingungen sehr stark gestört und zerstört worden. Vor allem Würzburg und München seien zum großen Teil nur noch Ruinen. Die Raumnot sei außerordentlich schlimm, so daß die Universitätsinstitute nicht immer reibungs-

los miteinander arbeiten könnten. Der Krieg und der Zusammenbruch der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft habe sich auch in einem großen Dozentenmangel ausgewirkt. Tief zu beklagen sowohl für die Studenten wie für die Professoren sei der Mangel an Büchern durch die Zerstörung der Büchereigebäude. Der Zugang zu den bayerischen Universitäten sei aber trotz allem außerordentlich groß, so daß München zur größten und Erlangen zur zweitgrößten Universität Deutschlands geworden sei. Dieser starke Zugang sei darauf zurückzuführen, daß die aus dem Krieg und der Kriegsgefangenschaft zurückgekehrten jungen Leute trachten, ihre Studien zu beenden oder neu aufzunehmen, um sich dadurch einen Zugang zu den höheren Berufen zu verschaffen, aber auch aus reiner Liebe zu den Wissenschaften. Erfreulicherweise habe die Studentenschaft deutlich den Willen zum Ausdruck gebracht, daß sie von einer Revolutionierung der Universitäten nichts wissen, sondern sich wirklich in praktischer, sachlicher Arbeit vorbereiten will für den künftigen Beruf.

Unter den Studierenden befinde sich eine große Zahl aus anderen Gebieten Deutschlands, und wenn man es auch als Grausamkeit bezeichnet habe, daß diese zum Teil von den bayerischen Hochschulen abgewiesen werden mußten, so sei doch zu bedenken, daß die Hochschulen mit dem Geld der bayerischen Steuerzahler unterhalten werden, also zunächst einmal für die Söhne und Töchter des eigenen Landes offenstehen müßten. Bedauerlich sei es, daß durch diesen großen Zustrom ein Massenbetrieb entstanden sei, der einen persönlichen Konnex, wie er früher zwischen Professor und Student bestand, nicht mehr in dem Maße möglich mache. Die Studenten seien außerordentlich aufgeschlossen für das geistige Leben, was nach dem Drill und einseitigen Betrieb beim Militär psychologisch durchaus erklärlich sei. Mit Rücksicht auf die schlimme soziale Lage eines großen Teils der Studenten müsse der Studentenhilfe ein besonderes Augenmerk zugewendet werden. Wenn auch eine Rückkehr zu den alten Formen des studentischen Lebens nicht möglich sei, so sei doch auch schon der Zusammenschluß der Studenten und der Alten Herren bis zu einem gewissen Grade angebahnt. Die Wissenschaft sei leider Gottes im Dritten Reich vielfach Diener der damaligen Herrschaften geworden, Objektivität und Wahrheitsstreben seien dabei stark zurückgedrängt worden. Die künstliche Abschneidung vom Geistesleben der übrigen Welt habe gewissermaßen einen Heißhunger nach richtigen Kulturwerten und Kulturzeugnissen zur Folge gehabt.

Die Einnahmen wurden einstimmig genehmigt.

Bezüglich der Ausgaben gab zunächst Staatsminister Dr. Hundhammer Aufschluß über den Stand der Hochschullehrer an den bayerischen Universitäten. Aus politischen Gründen seien rund 400 Lehrkräfte entlassen worden. Ich kann auf diese Ausführungen nur kurz hier eingehen; ich nehme an, daß sie im wesentlichen bekannt sind, da sie in der großen Rede des Herrn Ministers gestern niedergelegt wurden.

(Behrisch: Ich kann nicht verstehen!)

Ich habe zur Zeit einen etwas heiseren Hals, deshalb kann ich nicht mit aller Kraft der Stimme wie der Stier von Uri auftreten.

Ministerialrat Dr. Mayer gab Aufschluß über die Vorlesungsgebühren: Pro Semesterstunde 2 Mark, Zuschlag zum Hörgelderfonds 0.40 Mark, Zuschlag zugunsten der Staatskasse 0.60 Mark. Eine Er-

(Dr. Stang [CSU])

höhung auf 4 Mark, wie sie in den Jahren 1914 bis 1918 bestand, sei mit Rücksicht auf die soziale Lage eines großen Teils der Studenten nicht angebracht.

Hinsichtlich der Bibliotheken berichtete Herr Staatsminister Dr. Hundhammer, die Universitätsbibliotheken hätten die Absicht, in großem Umfang amerikanische Werke, die sie von der Militärregierung zugeteilt erhalten, zu kaufen. Es sei auch mit dem französischen Kulturattaché ein Abkommen getroffen worden, französische Bücher unbeschränkt mit deutschem Geld zu kaufen, und zwar auch Büchereien aus der Schweiz.

Professor Dr. Rheinfelder bat, bei den Universitäten so wenig wie möglich zu kürzen; denn sie seien an der Grenze der Konkurrenzfähigkeit angelangt. Hessen, Württemberg und vor allem auch die französische Zone stellten ganz andere Summen zur Verfügung. Mainz habe ein juristisches Seminar eingerichtet, mit dem kein bayerisches konkurrieren könne. Für französische Bücher der verschiedensten Disziplinen könnten allein 200 000 Mark aufgewendet werden, und doch sei das noch lange nicht das, was man an französischen Büchern benötige. Wichtigste Berufungen an bayerische Universitäten seien gescheitert, weil den Professoren keine Seminarbibliotheken zur Verfügung gestellt werden konnten.

Staatsminister Dr. Hundhammer verwies darauf, daß er dem Nobelpreisträger Professor Cluſius, der nun in die Schweiz gegangen sei, lediglich 40 000 Mark habe bieten können, während ihm Göttingen 400 000 Mark für seine Forschungszwecke geboten habe. Abgeordneter Kaiser beanstandete, daß der Abgleich nicht vorher zwischen Finanzministerium und Kultusministerium erfolgte. Ich darf darauf hinweisen, daß später eine Einigung mit dieser 10-Prozentklausel zustande gekommen ist, so daß ich über diese Debatte hinweggehen kann.

Hinsichtlich der Universität Würzburg fragte der Berichterstatter, wie weit bei der Zerstörung Würzburgs die alte und die neue Universität noch für ihre Zwecke verwendet werden können und welche baulichen Maßnahmen in Aussicht genommen sind, ferner wie groß die Frequenz der Universität in Würzburg ist, schließlich, welche Bestimmungen für die Zulassung der Studenten gelten. Er bat, daß bezüglich der Zulassung an den Hochschulen überhaupt auf außerordentliche Härtefälle besonders Rücksicht genommen werde, insbesondere bei höherem Alter der Bewerber. Das gleiche gelte für die Forderung der Ableistung des Aufbaudienstes. Er stellte ferner die Anfrage, ob aus der Zeit der Gründung der Universität durch Bischof Echter noch Stiftungsmittel vorhanden sind und in welcher Höhe. Was die Zulassung anlangt, besteht in der russischen Zone eine Beschränkung in der Hauptsache auf Arbeiterkreise unter Ausschluß der sogenannten Intelligenz, während in der britischen Zone ein numerus clausus besteht. Der Zudrang in der französischen Zone sei nicht so groß wie bei uns. Aus allen diesen Gründen erkläre sich die starke Zuwanderung an die bayerischen Universitäten, die die größten Lasten zu tragen haben.

Staatsminister Dr. Hundhammer machte hierzu nähere Angaben, die ich hier nicht weiter anzuführen brauche; sie sind auch bereits in der Rede des Herrn Kultusministers berührt.

Abgeordneter Kaiser entnahm aus den Ausführungen des Kultusministers die Bestätigung der starken Überfremdung der bayerischen Hochschulen. Man könne eine Gastrolle des Landes Bayern für die Studenten aus der Ostzone anerkennen, jedoch müsse für die Zukunft dem Zugang der Studenten aus den westlichen Zonen ein Kiegel vorgeschoben werden. Das erfordere auch das Interesse der bayerischen Steuerzahler, für die das Hochschulwesen eine starke Belastung bedeute.

Abgeordneter Schwingenstein stellte aus den Ausführungen des Herrn Kultusministers fest, daß die gegen diesen vorgebrachten Angriffe in dieser Richtung unberechtigt waren und damit zusammengebrochen seien. Die Demokratie erlaube die freie Kritik, aber sie müsse anständig und wahr sein. Die Freiheit der Demokratie dürfe nicht in Zügellosigkeit ausarten.

Abgeordneter Dr. Rief von der WVB regte an, den unerwünschten Elementen an den bayerischen Universitäten durch eine wesentliche Erhöhung der Honorargelder das Studium zu erschweren. Bedürftigen bayerischen Studenten könnten daraus Stipendien zukommen.

Staatsminister Dr. Hundhammer nahm zunächst zur Frage des Arbeitsdienstes Stellung, der aus zwei Gründen zweckmäßig sei, nämlich erstens um die schwerbeschädigten Universitäten instand zu setzen, zweitens um den übermäßigen Zugang zu den Universitäten zu regulieren und den künftigen Akademiker mit der Handarbeit vertraut zu machen.

Berichterstatter und Mitberichterstatter beantragten hierauf die Genehmigung der Ansätze des Haushaltsplans für die Universität Würzburg. Die Summen sind im Haushaltplan enthalten, sie wurden einstimmig genehmigt.

Bezüglich der Universität Erlangen, die nunmehr die zweitgrößte in ganz Deutschland ist, genehmigte der Haushaltsausschuß einstimmig die Positionen in Kapitel 402 C Titel 1 mit Titel 501 mit dem Zuschuß von 2 072 750 Mark.

Bezüglich der Technischen Hochschule München beantragten Berichterstatter und Mitberichterstatter die Genehmigung sämtlicher Einnahmen- und Ausgabe-positionen. Der Ausschuß stimmte diesem Antrag zu.

Ich komme zu den hierher gehörigen Sammelansätzen für den Gesamtbetrieb der Universitäten und sonstigen wissenschaftlichen Hochschulen, Kapitel 405.

Der Berichterstatter erforderte, dafür zu sorgen, daß die bayerischen Assistenten gefördert werden, nachdem eine starke Beimischung von Nichtbayern festzustellen sei, da die aus Norddeutschland berufenen Professoren jeweils einen ganzen Schwarm von Assistenten mitbringen wollen. Auch der Herr Kultusminister beschäftigte sich mit dieser Frage. Nach seinen Ausführungen machen bei Berufungen viele Professoren, besonders auf dem Gebiet der Medizin, zur Bedingung, daß sie ihre Assistenten mitnehmen dürfen. Das bedeutet, daß automatisch fünf bis sechs Assistenten bei der Berufung eines Professors neu nach München kommen und von uns besoldet werden müssen, die in Kürze Privatdozenten und Hochschulprofessoren bei uns werden. Es ist das eine Nebenwirkung bei der Berufung von auswärtigen Professoren, die manchmal vom Kultusminister berücksichtigt werden muß. Bei den Mitteln für die Betreuung von außerbaye-

(Dr. Stang [CSU])

rischen Hochschullehrern handelt es sich um Zuwendungen an Flüchtlingsprofessoren und andere zwangsweise nach Bayern Vertriebene, darunter Professoren mit sehr guten Qualitäten, die wir uns einzuschalten bemühen.

An dem Zuschuß für das soziale Hilfswerk der Studenten soll unter keinen Umständen eine Streichung erfolgen. Eine Ausscheidung auf die einzelnen Hochschulen soll nicht durchgeführt werden. Im Vordergrund wurde von der vorgesehenen Million bereits ein Betrag von 400 000 Mark im Sommersemester verausgabt. Der Herr Minister wies auf eine im „Bayerischen Staatsanzeiger“ erschienene Übersicht über die Hörgeldbefreiung der Studenten an verschiedenen Universitäten hin. Daraus ergibt sich, daß Bayern auf diesem Gebiet trotz der höheren Studentenzahlen mehr als andere Länder tut. Das ist auch heute morgen durch das statistische Material, das der Herr Minister anführte, bewiesen worden.

Der Haushaltsausschuß genehmigte einstimmig die Positionen des Kapitels 405, Titel 13 mit Titel 243 mit der Summe der Einnahmen von 5000 Mark und der Summe der Ausgaben von 2604990 Mark, so daß sich ein Zuschuß von 2599.990 Mark ergibt.

Bei Kapitel 407 A, Bayerische Sportakademie, stellte zunächst der Berichterstatter die Anfrage, was die Ziele dieser neu errichteten Sportakademie in Steingaden seien, zu der auch die Segelsportschule in Diessen gehört. Staatsrat Dr. Meinzolt erklärte, daß diese neue Sportakademie einen doppelten Zweck erfülle, einmal die Turnlehrer für die staatlichen höheren Lehranstalten heranzuziehen, ferner die freien Turn- und Sportlehrer auszubilden. Die erste Aufgabe ist früher an der Landesturnanstalt in München vollzogen worden. Nach ihrer Zerstörung hat man davon abgesehen, wiederum eine solche Institution in München zu errichten, und ist aufs Land gegangen, wo man in einem Hotel in Steingaden eine geeignete Stätte hierfür gefunden hat. Beide Aufgaben sind vordringlich. Von den staatlichen Turnlehrern sind nahezu 80 Prozent der Entlassung zum Opfer gefallen, so daß der Turn- und Sportbetrieb an den höheren Lehranstalten nicht mehr aufrechterhalten werden konnte. Auch die Nachfrage nach freien Sportlehrern ist sehr lebhaft. Die hauptamtlichen Turnlehrer müssen insgesamt vier Jahre studieren, davon das erste Jahr an dieser Sportakademie, wo der Hauptakzent auf die körperliche Ertüchtigung gelegt wird, aber auch theoretische Vorlesungen gehalten werden. Nach Ablauf dieses ersten Jahres erfolgt eine Prüfung. Die Geprüften treten dann zur Fortsetzung ihrer Studien an eine Universität über, wo sie auch in weiteren theoretischen Fächern ausgebildet werden. Zu der Errichtung der neuen Sportakademie hat man sich auch deshalb entschlossen, weil die bisherigen Hochschulinstitute für Leibesübungen zum größten Teil zerstört sind und deshalb für die Ausbildung zur Zeit nicht zur Verfügung stehen. In Steingaden ergab sich eine ausgezeichnete Möglichkeit, diese Anstalt entstehen zu lassen.

Der Berichterstatter wies darauf hin, daß es zweckmäßig wäre, durch einen Besuch des Ausschusses von dieser Sportakademie Augenzeugen zu nehmen, ebenso von der später noch zu behandelnden Fischzuchtanstalt in Wielenbach, deren Besuch damit verbunden werden könnte.

Kapitel 407 B, Hochschulinstitute für Leibesübungen in München, Würzburg und Erlangen: Die beiden Berichterstatter beantragten Zustimmung zu den Ansätzen dieses Kapitels, und es ist so beschlossen worden.

Kapitel 408, Orthopädische Klinik in München. Der Berichterstatter betonte, daß dieses Institut eine Einrichtung sei, die schon sehr viel Leid gemildert habe, vor allem habe sich in dieser Klinik auch der Wohltätigkeitsfönn durch Stiftung von Freiplätzen und Betten vielfach betätigen können. Zuschüsse würden von Stadt- und Landkreisen sowie von Bezirksverbänden zur Gewährung von Freiplätzen gegeben.

Staatsminister Dr. Hundhammer wies darauf hin, daß 2700 Mark als Rückersatz von neun Zehnteln der Versorgungsbezüge durch den Versorgungsverband veranschlagt sind für den Fall, daß ein Beamter der orthopädischen Klinik dem Versorgungsverband angehöre. Auch die Summen für die orthopädische Klinik wurden genehmigt.

Wir kommen dann zum Kapitel 409, Hebammenschule, Entbindungsanstalt und Frauenklinik Bamberg. Entsprechend dem Vorschlag der Berichterstatter wurden die Ziffern in Einnahmen und Ausgaben des Kapitels genehmigt.

Kapitel 421 behandelt die staatlichen wissenschaftlichen Sammlungen. Es kommen hier in Frage die Sammlung für Naturkunde, die Vor- und Frühgeschichtliche Staatsammlung, die Staatlichen Wissenschaftlichen Sammlungen, das Museum für Völkereunde, das Museum für Abgüsse klassischer Bildwerke und die Münzsammlung. Die bisherigen Unterkünfte dieser Sammlungen sind zum größten Teil zerstört. Die Sammlungen selbst sind anderweitig, zum Teil noch in Plätzen außerhalb Münchens, untergebracht. Der Ausschuß genehmigte die Ansätze des Kapitels.

Kapitel 423, Bayerische Biologische Versuchsanstalt in München, und Kapitel 424, Landwirtschaftliche Versuchsanstalt „Hofers-Institut“ in Wielenbach, wurden genehmigt.

Zu Kapitel 425, Bibliotheken, entwickelte sich eine längere Debatte.

Der Berichterstatter verwies darauf, daß für den Wiederaufbau des Gebäudes der Staatsbibliothek in München, die unter den Wirkungen des Krieges besonders stark gelitten hat, ein Betrag von 1,5 Millionen Mark ausgeworfen ist. Es sei außerordentlich bedauerlich, daß nicht nur das Gebäude, sondern auch von dem sehr wertvollen Inhalt sehr viel zu Verlust gegangen sei. Bei manchen Wissenszweigen, vor allem der Altphilologie, seien fast alle Bände vernichtet. Im Gebäude der Staatsbibliothek war auch das Archiv, die Bibliothek und das Archiv des Landtags untergebracht. Ein Teil dieser Büchereien sei verlagert worden, und es wäre wünschenswert, daß diese Bestände möglichst bald wieder in München zusammengefaßt werden, eventuell im neuen Heim des Landtags, im Maximilianeum.

Staatsminister Dr. Hundhammer führte aus, ihm liege die Zusammenfassung der Bestände der Staatsbibliothek an einem Platz und ihre Nuzbarmachung für die Allgemeinheit besonders am Herzen. Es sei ihm gelungen, von den Amerikanern den nördlichen sogenannten Führerbau für die staatlichen Sammlungen freizubekommen. Ein sehr erheblicher Teil der

(Dr. Stang [CSU])

bisher verlagerten Bestände der Staatsbibliothek sei bereits dort untergebracht, der Rest werde folgen.

Der Berichterstatter wies darauf hin, daß verschiedene Archive und Blichereien in Schlössern untergebracht seien und dort zahlreiche Räume beanspruchten, da man die Sammlungen nicht aufeinander stapeln könne, ohne die Decken bezüglich ihrer Tragfähigkeit zu gefährden. Er wies auf das Schloß Waal des Fürsten von der Leyen im Bezirk Kaufbeuren hin. Ich darf einschalten: Es ist jetzt gelungen, dieses Schloß von dem Archiv freizumachen und eine Landwirtschaftsschule dort einzurichten.

Bezüglich des Generaldirektors der Staatsbibliothek entwickelte sich eine Debatte, bei der Herr Staatsminister Hundhammer die Gründe angab, die zur Berufung des Generaldirektors führten. Der Beamte sei einmal außerordentlich tüchtig und zum ändern seien die Vorgänger desselben alle irgendwie politisch belastet gewesen; keiner der Vordermänner könne sich also mit Recht beklagen. Die Möglichkeit einer Unterbesetzung sei nach dem Haushaltsplan durchaus gegeben. Auf Vorschlag der Berichterstatter genehmigte der Ausschuß Kapitel 425 A.

Kapitel 425 B, Staatliche Bibliothek in Bamberg, Kapitel 425 C, Staatliche Bibliothek in Regensburg, und Kapitel 425 D, Staatliche Bibliothek in Passau, genehmigte der Ausschuß einstimmig auf Vorschlag der Berichterstatter.

Abgeordneter Kaiser bat um Aufklärung über das Verhältnis der Städtischen Bibliothek in Augsburg zum Kultusministerium. Staatsminister Dr. Hundhammer wies darauf hin, daß diese Bibliothek eine rein städtische Einrichtung sei, die nicht dem Kultusministerium unterstehe.

Kapitel 425 E bezieht sich auf die amerikanischen Bibliotheken. Für das Geschäftsjahr 1947 wurden keine Beträge vorgesehen, so daß der gesamte Betrag von 77 500 Mark wieder dem Finanzministerium zur Verfügung gestellt werden konnte und zur Verminderung der Gesamtsumme verwendet werden kann. Die amerikanischen Bibliotheken waren vorgesehen, sind aber nicht Tatsache geworden. Etwas anderes seien die inzwischen neu eingerichteten Bibliotheken, die für Schulzwecke dienen. Diese speziellen Bibliotheken gehören einem anderen Gebiet an.

Kapitel 426, Staatliche Archive. Der Minister erklärte zur Frage des Berichterstatters, warum keine Einnahmen aus Veröffentlichungen vorgesehen sind, daß nur sehr schwer etwas gedruckt werden könne. Außerdem sei das staatliche Archivwesen stark damit beschäftigt, seine Unterlagen aus den verschiedensten Plätzen wieder zusammenzuholen, so daß zur Zeit der organisatorische Betrieb vor dem wissenschaftlichen im Vordergrund stehe. Der Berichterstatter erinnerte daran, daß noch während der nationalsozialistischen Zeit verschiedentlich Ausstellungen von Urkunden aus staatlichen Archiven mit Urkunden Karls des Großen und seinem Unterschriftszeichen veranstaltet worden seien.

Der Berichterstatter stellt die Frage, ob nicht wieder eine solche Ausstellung vorbereitet werden könne. Der Minister nahm diese Anregung als offiziell gegeben auf und teilte mit, daß er bereits die erste Anordnung für eine Ausstellung im nächsten Jahre gegeben habe, die den Titel trägt „1500 Jahre Bayern“. Dabei soll, angefangen bei den alten Handschriften,

wieder der Lex Bajuwarorum, der Ingoßstädter Handschrift, die zur Zeit Karls des Großen geschrieben wurde, dem Tassilo-Relch, von dem er hoffe, daß er zur Verfügung gestellt werde, der ersten Handschrift des Nibelungenliedes, das auf bayerischem Boden entstanden ist, über Albrecht Dürer bis hinauf zu den Werken von Röntgen eine Übersicht über die kulturelle, wissenschaftliche, künstlerische und historische Leistung Bayerns in seinem Siedlungsraum gegeben werden.

Dr. Rief erwähnte, daß Regensburg jahrhundertlang die Hauptstadt des Reiches gewesen sei; er hoffe, das Regensburger Kulturgebiet möge bei dieser Ausstellung wesentlich vertreten sein.

Staatsminister Dr. Hundhammer nahm diese Anregung zum Anlaß zu einer grundsätzlichen Bemerkung über die Kulturpolitik. Seit mehr als einem Jahrhundert habe man das ganze wertvolle Kulturgut nach München konzentriert. Er halte das für falsch. Eine Reihe von Städten habe sich schon darüber beklagt, darunter vor allem Aschaffenburg und auch Augsburg. Es sei seine Auffassung, daß man die wertvollen historischen Dinge in München gar nicht alle zeigen könne, und daß sie, zunächst als Leihgaben, den Städten wieder zurückgegeben werden, denen sie eigentlich gehören, sobald dort die geeigneten Aufstellungsmöglichkeiten vorhanden seien. Das sei, wie im Falle Bamberg, zum Teil schon durchgeführt, und werde in anderen Fällen, wie im Beispiel Kempten, noch zur Durchführung kommen. Damit solle der Bevölkerung außerhalb der Hauptstadt Gelegenheit gegeben werden, die schönen und wertvollen Schätze kennenzulernen; denn der Kreis derjenigen, die — auch in normalen Zeiten — nach München kamen, um sich die Schätze in den Museen anzusehen, sei nur klein gewesen. Es sei besser, in den einzelnen Städten draußen vielleicht nur 10 oder 15 wertvolle Kunstgegenstände zu bewundern als in München vielleicht 500 oder 1000, wobei der einzelne Gegenstand in der Masse doch nur verschwinde. Abgeordneter Kaiser unterstrich mit dem Hinweis auf Augsburg die Notwendigkeiten der Dezentralisierung und die entsprechende Tendenz des Herrn Ministers. Dr. Rief von der WAB machte darauf aufmerksam, daß Regensburg ein ausgezeichnetes neues Museum für die Aufbewahrung der Regensburger Kunstschätze besitze.

Auf Antrag der Berichterstatter genehmigte der Ausschuß die Ziffern in Einnahmen und Ausgaben zu Kapitel 426.

Kapitel 427, Zuschüsse an nichtstaatliche wissenschaftliche Anstalten und Unternehmungen. Der Berichterstatter bat um Auskunft darüber, welche Aufgaben die unter Titel 221 aufgeführte Deutsche Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie in München und das unter Titel 225 aufgeführte Institut für Silikatforschung in Königshofen im Grabfeld haben. Staatsminister Dr. Hundhammer erwiderte, die Deutsche Forschungsanstalt für Lebensmittelchemie habe die Prüfung der vorgelegten Lebensmittel vorzunehmen; ferner habe sie die Lebensmittel bezüglich ihres Nährwertes, ihrer Zusammensetzung, ihrer Beeinflussung durch die Herstellungsmethoden zu untersuchen und Forschungen für eine Verbesserung der Produktion anzustellen. Das Institut für Silikatforschung sei eines der Teilinstitute der früheren Kaiser Wilhelm-Gesellschaft, das nicht in die Reihe der Interzonen-Institute aufgenommen worden sei. Die Arbeiten dieses Instituts kämen vor allem der Glasindustrie zugute.

(Dr. Stang [CSU])

Der Abgeordnete Donsberger hielt den Zuschuß von 10 000 Mark in Titel 224 für die Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Nürnberg für zu gering, da deren Gebäulichkeiten erheblich beschädigt seien und die Hochschule mit finanziellen Schwierigkeiten zu rechnen habe. Der Vertreter des Finanzministeriums machte darauf aufmerksam, daß dem Finanzministerium ein Antrag des Instituts nicht vorliege.

Der Beschluß lautet: Genehmigung entsprechend den Vorschlägen der Berichterstatter zu den Ziffern des Kapitels 427.

Nun bin ich am Ende meines Berichts über das Kapitel Wissenschaft. Ich habe jetzt noch zu berichten über die Kapitel, die sich auf die Kunst und die Volksbildung beziehen.

In Kapitel 459 werden die Theater behandelt. Als Berichterstatter sprach Abgeordneter Dr. Stang von der erfreulichen Höhe, auf der die bayerischen Staatstheater von jeher — mit einer kleinen Einschränkung vielleicht während des Jahrzehnts des Nazisystems — gestanden seien, und bedauerte besonders die Nöte, unter denen sie durch die Auswirkungen des Krieges zu leiden haben. Bei aller Bejahung der Notwendigkeit, in Bayern in den Staatstheatern zentral wirkende und beispielgebende Kulturinstitute zu haben, hielt er es aber für erforderlich, daß von den für die Pflege des Theaters zur Verfügung stehenden Mitteln ein beträchtlicher Teil in die anderen größeren, mittleren und kleinen Städte hinausfließe. Er erinnerte dabei auch an die Tätigkeit der Bayerischen Landesbühne, zu der neuerdings die Schwäbische Landesbühne getreten sei. Den Grund dafür, daß trotz der fast 4 Millionen Mark Einnahmen der bayerischen Staatstheater ein Zuschußbedarf von fast 5 Millionen Mark vorgeesehen sei, erblickte er in der Notwendigkeit, die bayerischen Theater durch entsprechende Aufmachung und vor allem durch hochstehende Künstler, für die entsprechende Gagen gezahlt werden müßten, auf der Höhe zu halten. Auf der anderen Seite hielt er größere Sparsamkeit auch bei den Theatern für unbedingt angezeigt. Man könne auch mit einfachen szenischen Mitteln gute Wirkungen erzielen. Er rügte hier, daß für sogenannte Eintagsfliegen allzu große Aufwendungen gemacht werden. Weiterhin trat er für einen allmählichen Abbau des Starwesens ein. Leider seien Künstler wie Bagak und Hotter aus Gagegründen nach Wien gegangen. Wenn man auch mit den Russen, die alles daran setzten, hervorragende Künstler für ihre Bühnen zu gewinnen, und ihnen in jeder Weise, auch ernährungsmäßig, außerordentlich weit entgegenkämen, nicht konkurrieren könne, so wäre es aber vielleicht doch möglich, für „einmalige“ Künstler aus den zur Verfügung stehenden Mitteln ein besonderes Kontingent abzuweigen. Eine weitere Möglichkeit für Einsparungen erblickte er in der Abstoßung der Staatsoperette als Staatstheater. Doch werde man zur Zeit mit Rücksicht darauf, daß die Mitglieder der Staatsoperette beim Wiederaufbau des Theaters am Gärtnerplatz selbst mit Hand angelegt hätten, davon Abstand nehmen müssen. Der Berichterstatter wies in dem Zusammenhang auch darauf hin, daß in Amerika eine ganz andere Regelung des Betriebs der Theater und ihrer Lizenzierung getroffen sei. In Amerika seien die Theater Privatbetriebe. Daher komme es, daß die Militärregierung die Selbständigmachung der drei

Staatstheater, Oper, Operette und Schauspiel, jeweils unter einem Direktor verlangt habe. Die Einrichtung des dadurch weggefallenen Generalintendanten, der nicht bloß verwaltungsmäßig, sondern auch auf die Gestaltung des Spielplans, die künstlerische Leistung und die Abstimmung der Darbietungen in den einzelnen Theatern Einfluß gehabt habe, hielt er für außerordentlich gut und segensreich. In den Händen des Generaldirektors liege im großen und ganzen nur die Verwaltung, damit allerdings ein gewisser Hemmschuh gegen allzu große Ausgabelust der einzelnen Direktoren. Durch die Vervielfältigung der einzelnen Theater, die nur in einer Verwaltungsspitze zusammengefaßt seien, nicht mehr in einer den Betrieb der Theater auch beeinflussenden künstlerischen Spitze, sei natürlich die Ausgabelust schon stärker angeregt und seien jedenfalls die Aufwendungen für die Theater größer geworden.

Das Theater dürfe nicht bloß Erfüller des Kulturwillens unseres Volkes sein; es habe auch eine außerordentlich wichtige materielle Aufgabe, nämlich die Aufgabe, Devisenbringer zu werden. Das finanzielle Ergebnis hänge natürlich außerordentlich von der Gestaltung der Eintrittspreise ab, die sich zwischen 8 und 12 Mark bewegten. Wenn die BVP, also die politisch, rassistisch und religiös Verfolgten, Freikarten bekämen, müßten diese Freikarten billigerweise auch den Kriegsverfehrten zugewendet werden.

Der Mitberichterstatter — der Herr Kollege Dr. Beck ist es, glaube ich, gewesen — wies sodann auf den ungeheueren Verlust Deutschlands hin, nicht bloß in ideeller, sondern auch in materieller Beziehung, der durch die Vertreibung der jüdischen Künstler entstanden sei. Man müsse alle Anstrengungen machen, um diese Kräfte wieder zu gewinnen. Er erinnert dabei daran, was im Mittelalter für Spanien die Suidenaustreibung und für Holland ihre Aufnahme bedeutet habe, und daß auch Belgien die größten Anstrengungen zu ihrer Rückgewinnung mache.

Staatssekretär Dr. Sattler, der die schönen Künste im Staatsministerium für Unterricht und Kultus betreut, ging auf die Bedeutung der Pflege von Kunst und Volksbildung für Bayern ein. Die Kunstspiele für Bayern eine ganz besondere Rolle, im Hinblick auf die nächsten Jahrzehnte noch mehr als früher. Wenn Bayern seine künstlerische und kulturelle Stellung verliere, werde die übrige Welt kein großes Interesse mehr für Bayern aufbringen. Bei einer Überlegung, was man heute in dem allgemeinen Chaos, das kaum mehr zu leugnen sei, vor allem retten müsse, stehe an erster Stelle die Erhaltung der wichtigsten Kulturwerte unserer Heimat. Hierzu gehörten nicht nur Theater und bildende Kunst, sondern vor allem auch die Baudenkmäler, deren Reste vielleicht, rein ökonomisch gedacht, für Jahre und Jahrzehnte hinaus wohl die Stützpunkte für den Fremdenverkehr bilden werden. Gingen diese noch verloren, so würden spätere Jahrzehnte und Jahrhunderte der jetzigen Generation mit Recht den Vorwurf machen, daß sie für diese Dinge nichts getan hätte. An zweiter Stelle stehe die Förderung alles dessen, was direkt oder indirekt Devisen bringen könne.

Bezüglich der Dezentralisierung der Zuschüsse für die Theater führte der Staatssekretär aus, er beabsichtige, beim nächsten Etat die anderen Städte wesentlich stärker zu berücksichtigen. Bei einem Gesamt-

(Dr. Stang. [CSU])

Zuschuß von 4½ Millionen Mark sollten auf München 3 Millionen, auf die übrigen Städte 1½ Millionen treffen. Das ist ein Zukunftsplan.

Die Wanderbühnen, die Bayerische und die Schwäbische Landesbühne, stünden alle paar Monate wegen der jetzt bestehenden Verkehrsschwierigkeiten vor einem völligen Zusammenbruch. Aus diesem Grunde halte er es für richtiger, statt einer großen Landesbühne, die das ganze Land bereise, mehrere Einzelbühnen zu schaffen, die einen kleineren Umkreis versorgten und infolgedessen nicht mehr so große Transportschwierigkeiten hätten.

Die Frage der Eintrittspreise zu unseren Theatern bedeute eine große Zwickmühle. Der Andrang vor allem zur Oper sei ungeheuer groß. Während das Nationaltheater 1900 Plätze gehabt habe, besitze das Prinzregententheater nur 1000 Plätze. Die große Zahl der Interessenten sei auch durch die riesige Zahl der Studenten in München, wo die Universität mit 10 000 bis 12 000 Studenten die größte in Deutschland sei, bedingt. Eine Herabsetzung der Eintrittspreise habe eine Steigerung der Staatszuschüsse und damit eine Belastung der bayerischen Steuerzahler zur Folge. Von den 10 Millionen Bewohnern Bayerns könnten im Jahr nur 300 000 die Oper besuchen. Deshalb habe man eine Erhöhung der Eintrittspreise erwogen. Die Staatszuschüsse würden dann herabgesetzt werden können; dies sei nur durch Einnahmenerhöhung, also durch Erhöhung der Eintrittspreise, möglich.

Was die Selbständigkeit der drei Theater betreffe, so liege die Hauptschwierigkeit in dem amerikanischen Begriff des Lizenzträgers. Der Lizenzträger, den man im deutschen Recht nicht kenne, sei der für die Künstler und vor allem auch für die politische Seite des Theaters verantwortliche Mann. Die Amerikaner hätten schon vor einem Jahr die Forderung erhoben, daß für jedes der drei Theater je ein verantwortlicher Lizenzträger aufgestellt werde. Das sei inzwischen geschehen.

Neben den Freikarten gebe es auch noch sogenannte Kaufkarten, die bestimmten Gruppen zugeteilt würden. Dazu gehöre vor allem die amerikanische Militärregierung, die beispielsweise an Samstagen und Sonntagen in der Oper 450 und an den übrigen Wochentagen 250 Karten für sich beanspruche. Freikarten gebe es pro Tag nur 80 Stück.

Die Frage der Karten für die Abgeordneten, meine Damen und Herren, ist inzwischen auch geregelt worden. Ich möchte — der Herr Präsident gestattet, daß ich unabhängig vom Bericht das sage — aber doch bitten, daß das anders geregelt wird, daß man nicht immer schon eine ganze Woche voraus bestellen muß. Ich glaube, es ist viel zweckmäßiger, wenn es gemacht wird wie früher, daß eine bestimmte Anzahl von Karten für den Landtag pro Woche zur Verfügung gestellt wird, und diese Karten vom Landtagsamt an die Fraktionen verteilt werden, die sie dann an ihre Mitglieder aushändigen. Ich würde bitten, daß diese Regelung in Zukunft Platz greift.

(Zustimmung.)

Staatssekretär Dr. Sattler führte weiter aus, das Staatsschauspiel, das in München nie ein richtiges staatliches Schauspielhaus besessen habe, habe früher das Prinzregententheater mit 1000 Plätzen zur Verfügung gehabt; das heutige Theater im Brunnenhof zähle nur 510 Plätze, ein Zeichen ganz besonderer

Raumnot. Die Staatsoperette habe den Saal an der Schornstraße mit 680 Plätzen, doch werde es heuer noch seinen Betrieb ins Gärtnerplatztheater verlegen können.

Über die besonderen Ausgaben bei den Theatern, die ja 4 900 000 Mark betragen, entspann sich eine lange Debatte, in der vor allem auch eine gewisse oppositionelle Stellung zwischen dem Finanzministerium und dem Kultusministerium zu beobachten war. Aber auch diese innerministeriellen Kämpfe haben dann einen Frieden gefunden in dem Beschluß des Ausschusses — ich darf es ganz kurz machen —, daß die Ausgaben für die Theater auf 4 Millionen Mark begrenzt bleiben, wobei die einmaligen Ausgaben von 290 000 Mark nicht mit eingerechnet sind.

Der Betrag für Zuschüsse an andere Theater wird um 500 000 Mark, also von 300 000 Mark, die vorgezogen waren, auf 800 000 Mark erhöht.

Entsprechend dem Vorschlag der beiden Berichterstatter wurden sämtliche Ziffern des Kapitels 459 in Einnahmen und Ausgaben genehmigt. Dabei ist die Korrektur, die durch die angeführten Kürzungen bzw. Zulagen notwendig geworden ist, berücksichtigt.

Damit ist das Kapitel Theater abgeschlossen. Ich muß aber noch kurz zu den übrigen Fragen der Kunst sprechen. Bezüglich der Hochschule der bildenden Künste in München, auf die sich das Kapitel 461 bezieht, zog der Berichterstatter die Verordnung vom 20. März 1946 heran, durch die die frühere Akademie der Bildenden Künste und die frühere Akademie für angewandte Kunst in München aufgelöst wurden und eine Hochschule der Bildenden Künste in München errichtet wurde. Diese Hochschule ist eine außerordentlich wichtige Einrichtung, entsprechend der berühmten Tradition Bayerns auf dem Gebiet der Kunst. Von der Hochschule der Bildenden Künste, die dem Unterricht der Kunstschüler dient, ist die Akademie der Künste zu unterscheiden. Die Akademie der Künste soll ebenso wie die Akademie der Wissenschaften gewissermaßen einen Senat darstellen, der befruchtend und anregend auf das wissenschaftliche bzw. künstlerische Leben zu wirken hat.

Entsprechend dem Vorschlag der beiden Berichterstatter wurden sämtliche Ziffern des Kapitels 461 in Einnahmen und Ausgaben genehmigt.

Bei der Akademie der bildenden Künste in Nürnberg — das ist Kapitel 462 — beantragten die beiden Berichterstatter ebenfalls Zustimmung. Diesem Antrag wurde entsprochen. Das gleiche gilt für das Zentralinstitut für Kunstgeschichte in München. Der Herr Minister erläutert hier, daß es sich um die Übernahme des kunsthistorischen Instituts aus Florenz handelt, dessen Leiter, Professor Heidenreich, ein Gelehrter von internationalem Ruf sei, der an die Universität München berufen wurde. Auch hier wurde ebenfalls entsprechend dem Vorschlag der beiden Berichterstatter die angelegte Summe genehmigt. Ebenso bei der Staatlichen Hochschule für Musik in München, ebenso bei dem Staatlichen Konservatorium der Musik in Würzburg.

Im Kapitel 466 werden die Museen behandelt, Bayerisches Nationalmuseum usw. Der Kultusminister Dr. Hundhammer umriß kurz den Stand des bayerischen Museumsbesitzes. In München seien 15 Museen zerstört worden. Das Nationalmuseum könne am ehesten wieder in Gang gesetzt werden und sei zum Teil

(Dr. Stang [CSU])

wieder eröffnet, wobei die Räume in sympathischerer Art als früher wiederhergestellt worden seien.

Entsprechend dem Vorschlag der beiden Berichterstatter wurde die Genehmigung zu der angelegten Summe ausgesprochen; ebenso zu der Abteilung für Gewerbekunst (Neue Sammlung) beim Bayerischen Nationalmuseum, ebenso zum Museum für Völkerkunde, zum Museum für Abgüsse klassischer Bildwerke, zur Staatlichen Gemäldesammlung. Hierzu führte Staatsminister Dr. Hundhammer aus, daß die Gebäude der Alten und der Neuen Pinakothek und der Staatsgalerie zerstört, die wertvollen Sammlungsbestände aber erhalten geblieben sind und zum Teil im Collecting Point stehen. Besonders wertvolle Stücke werden abwechselnd im Westteil des Hauses der Kunst aufgestellt. Es ist wünschenswert, daß dieser Ausstellung mehr Aufmerksamkeit zugewendet wird. Die beiden Berichterstatter beantragten Zustimmung zu den angelegten Summen; es wurde so beschlossen; ebenso beim Institut für Maltechnik, dem sogenannten Doerner-Institut in München.

Beim Kapitel 468, Antikensammlungen, wurden ebenfalls nach kurzer Erörterung die Ansätze genehmigt. Ebenso werden genehmigt die Ansätze für die Graphische Sammlung, für die Münzsammlung, für die Walhalla und für die Feuerwache für die wissenschaftlichen und Kunstsammlungen des Staates in München.

Beim Landesamt für Denkmalspflege entspann sich eine längere Debatte. Der Herr Abgeordnete Wimmer stellte die Frage, warum Titel 220, Erforschung der Urgeschichte Bayerns, immer wiederkehre. Der Kultusminister antwortete hierauf, daß gerade die Erforschung der Urgeschichte nicht rastlos abgeschlossen werden könne, da laufend neue Funde gemacht würden, die nicht verschleppt und zerstört werden dürften. Die Zustimmung zu den Ansätzen wurde erteilt, ebenso zu den Ansätzen des Kapitels 474, Staatliche Volksbüchereien. Hierbei brachte der Berichterstatter den Wunsch zum Ausdruck, daß die Institute in der Pfalz — Kaiserslautern ist in Abgang gestellt — noch erhalten werden können, um die Verbindung nicht abreißen zu lassen. Dr. Hundhammer mußte dazu die Aufklärung erteilen, daß Beziehungen offizieller Art, also auf dem Wege über den Staat, mit der Pfalz nicht möglich sind, wenngleich die tatsächlichen Beziehungen noch nicht abgerissen sind. Sedenfalls sind sie nicht so intensiv und umfangreich wie mit dem Gebiet von Lindau. Entsprechend dem Vorschlag der beiden Berichterstatter wurden sämtliche Ziffern des Kapitels 474 genehmigt.

Das Kapitel 475 umschließt die Sonstige Förderung des Volksbildungswesens. Hier gingen der Berichterstatter wie auch der Herr Staatsminister auf die Summen ein. Er erklärte, daß der frühere Zuschuß von 19 000 Mark auf 50 000 Mark erhöht wurde, um der wachsenden Bedeutung der Volkshochschulen Rechnung zu tragen. Der Mitberichterstatter sah die Gefahr voraus, daß die kleineren Volkshochschulen wieder eingehen werden, wenn die leitende Kraft nicht mehr ehrenamtlich arbeiten kann und wieder abspringt. Die Belastung der Lehrer und

anderer Helfer ist viel größer als früher. Es sind schon Anträge, zum Teil übersteigerte, auf Beihilfe von ungefähr 20 Volkshochschulen eingelaufen. Die Dozenten erhalten zur Zeit üblicherweise den Betrag von 20 Mark für die Stunde. Der Berichterstatter sah in dem Mangel an Dozenten einen Übelstand, zumal wenn sie von auswärts geholt werden müssen. Idealismus ist allerdings erforderlich und übertriebene Forderungen müssen unterbleiben. Der Berichterstatter bezweifelte jedoch die Notwendigkeit, die Summe zu erhöhen und rät, Anträge abzuwarten, die vielleicht beim nächsten Haushalt genehmigt werden können. Im übrigen wies er darauf hin, daß es zweckmäßig wäre, auch einen Dozentenaustausch zwischen den einzelnen Hochschulen vorzunehmen.

Der Berichterstatter legte einen Antrag vor: Die Staatsregierung wird ersucht, bei der Vorlage des Nachtragsetats darauf bedacht zu sein, daß diese für die Volksbildung außerordentlich notwendige Summe eine Erhöhung erfährt. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der Beschluß lautete, daß sämtliche Ziffern des Kapitels 475 entsprechend dem Vorschlag der beiden Berichterstatter in Einnahmen und Ausgaben genehmigt werden.

Kapitel 476, Zuschüsse an nichtstaatliche Volksbildungsstätten. Staatsminister Dr. Hundhammer sah keinen stichhaltigen Grund dafür, die bisherigen Titel 217 (Anteil an dem Bedarf des Germanischen Museums in Nürnberg) und 218 (Anteil an den persönlichen Ausgaben des Deutschen Museums in München) aus dem Etat des Kultusministeriums herauszunehmen. Sie können auf Grund eines zonalen oder interzonalen Abkommens in ihm bleiben, auch wenn früher die Zuschüsse vom Reich kamen.

Abgeordneter Raifer machte das Kultusministerium auf die besondere Pflege der Orts- und Provinzsammlungen (Titel 221) aufmerksam, die wesentliche Beiträge für die Förderung der bodenständigen Kultur und Heimatkunde leisten und begünstigt werden sollten. Der Staatsminister Dr. Hundhammer erkannte vom Staat aus vollkommen den Wert und die Bedeutung der Heimatmuseen an und stellte eine vertiefte Pflege in Aussicht. Der Beschluß lautet: Entsprechend den Vorschlägen der beiden Berichterstatter werden sämtliche Ziffern des Kapitels 476 in Einnahmen und Ausgaben genehmigt.

Damit bin ich am Ende meines Berichts angekommen. Ich habe ihn so kurz als möglich gemacht. Ich möchte vorschlagen, daß die Berichte, die die Herren Kollegen Dr. Gromer und Meyrner zu erstatten haben, vielleicht noch angehört werden. Oder wollen wir das nicht am zweckmäßigsten morgen Vormittag bei Beginn der Sitzung machen?

(Zustimmung.)

Damit ist meine Aufgabe als Berichterstatter erledigt.

I. Vizepräsident: Meine Herren Abgeordneten! Ich schlage vor, die Beratung nunmehr abzubrechen. — Ich höre keinen Widerspruch. Fortsetzung morgen, 9 Uhr.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung um 18 Uhr 48 Minuten.)

